



# BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Hauptausschuss und Landesvorstand:

## Energiewende quo vadis?

Die brisante Frage „Umsetzung der Energiewende – was kommt auf die Kommunen zu?“ stand im Mittelpunkt der jüngsten Sitzung des KPV-Hauptausschusses und Landesvorstandes in München unter der Leitung von Landrat Stefan Rößle. Dieser begrüßte als Gesprächspartner aus dem bayerischen Umweltministerium Dr. Klaus Keisel, Leiter des Referats „Energie und Umwelt“ und die Leiterin des Planungstabs Ulrike Lorenz.

Wie Dr. Keisel eingangs hervorhob, „spielen die Kommunen eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Energiewende in Bayern“, weshalb man den konstruktiven Dialog auch mit den kommunalen Spitzenverbänden anstrebe. „Wir wollen alle Bürger in den Prozess einbinden“, betonte Keisel. Auch hoffe und erwarte man, dass sich die kommunalen Energieversorgungsunternehmen künftig verstärkt beim Thema erneuerbare Energien engagieren. Die Kommunen seien wichtig beim Ausbau der Infrastruktur und bei der Stärkung der dezentralen Energieversorgung. Auch die Landesplanung müsse berücksichtigt werden.

### Ausbaupotenziale

Wie Keisel darlegte, sieht das unter der Federführung des bayerischen Wirtschaftsministeriums sowie unter Mitwirkung des Umweltministeriums und der Staatskanzlei erarbeitete Energiekonzept unter anderem die Nutzung der Ausbaupotenziale bei den erneuerbaren Energien in Bayern und den Bau neuer Gaskraftwerke als Ersatz für wegfallende Kernkraftwerke vor. Damit soll eine gesicherte, jederzeit verfügbare Leistung bereitgestellt werden können. In zehn Jahren soll die bayerische Stromversorgung zu 50 Prozent aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Geplant ist, dass sich der Freistaat spätestens 2022 aus der Atomkraft verabschiedet.

Keisel zufolge „sehen wir beim

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Ausbau der erneuerbaren Energien die größten Potenziale bei der Photovoltaik und der Windkraft“. Der Anteil der Photovoltaikstromversorgung soll von 4 % auf über 16 % erhöht und der Anteil der Windenergie an der Stromversorgung auf bis zu 10 % gesteigert werden. Derzeit liege man hier bei etwa einem Prozent.

### Windkraftanlagen

Mitte 2011 gab es in Bayern 440 Windkraftanlagen mit einer Leistung von etwa 580 Megawatt. „Wir wollen in den nächsten zehn Jahren weitere 1.000 bis 1.500 Windkraftanlagen errich-

### Jahrestagung des Deutschen Landkreistags:

## Infrastruktur in der Fläche

Der Ausbau und die Sicherung der Infrastruktur in der Fläche standen im Mittelpunkt der Jahrestagung des Deutschen Landkreistages im thüringischen Eisenach. Über 200 Landräte und Delegierte aus den Landkreisen diskutierten u. a. mit Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer und der Ministerpräsidentin des Freistaats Thüringen, Christine Lieberknecht, über demografische Entwicklung, Wirtschaftspolitik, Verkehrsinfrastruktur, Breitbandversorgung, Energiewende, aber auch die bevorstehenden Standortentscheidungen der Bundeswehr.

DLT-Präsident Landrat Hans Jörg Duppré (Südwestpfalz), der für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt wurde, sprach sich u. a. für die Einführung eines Gesetzes-Checks Ländlicher Raum aus und wandte sich entschieden gegen Metropolstrategien zur einseitigen Entwicklung von Ballungszentren zulasten des ländlichen Raumes.

### Herausforderungen

Duppré erläuterte, dass die Fläche vor großen Herausforderungen stehe, was die wirtschaftliche, demografische und infrastrukturelle Entwicklung betreffe. „Eine der zentralen Herausforderungen für Landkreise, Städte und Gemeinden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ist der demografische Wandel. Insgesamt ist die Fläche zumeist Verlierer dieser Entwicklung und daher mit besonderen Herausforderungen konfrontiert.“

Ziel müsse es daher nach wie vor sein, den Menschen in allen Teilräumen gleichwertige Le-



Mit einem Präsent und einem herzlichen Dankeschön für die erfolgreiche Arbeit verabschiedete KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle (Mitte) den scheidenden KPV-Landesgeschäftsführer Werner Bumereder. Dieser wird sich als Abteilungsleiter künftig aller CSU-Arbeitskreise annehmen. Seine Nachfolgerin, die Wasserbauingenieurin Christiane Juckenack, war u. a. am Wasserwirtschaftsamt Hof, in der Bayerischen Landesvertretung in Berlin und im Bayerischen Umweltministerium tätig. Nach einer dreijährigen Elternzeit widmet sie sich nun einer neuen Herausforderung. Bild: DK

ten“, erklärte Keisel. Als ersten wichtigen Schritt hierzu habe das Umweltministerium Erleichterungen bei den Genehmigungsverfahren vorgestellt. Hierbei spielten der Emissionsschutz und der Naturschutz eine gewichtige Rolle. Für beide Themen sei das Umweltministerium zuständig.

Wie der Referatsleiter verdeutlichte, „wollen wir in Bayern geeignete Windenergieflächen ermitteln“. Wünschenswert wäre dies eine Fläche von 2 % der Landesfläche, auf denen Wind-

kraftanlagen bei der Planung und Errichtung aus emissionschutzrechtlicher und naturschutzfachlicher Sicht nur geringe Hemmnisse erfahren würden. Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen sollten auf dieser Fläche verkürzt werden können - von derzeit 10 Monate auf drei Monate. Im Moment sei das Umweltministerium dabei, gemeinsam mit dem Landesamt für Umwelt und den Regierungen eine solche Flächenkulisse zu entwickeln.

(Fortsetzung auf Seite 4)

bensverhältnisse im Verhältnis zu verdichteten Gegenden und Ballungszentren zu sichern und diese nicht von den wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten abzuschneiden, wobei der Erhöhung des Arbeitsplatzangebots in der Fläche eine Schlüsselrolle zukomme. Wie Duppré erläuterte, „ist darunter Chancengleichheit zu verstehen, die regional sehr unterschiedlich ausgefüllt werden kann. Gleichmacherei wollen wir nicht.“

### Einseitige Metropolstrategie

„Wir wollen keinen Landesteil aufgeben. Ziel muss sein, zu einer selbst tragenden Entwicklung in allen Teilräumen zu gelangen und die jeweiligen regionalen Entwicklungspotenziale zu unterstützen. Einseitige Metropolstrategien sind in diesem Zusammenhang pures Gift“, fuhr der Präsident fort. Vor diesem Hintergrund sei eine Kürzung von Fördermitteln – etwa bei der Städtebauförderung – problematisch, weil Zukunftsin-

Kommunale 2011 in Nürnberg:

## Lösungen für Gemeindebedarf

Premiere für IT-Fachkonferenz - Rund 270 Aussteller und hochkarätige Referenten

Zahlreiche Kommunen stehen vor drängenden Aufgaben. Eine schlankere Verwaltung, Investitionen in die Infrastruktur, erneuerbare Energien, höhere Energieeffizienz, Breitbandkommunikation – die Kommunale 2011 und der Kongress des Bayerischen Gemeindetags geben diesen Themen am 19. und 20. Oktober 2011 in Nürnberg ein Diskussionsforum, das alle Beteiligten zusammenführt.

Mit ihrer Fokussierung auf kommunale Entscheidungsträger zählt die Kommunale zu den ersten Adressen in Deutschland, wenn es darum geht, Produkte und Lösungen für den Gemeindebedarf effizient und effektiv zu vermarkten. „Deutschlands größte Fachmesse für Kommunalbedarf hebt sich von den Entwicklungen im einschlägigen Veranstaltungsmarkt positiv ab“, betont Friedhelm Lenz, Leiter des CCN CongressCenter Nürnberg. „Sie ist der Garant für Zuverlässigkeit und Erfolg. Darauf können Aussteller wie Besucher bauen.“

### Kongressprogramm

Erwartet werden rund 270 Aussteller, über 5.000 Fachbesucher sowie zahlreiche hochkarätige Fachleute beim vom Bayerischen Gemeindetag gemeinsam mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund organisierten Kongress. Auch heuer haben die Spitzenverbände ein brandaktuelles und hochinteressantes Kongressprogramm auf die Beine gestellt. Die Themenpalette erstreckt sich von der Energiewende und der Entwässerungssatzung über das Feuerwehrbeschaffungskartell und die Bürgerbeteiligung bis hin zur Dienstrechtsreform, Friedhofssatzungen sowie der aktuellen Entwicklung bei den Kommunalfinzen.

Einer der Schwerpunkte der Kommunale sind „Erneuerbare Energien“. Gerade für Kommunen sind sie ein unverzichtbarer Bestandteil der Zukunftsplanung geworden. Dies gilt vor allem für Biogas und Geothermie, weitere Kernpunkte von Kongress und Messe. Die wichtigste Antwort auf die ökologischen Grenzen des Wachstums sind Einsparung, Effizienzsteigerung und erneuer-

bare Energien – und darüber informiert die Kommunale umfanglich.

### Dezentrale Anwendungen

So stellt der Bundesverband BioEnergie e.V. im Rahmen eines Praxisseminars clevere Lösungen für dezentrale Energieanwendungen vor. Zudem findet die Preisverleihung des Wettbewerbs BioEnergie-BundesLiga (BEBL) statt. Hierbei wird im interkommunalen Vergleich das Engagement einer Stadt bzw. Gemeinde in Bezug auf den Einsatz von Bioenergie bewertet.

Nach der erfolgreichen Premiere vor zwei Jahren steht das Fachforum „IT für die öffentliche Verwaltung“ mit starken (Fortsetzung auf Seite 4)



Der Bürgermeister macht sich mal wieder abstraktere Gedanken, und zwar über Glück und was Menschen dafür halten. Wobei er durchaus angetan ist von der Idee aus Buthan, das normale Bruttosozialprodukt durch das Bruttoglücksprodukt zu ersetzen. Ganz schlecht lägen bayerische Städtchen dabei wohl nicht. Seite 11

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Deutscher Städtetag: Steuern und Inklusion	Seite 2
Männergesundheit: Länger leben mit Vorsorge	2
<b>GZ-Kolumne Heinrich Lenz: Der veredelte Einwohner</b>	<b>3</b>
Initiative für den Erhalt von Regionalbanken	3
EON-Kulturpreis 2011	3
Zertifizierung: Familienfreundliche Arbeitsplätze	4
<b>GZ-Fachthemen: Kommunikation für die Kommunalverwaltung</b>	<b>5</b>
<b>Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung</b>	<b>6-8</b>
Aus den bayerischen Kommunen	9-12

Deutscher Städtetag:

# Steuern und Inklusion

Präsidiumssitzung in Konstanz

**Im Rahmen der jüngsten Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetages in Konstanz hat der Deutsche Städtetag eindringlich an die Bundesregierung appelliert, keine Steuerentlastungen mit neuen Steuerausfällen für die Kommunen zu beschließen.**

Wie der Präsident des kommunalen Spitzenverbands, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude hervorhob, „haben die Kassenkredite der Kommunen nach neuesten Zahlen die Schwindel erregende Rekordhöhe von 42,9 Milliarden Euro erreicht. Das heißt: Kommunen können in diesem Ausmaß laufende Ausgaben etwa für Kinderbetreuung oder Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose nicht mehr aus ihrem Haushalt bezahlen. Steuerentlastungen würden in dieser Lage die Probleme der Städte noch verschärfen.“

Kein Spielraum mehr

Falls es tatsächlich zu Steuerentlastungen kommen sollte, müssten den Kommunen, die mit 15 Prozent an der Einkommensteuer beteiligt sind, die Verluste ausgeglichen werden. Wie der Bund das aber alles finanzieren wolle, bleibe bisher sein Geheimnis, erklärte Ude. Die Städte hätten in der Vergangenheit immer deutlich gemacht, dass sie Steuerentlastungen nicht generell ablehnen. Viele Kommunen könnten angesichts ihrer kritischen Haushaltslage jedoch neue Steuerverluste auf keinen Fall verkraften.

Ude begrüßte den Aufwärtstrend bei der Gewerbesteuer, die sich nach den Einbrüchen vor allem im Jahr 2009 wieder rasch erhole. Bis zum Jahresende 2011 wachse ihr bundesweites Volumen voraussichtlich auf etwa 39 Milliarden Euro und rücke damit wieder nahe an den Wert von 2008 vor der internationalen Finanzkrise heran. Allein im ersten Halbjahr 2011 habe die wichtigste Steuer der Städte nach einer Umfrage des Deutschen Städtetags bei rund 100 Städten um 19 Prozent zugelegt – eine Entwicklung, die sich bis zum Jahresende voraussichtlich wieder abschwächen werde.

Viele Altdefizite

„Die Städte sind trotz der guten Entwicklung der Gewerbesteuer aber noch längst nicht über den Berg. Die Altdefizite drücken viele Kommunen gewaltig, und neue Herausforderungen warten bereits: Die Schuldenbremse in den Ländern darf in den nächsten Jahren nicht auf Kosten der Kommunen durchgesetzt werden“, forderte Ude. Schulden auf andere

zu verlagern sei keine seriöse Alternative zur Konsolidierung in den Landeshaushalten, sondern würde die Handlungsfähigkeit der Kommunen weiter einschränken. Das ginge zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger, warnte der Städtetagspräsident.

Chancengleichheit

Mit Blick auf die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention begrüßt der Deutsche Städtetag deren Ziel, Menschen mit Behinderungen ihr Recht auf Bildung ohne Diskriminierung zu sichern und so Chancengleichheit zu sichern. Die Städte, so die Vizepräsidentin des Deutschen Städtetags, Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth, seien bereit, an der Umsetzung des Übereinkommens, dem der Bund und die Länder zugestimmt haben, konstruktiv mitzuwirken.

Der Deutsche Städtetag appelliert an die Länder, das pädagogische Gesamtkonzept der selbst bestimmten und gleichberechtigten Teilhabe in ihren Schulgesetzen zu verankern und ein Gelingen dieser Inklusion auch finanziell sicherzustellen. Roth: „Um gemeinsame Bildung für behinderte und nicht behinderte Menschen erfolgreich zu praktizieren, sind beispielsweise zusätzliche Integrationshelfer, Therapeuten und Sozialpädagogen, aber auch eine intensive Fortbildung der Lehrer an den allgemeinen Schulen unersetzlich. Die Rahmenbedingungen müssen stimmen, sonst gerät die Inklusion zum Lippenbekenntnis.“

Die Städte begrüßen Roth zufolge das Prinzip der Inklusion und sind sich der Verantwortung für behinderte Kinder und Jugendliche voll bewusst. Bund und Länder müssten die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen aber vollständig erfüllen und somit auch für die Folgekosten aufkommen. Das gelte für

zusätzliche Aufwendungen im Bereich der Schulträgeraufgaben, wie zum Beispiel die barrierefreie Gestaltung von Schulgebäuden, die Ausstattung mit geeigneten Lernmitteln und die Gewährleistung entsprechender Schülerbeförderung. Diese Aufwendungen seien nach Maßgabe der jeweiligen Landesverfassungen konnexitätsrelevant. Denn auch für die Inklusion gelte das Prinzip: „Wer bestellt, bezahlt.“

Schutzmechanismus

„Wenn dieser Schutzmechanismus für die Kommunen ausgehebelt wird, ist auch eine gelingende Inklusion der Kinder und Jugendlichen in Gefahr. Deshalb fordern wir die Länder auf, die Behindertenrechtskonvention verfassungsgemäß umzusetzen und keinen Streit zwischen Ländern und Kommunen auf dem Rücken der behinderten Kinder anzuzetteln“, lautete der Appell der Vizepräsidentin. Die Städte seien in Sorge, dass die wichtige Aufgabe der Inklusion in den Schulen durch Länder nicht angemessen verwirklicht werde. Der Landtag in Bayern habe im Juli bereits ein Gesetz verabschiedet, das keine Finanzierung für die zusätzlichen Aufgaben und das notwendige Personal beinhalte. **DK**

## Bayerns Koalition demonstriert Zusammenarbeit

Schwerpunkte Bildung und Landesentwicklung  
Differenzen bleiben - Warnung vor EU-Schuldenuin

**Im Schlagschatten der Euro- und bundesweiten FDP-Krise haben sich in Bayern die Landtagsfraktionen von CSU und FDP in ihren Herbstklausuren demonstrativ bemüht, die nach der Sommerpause wieder begonnene Parlamentsarbeit unter das Zeichen der Gemeinsamkeit zu stellen. Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) betonte in Kloster Banz, „wir arbeiten sehr gut zusammen“ und sein Stellvertreter, Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP), stellte in Herzogenaurach einen „kraftvollen Aufschlag“ in Aussicht. Mit einem vom Koalitionsausschuss konzipierten 500-Millionen-Investitionsprogramm soll die Entwicklung in Stadt und Land unter Berücksichtigung der Kommunen auf allen Feldern vorangebracht werden.**

Finanzminister Georg Fahrenschon (CSU) hat zwar genaue Zahlen erst für die Zeit nach der November-Steuerschätzung in Aussicht gestellt, wenn der Nachtragshaushalt 2012 im Maximilianeum beraten wird, er sieht aber dank der vorerst weiter sprudelnden Steuereinnahmen positiv voraus. Bis zu 2,3 Mrd. Euro könnten heuer mehr in die Staatskasse fließen, als im Frühjahr kalkuliert. Die Koalition will vor allem in die Bereiche Bildung, Infrastruktur und Energie wandel investieren. Hier wiederum hat laut Seehofer die Bildung als „die Sozialpolitik der Zukunft“ die Spitzenposition. Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU) sieht seine Forderungen

nach rund 1000 neuen Lehrerstellen sowie besserer Ganztagsbetreuung durch den Trend in der Konkurrenz mit der Opposition bestätigt. Hier könnte auch den Sorgen in den Kommunen nach mangelbedingten Klassenbildungen bis zur Existenzfrage für Schulstandorte begegnet werden. Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch (FDP) sieht dementsprechend auch die Forderung nach Millionen für 10.000 zusätzliche Studienplätze bestätigt. Zeil und Fraktionschef Thomas Hacker zeigten sich zuversichtlich, den Forderungen entsprechen zu können. Das von FDP und Opposition verlangte kostenfreie erste Kindergartenjahr lehnt die CSU vorerst ab.

Keine Festlegungen

Die Koalitionskonkurrenz zeigte sich in Banz und Herzogenaurach, wo die FDP-Fraktion tagte, bei beschworener Einigkeit auch bei anderen Themen im Detail. Manches blieb in beiden Fraktionen Absichtserklärung. So die Forderung, Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) solle durch mehr Geld für die Bundesstraßen und Hilfen für den Staatsstraßenbau insbesondere den ländlichen Raum und Industriestandorte stärken. Der Minister gab sich in Banz zwar aufgeschlossen, vermißte jedoch Festlegungen. Bayern will seinen Ansatz für die Staatsstraßen um 200 Mio. Euro aufstocken und fordert die Pkw-Maut, die von der Bundeskanzlerin und ihrem Finanzminister abgelehnt wird. Offen bleiben zunächst die Standortschließungen der Bundeswehr. Verteidigungsminister Thomas de Maiziere (CDU) stimmte den Argumenten Seehofers und aller Redner zwar zu, dass personelles „Ausdünnen“ von Standorten für

Henne-Unimog:

## Kommunaler Praxistag 2011 in Neumarkt i.d.OPf.

Der Unimog-Generalvertreter Henne-Unimog veranstaltet dieses Jahr am 6. Oktober in der Jura-Halle in Neumarkt i.d.OPf. seinen Kommunalen Praxistag. Dort können Vertreter der Kommunen den Mercedes-Benz Unimog und seine vielfältigen Auf- und Anbauten in der Praxis kennenlernen und sich über die neuesten Entwicklungen informieren. Darüber hinaus wird es einen Fachvortrag über das Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz geben. □

Herbstklausuren der Landtagsopposition:

## Knackpunkt 3. Startbahn

SPD, Grüne und Freie Wähler wollen CSU ablösen  
Bildung, Arbeit und Soziales als politische Schwerpunkte

**Die Fraktionen von SPD, Grünen und Freien Wählern eint der Wille, die CSU bei der Landtagswahl im Herbst 2013 nach einem halben Jahrhundert aus der Verantwortung zu drängen. Dies ist der einhellige Wille der drei Oppositionsfraktionen nach ihren heurigen Herbstklausuren. Vor allem in den auch von den Regierungsfractionen bestätigten Schwerpunkten Bildung, Arbeit, Soziales und Landesentwicklung sehen die drei Kontrahenten die Chance, an die Macht zu kommen, sind jedoch in Sachfragen uneins.**

Euphorie entzündete sich insbesondere bei der SPD, nachdem Münchens Oberbürgermeister Christian Ude in eigener Initiative angekündigt hatte, er wolle 2013 als Ministerpräsidentenkandidat gegen Horst Seehofer antreten. Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher und Parteichef Florian Pronold waren begeistert und der Parteivorstand beschloss, dem Parteitag im Oktober die formelle Nominierung Udes vorzuschlagen.

Im Sinne der 2010 beim Führungswechsel verjüngten Fraktions- und Parteispitze Rinderspacher und Pronold will die SPD „Bayern - aber gerechter“ machen. Im Herbst sollen die Konzepte im Einzelnen vorgelegt und im Landtag diskutiert werden. Die Gemeinschaftsschule soll als „Schule von unten“ als Ganztagschule in Zusammenarbeit mit Lehrern, Kommunen und Eltern in weitgehender Autonomie weiterentwickelt werden.

Die Finanzierung dieses Schwerpunkts sowie die Investitionen für Infrastruktur, Kommunen, Arbeit und Soziales will die SPD in einem „vernünftigen, finanzierbaren Programm“ vorlegen, wie Haushaltssprecher Volkmar Halbleib mitteilte. Zur Deckung der Mehrausgaben müssten gegebenenfalls Subventionen an anderer Stelle eingespart werden. In der Absicht, eine Neuverschuldung zu vermeiden, stimmte die SPD mit der Koalition und Finanzminister Georg Fahrenschon (CSU) überein.

In den einzelnen Sachbereichen gibt es nach wie vor Diffe-

renzen, sowohl in der Koalition als auch zwischen den Oppositionsfraktionen.

Spektakulärer Knackpunkt bleibt der Bau der dritten Startbahn des Münchner Flughafens. CSU und FDP sind dafür und die SPD scheint bereit, sich ihrem Ministerpräsidentenkandidaten zu fügen, der es strikt ablehnt, sein Ja zu diesem Projekt zu verleugnen, zu dem ein Parteitag nein gesagt hatte. Grüne und Freie Wähler verkündeten, die dritte Startbahn sei mit ihnen nicht zu machen.

Für die in Würzburg tagenden Freien Wähler kündigte Vorsitzender Hubert Aiwanger an, „wir werden in den nächsten zwei Jahren unsere eigenständige Politik machen“ und ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf ziehen. Erst danach sei zu entscheiden, mit wem die „Schnittmengen“ für eine Koalition - ohne dritte Startbahn - am größten seien.

Die Freien Wähler setzen nach wie vor auf ihre kommunalen Wurzeln. In ihrer Kommunal-kampagne zugunsten einer weitgehend autarken Umstellung der Gemeinden und Städte auf erneuerbare Energien haben sie laut Bericht ihrer Landwirtschaftsexpertin Ulrike Müller inzwischen 50 von 71 Landkreisen „beackert“.

Für die in Amberg beratenden Grünen bedauerte Fraktionsvorsitzende Margarete Bause die Zurückhaltung der Freien Wähler. Die Grünen wollen stärker als diese in den neuen Landtag einziehen. Mit der SPD „kämpfen wir auf Augenhöhe“, betonte Frau Bause. Mehrheitsmeinung der Fraktion sei, „auf keinen Fall mit der CSU“ zu regieren. In Konkurrenz auch zu Freien Wählern und SPD wollen die Grünen zum Schwerpunkt Energiewende zeigen, dass sie der Basis und damit den Kommunen am nächsten sind.

Zu den mit der CSU besonders umstrittenen Themen gehört die Bildung. Da herrscht in der Opposition weitgehende, doch nicht volle Übereinstimmung, wie das dreigliedrige Schulsystem abgeschafft und weiterentwickelt werden soll. Für die SPD propagierte deren Bildungsexperte Martin Güll den Übergang vom dreizum zweistufigen System, also von Grundschule, Haupt- und Mittelschule zur Gemeinschaftsschule als Sprungbrett zum Gymnasium. Eltern und Kinder wollten hochwertige Schulabschlüsse, die so am besten zu bekommen seien. Das müsse nicht zum Schulsterben in kleinen Gemeinden führen. Die wohnortnahe Schule sei auch so zu machen. Der Staat müsse helfen, dass keine Klasse mehr als 25 Schüler habe. Es müsse mehr Geld in die Bildung investiert werden. **rm**

## Länger leben mit Vorsorge

Bayern startete jüngst eine Initiative für Männergesundheit und setzte damit neue Akzente in der Prävention. „Männer leben länger, wenn sie regelmäßig zur Vorsorge gehen“, sagte Dr. Markus Söder, Gesundheitsminister, beim Auftaktkongress in München. Im Freistaat ist die Lebenserwartung der Männer fünf Jahre geringer als die der Frauen. Männer werden im Durchschnitt 77,9 Jahre alt, Frauen etwa 82,9 Jahre. Dies hängt auch damit zusammen, dass nur rund 24 Prozent der Männer die umfangreichen Angebote der Vorsorgeuntersuchung wahr nehmen, sagte Söder. Dagegen nutzen rund 60 Prozent der Frauen entsprechende Früherkennungsangebote.

Die Initiative soll mehr Männer dazu ermutigen, regelmäßig entsprechende Untersuchungen in Anspruch zu nehmen, so Söder, denn: „Gesundheit ist auch Männersache.“ □

## Wir gratulieren

### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerhard Babl  
84149 Velden  
am 7.10.

Bürgermeister Helmut Ritter  
95168 Marktleuthen  
am 17.10.

### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Wilhelm Wagenpfeil  
94544 Hofkirchen  
am 8.10.

Bürgermeister Ludwig Landwehr  
87668 Rieden-Zellerberg  
am 12.10.

Bürgermeister Anton Winkler  
89432 Binswangen  
am 6.10.

Bürgermeister  
Bernhard Sammler  
85104 Pförring  
am 11.10.

Bürgermeisterin  
Jutta Breitenmoser  
87647 Kraftisried  
am 12.10.

### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Thomas Knauer  
95182 Döhlau  
am 13.10.

Bürgermeister  
Josef Häckl  
93346 Ihrlerstein  
am 16.10.

### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Alwin Lichtensteiger  
87766 Memmingerberg  
am 13.10.

Bürgermeister  
Matthias Schneider  
97531 Theres  
am 16.10.

### Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

## Kommunale Theater:

## Hoher Sanierungsbedarf

Zu Beginn der neuen Spielzeit 2011/2012 hat Volkmars Halbleib, haushaltspolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, durchgerechnete Finanzierungszusagen für anstehende Sanierungen an den Theatern in Bayern gefordert. Die Bayerische Staatsregierung unterstütze die kommunalen Theater in den Regierungsbezirken seit Jahren zu wenig, so Halbleibs Kritik.

Diese Vernachlässigung komme zum einen bei den laufenden Betriebszuschüssen zum Vorschein. Halbleib: „Es kann nicht sein, dass die drei Staatstheater in München bislang zusammen immer rund 100 Millionen Euro im Jahr für den Betrieb erhalten, die restlichen 19 städtischen Theater im Freistaat sich jedoch rund 44 Millionen Euro teilen müssen.“

Aber auch die finanzielle Unterstützung der Kommunen bei dringend notwendigen Sanierungen und Instandhaltungen ihrer Theater sei bislang ungeklärt. „Der Freistaat ist auch hier in der Pflicht, die Kommunen mit den anstehenden Kosten nicht allein zu lassen und endlich ein vollständiges, mit den Kommunen abgestimmtes Finanzierungskonzept mit einem staatlichen Finanzierungsanteil von mindestens 45 Prozent der Kosten vorzulegen“, machte Halbleib deutlich.

## Großer Bedarf

Wie notwendig dies ist, zeige eine Aufstellung des Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst über den Sanierungs- und Instandsetzungsbedarf für kommunale Theater in Bayern, die erstmals im Juni 2011 dem Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags vorgelegt wurde. Dabei wurde Halbleib zufolge offenkundig, dass bereits bis 2015 über 100 Millionen Euro in den baulichen Erhalt der kommunalen Häuser investiert werden müssen. Der Schwerpunktbedarf liege dabei beim Theater Augsburg mit sieben Millionen Euro, beim Landestheater Coburg mit 26,6 Millionen, beim Theater Ingolstadt mit 20 Millionen, beim Lan-

destheater Niederbayern Landshut-Straubing-Passau mit 12,4 Millionen und beim Mainfranken Theater Würzburg mit 22,2 Millionen Euro. Auch die Luisenburg-Festspiele in Wunsiedel benötigten 12,3 Millionen Euro für Sanierungen. Für die nächsten zehn Jahre dürfte sich der Finanzbedarf nach Einschätzung Halbleibs auf über 250 Millionen Euro summieren.

Auch Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger hatte in seiner Eigenschaft als damals noch amtierender Vorsitzender des Bayerischen Städtetags in der Anhörung des Bayerischen Landtags zur finanziellen Situation der Theater in Bayern gefordert, dass die staatlichen Zuschüsse für die städtischen Bühnen erhöht werden und auf die jährlich verhängten Haushaltssperren verzichtet wird. Die über das ganze Land verteilten zahlreichen städtischen Theater trügen weitaus mehr zur flächendeckenden kulturellen Versorgung des Landes bei als die Staatsbühnen.

Als besonders belastend empfinden es die Städte, dass durch die jährlich wiederkehrenden Haushaltssperren der vorgesehene Staatszuschuss von rund 40 Millionen Euro pro Jahr sinkt. Dabei setze sich die Ungleichbehandlung fort. Während die Staatstheater weitgehend von der Haushaltssperre mit dem Argument verschont werden, es handle sich bei den Leistungen für das Personal um rechtliche Verpflichtungen, werde dieses Argument bei den städtischen Bühnen nicht akzeptiert. Die Zuschüsse an die kommunalen Theater würden als „freiwillige Leistungen“ betrachtet und damit in vollem

Umfang der Haushaltssperre unterworfen. Laut Schaidinger darf der Staat nicht mit zweierlei Maß messen. „Das städtische Theaterpersonal hat natürlich den gleichen Rechtsanspruch auf Bezahlung wie die Beschäftigten an den Staatstheatern.“

Unterstützt fühlen sich die Städte vom Bayerischen Obersten Rechnungshof (ORH). Dieser hatte bereits in der Vergangenheit gefordert, dass die Theater mehr Planungssicherheit brauchen. Eine teilweise leistungsbezogene Vergabe der Zuschüsse des Staats für die Staatstheater und die von ihm geförderten Theater könnte Anreize schaffen, das Kosten- und Leistungsbewusstsein der Bühnen zu stärken. Dies würde den wirtschaftlichen sowie organisatorischen und damit auch den künstlerischen Betrieb der Theater optimieren, so der ORH.

## Gute Nachrichten

Eine gute Nachricht aber gibt es inzwischen: Am Tag des Spielzeitbeginns des Augsburger Theaters überbrachte Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer die frohe Kunde, „dass der Freistaat Bayern sich dazu entschlossen hat, Augsburg mit dem größten kommunalen Theater zu unterstützen“. Normalerweise werden nur Einzelmaßnahmen gefördert, die nach reichlicher Prüfung und genauer Dokumentation des Vorhabens bewilligt werden. „Die Gesamtmaßnahme des Augsburger Theaters wird nun aber vom Freistaat überdurchschnittlich mit 45 Prozent gefördert, egal wie teuer der Umbau tatsächlich wird“, versprach Pschierer.

Laut Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl soll der große Umbau in den Jahren 2014 bis 2028 stattfinden. Möglichst viele Maßnahmen rund um das Theater sollen zeitnah verwirklicht werden. Bisher rechnet die Fuggerstadt mit Kosten von rund 100 Millionen Euro. **DK**

## Initiative für den Erhalt von Regionalbanken

GVB-Präsident Stephan Götzl und der Präsident des bayerischen Sparkassenverbands, Theo Zellner, haben eine gemeinsame Initiative für den Erhalt von Regionalbanken gestartet.

Sie treten u.a. dafür ein, dass Bankenregulierung dem Verursacherprinzip folgen muss. Sie soll da ansetzen, wo Risiken entstehen. Pauschale Regulierung ohne Differenzierung zerstört dagegen gewachsene und bewährte Strukturen. Deshalb fordern der Genossenschaftsverband Bayern und der Sparkassenverband Bayern:

► Bei Bankenregulierung nach Geschäftsmodellen differenzieren: Eine stärkere Regulierung der Banken ist prinzipiell erforderlich. Allerdings darf sie nicht pauschal erfolgen, sondern muss die substantiellen Unterschiede der Institute hinsichtlich Größe,

Geschäftsmodell und Risikopotenzial für die Finanzmarktstabilität berücksichtigen.

► Regulierungslücken im Schattenbankensystem schließen: Eine intensive Aufsicht und Regulierung muss insbesondere dort gewährleistet sein, wo die großen Risiken liegen – im unregulierten Schattenbankensystem. Die Politik muss dem G-20-Grundsatz „kein Finanzplatz, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzprodukt ohne Regulierung“ endlich Geltung verschaffen.

► Regulierungsgefälle zum Graumarkt beseitigen: Einheitlicher Verbraucherschutz braucht einheitliche Regeln und Kontrollen.

Die Beaufsichtigung der freien Finanzanlagenvermittler im Graumarkt durch die Gewerbebehörden führt zu einem ineffektiven und ineffizienten Aufsichtsdualemus. Um das Regulierungsgefälle zwischen Banken und Finanzanlagenvermittlern nicht weiter zu vergrößern, muss die Politik die Aufsicht über den grauen Kapitalmarkt der Zuständigkeit der BaFin übergeben.

► Im Ordnungsrahmen Belange der Regionalbanken berücksichtigen: Künftig ist ein Ordnungsrahmen notwendig, der den Strukturen von Regionalbanken und deren Bedeutung für die Heimatwirtschaft ausreichend Rechnung trägt. Es wäre fatal, wenn die Bedingungen für die mittelständischen Unternehmen durch eine auf internationale Großbanken ausgerichtete Regulierung verschlechtert würden.

► Basel III als Richtlinie umsetzen: Eine auf europäische Vereinheitlichung ausgelegte Verordnungspolitik ist ein schwerwiegender Eingriff in nationale Mitgestaltungsrechte im Gesetzgebungsprozess. Damit die stabilisierende Wirkung der Regionalbanken für das deutsche Bankensystem erhalten bleibt, müssen die neuen Vorschriften per Richtlinie umgesetzt werden.

► Risikogewichtung von Mittelstandskrediten reduzieren: Die Regionalbanken stehen für eine verlässliche Mittelstandsfin-

## Liebe Leserinnen und Leser!

Nach der freien Enzyklopädie Wikipedia ist Veredelung oder das Veredeln ein Prozess, bei dem etwas in etwas „Höherwertiges“ umgewandelt wird. Das kann etwa rein kosmetisch sein oder aber die Produktivität steigern. Veredelungen werden in nahezu jeder produzierenden Branche durchgeführt, so z. B. bei der Raffination, bei den Pflanzen oder aber, man vermutet es kaum, auch im bayerischen Finanzausgleich.

Hier werden fördertechnisch „Provinzler“, die wegen fehlender Perspektiven oder Struktur-schwäche dem ländlichen Raum den Rücken kehren und ihr Glück in Zentren suchen, rechnerisch

## Der veredelte Einwohner

auf Stadtniveau gebracht. So geht zum Beispiel ein Student aus der Gemeinde Hinterschmiding (2600 EWO), der an der TU München immatrikuliert ist, bei der Schlüsselzuweisung seiner Heimatgemeinde mit einem fiktiven Hauptansatz (Finanzbedarf) von 108 v. H. in die Berechnung ein und wird in München allein durch die dortige Wohnsitznahme auf 160 v. H. hoch gepuscht. Die Stadt kann sich über den zusätzlichen Einwohner mit Sonderbonus freuen, die strukturschwache Landgemeinde hat wieder einmal das Nachsehen: finanziell und demographisch.

Die auffallend freigiebige Spreizung im Finanzbedarfsansatz soll der Tatsache Rechnung tragen, dass große Städte überproportional hohe Infrastrukturkosten haben und Leistungen auch für das Umland bereitstellen müssen - etwa für Ausbildungs-, Freizeit- und Verkehrseinrichtungen. Es muss die Frage erlaubt sein, ob diese Berechnungsmethode angesichts der dramatischen Entvölkerung und verheerenden Prognosen gerade im und für den ländlichen Raum heute noch zu rechtfertigen ist. Diese Argumente könnte man genau so gut für den ländlichen Streusiedlungsbereich, mit extrem hohen Vorhalte- und Erschließungskosten für den Straßenbau, die Ver- und Entsorgung oder die Schülerbeförderung ins Feld führen.

In wenigen Monaten stehen wieder die jährlichen Finanzausgleichsverhandlungen der Spitzenverbände mit dem Finanzminister an und gerade hier darf es ein „Weiter so“ nicht mehr geben. Die sog. Einwohnerveredelung ist insgesamt in Frage zu stellen, ein Demografiefaktor müsste zukunfts- und nicht vergangenheitsorientiert zum Ansatz kommen. Entscheidend ist ja nicht, wie viele Einwohner die Landgemeinden in den letzten 5 oder 10 Jahren an die Zentren verloren haben, sondern wie viele in Zukunft nach den relativ sicheren Prognosen noch verlu-



## Kolumne Heinrich Lenz

stig gehen und da sieht die Rechnung schon anders aus.

Wir brauchen, ähnlich wie beim Länderfinanzausgleich, eine Grundsatzdiskussion, die sich mit der Verteilungsgerechtigkeit befasst, die Defizite auch in anderen Bereichen klar beim Namen nennt und Korrekturen einfordert. Das gilt für die Ermittlung der Steuer- und Umlagekraft genauso wie für die wieder eingeführte Besteuerung der Nebenwohnsitze (war früher unzulässige Bagatellsteuer) und gleichzeitige Berücksichtigung derselben bei den Schlüsselzuweisungen.

Es kann nicht sein, dass für ein und denselben Einwohner in Bayern schon seit 2004 gleich mehrfach zu Lasten der übrigen Gemeinden abkassiert wird. Alle Einnahmen einer Kommune müssen auf den Tisch kommen, nicht nur Beträge aus Nivellierungshebesätzen (Realsteuern) oder Sockelbeträge wie bei der Einkommensteuer, um die Bedürftigkeit bzw. den tatsächlichen Ausgleichsbedarf ermitteln zu können. Die Grunderwerbsteuer mag für eine kleine Landgemeinde unbedeutend sein, für Ballungsräume ist sie eine Haupteinnahmequelle, die in keiner Tabelle bzw. Steuer- oder Umlagekraftermittlung zum Ansatz kommt (Immobilienumsatz allein in Oberbayern 2010: 16,4 Mrd. . Bei 3,5 % Steuer ergeben sich 574 Mio. . Auch bei der Förderung des Straßenunterhalts und beim übertragenen Aufgabenbereich klafft bereits eine große Lücke zwischen der Ausgleichszahlung und den tatsächlichen Kosten.

Die Möglichkeit, sich systemkonform arm zu rechnen ist eine schreiende Ungerechtigkeit, die sofort zu unterbinden ist. Kein Mensch kann verstehen, dass München, eine der reichsten Städte Deutschlands, mit rekordverdächtigen Steuereinnahmen und Finanzrücklagen zur Stärkung der Finanzkraft auch noch rund 90 Mio. Zuweisung im laufenden Jahr vom Freistaat erhält (37 Mio. waren es 2010). Dieses Beispiel allein zeigt, dass unser Ausgleichssystem unheilbar krank ist.

Angesichts der im Grundgesetz verankerten sowie in Bayern schon praktizierten Schuldenbremse und einer dringend notwendigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte macht es wenig Sinn, mehr zu fordern. Es geht mir und vielen Kollegen einzig und allein um einen gerechteren Interessenausgleich und mehr Rücksichtnahme auf die wirklich Bedürftigen. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre eine spürbare Anhebung des Hauptansatzes bei den großen Verlierern des demographischen Wandels und gleichzeitig eine deutliche Kürzung im Bereich der Großstädte bis hin zum völligen Bewertungsgleichstand. Nur so könnte die Reanimation, die Wiedererlangung der notwendigen Gestaltungsspielräume auch auf dem Dorf noch gelingen und der schnelle Tod der darbenenden Grenzregionen verhindert werden. Eine Kette ist bekanntlich immer nur so stark wie ihr schwächstes Glied.

Ihr Heinrich Lenz



Genossenschaftsverbandspräsident Stephan Götzl (r.) und der Präsident des bayerischen Sparkassenverbands Theo Zellner bei der Präsentation einer gemeinsamen Initiative. □

zierung insbesondere im ländlichen Raum. Unter den derzeit geltenden Eigenkapitalregeln werden Kreditrisiken bereits gegenüber Marktrisiken aus dem Wertpapierhandel benachteiligt. Die nun im Rahmen von Basel III geplante allgemeine Verdoppelung des geforderten Kernkapitals würde diese Ungleichbehandlung weiter verschärfen und der mittelständischen Wirtschaft schaden. Deshalb muss die Risikogewichtung von Mittelstandskrediten in den neuen europäischen Eigenkapitalanforderungen reduziert werden.

► Sicherheit bei der Wohnbaufinanzierung erhalten: Die Regionalbanken leisten einen verlässlichen Beitrag zur Wohnbaufinanzierung in Deutschland. Nun will die Europäische Kommission die Tilgung von Baudarlehen neu regeln und eine vertraglich nicht vereinbarte, vorzeitige Rückzahlung von Immobilienkrediten erleichtern. Dadurch würden Wohnbaukredite für die Kunden verteuert, weil Banken ihre eigene Refinanzierung variabler gestalten müssten. Festverzinsliche Darlehen haben sich in Deutschland bewährt. Die Sicherheit bei der Wohnbaufinanzierung darf nicht durch gesetzliche Eingriffe gefährdet werden. ► Staatliche Aufgaben nicht auf Banken verlagern: Die Regional-

banken unterliegen bereits umfassenden gesetzlichen Dokumentations- und Meldepflichten. Trotzdem werden immer mehr staatliche Aufgaben und deren Kosten auf sie verlagert. So ist es beispielsweise nicht akzeptabel, dass

Banken künftig grundsätzlich die Kirchensteuerpflicht ihrer Kunden prüfen sollen. Das beschneidet die informationelle Selbstbestimmung der Kunden und macht die Banken zu Erfüllungsgehilfen für staatliche Aufgaben. □

## Kulturpreis Bayern 2011 in der Sparte Kunst:

## Herausragende Leistungen

In enger Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst verleiht die E.ON Bayern AG jährlich den Kulturpreis Bayern.

In der Sparte Kunst werden jedes Jahr sieben Persönlichkeiten für ihr herausragendes künstlerisches oder kulturelles Schaffen mit dem Kulturpreis Bayern ausgezeichnet. Der Preis ist in der Sparte Kunst mit jeweils 10.000 Euro dotiert. Die Entscheidung über die Vergabe der Preise trifft eine unabhängige Jury. Die sieben Preisträger des Jahres 2011 sind: ► Gerhard Bruckner, Theater EigenArt (Theater), Niederbayern ► Pauline Füg (Literatur), Oberbayern ► Wolfgang Haffner (Musik), Mittelfranken ► Wolfgang Herzer (bildende

Kunst), Oberpfalz ► Hofer Symphoniker (kulturelle Jugendbildung), Oberfranken ► Waltraud Meier (Musik), Unterfranken ► Volker Klüpfel und Michael Kobr (Literatur), Schwaben.

Der Kulturpreis Bayern wird am 20. Oktober 2011 in Straubing verliehen. Neben den genannten sieben Persönlichkeiten werden in der Sparte Wissenschaft die besten Absolventen der bayerischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Kunsthochschulen sowie die besten Doktoranden der bayerischen Universitäten mit dem Kulturpreis Bayern ausgezeichnet. □

## Zertifizierung:

## Familienfreundliche Verwaltung

**Sozialministerium geht mit gutem Beispiel voran**  
**Familienministerin Christine Haderthauer unterstützt seit längerem Initiativen zur Familienfreundlichkeit in Unternehmen und Institutionen. Nun wurde ihr eigenes Familienministerium als besonders familienfreundliche Verwaltung ausgezeichnet.**

„Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wichtiges Zukunftsthema. In Zeiten des drohenden Fachkräftemangels sind familienfreundliche Strukturen in Unternehmen das entscheidende Aushängeschild und das Markenzeichen, um im Wettbewerb um gute Fachkräfte die Nase vorne zu haben. Gute Fachkräfte suchen sich ihre Arbeitgeber schon lange nicht mehr allein nach dem Gehalt aus. Gelebte Familienfreundlichkeit bedeutet dabei nicht nur

Lippenbekenntnisse zur Kinderfreundlichkeit abzugeben, sondern konkrete Maßnahmen im Unternehmen zu ergreifen, angefangen vom Angebot von flexiblen Arbeitszeiten bis hin zur Ermöglichung von familienbedingter Erwerbsunterbrechung aufgrund der Pflege von Angehörigen oder der Erziehung von Kindern. Mein Ministerium geht hier mit gutem Beispiel voran. Ich freue mich daher sehr, dass wir nach 2005 und 2008 nun erneut mit dem Zertifikat der berufundfamilie-gGmbH als familienfreundliche Verwaltung ausgezeichnet werden“, so Bayerns Familienministerin Christine Haderthauer jüngst in München.

„Klar ist, dass sich nicht jedes Unternehmen eine eigene Kindertagesstätte leisten kann. Verbesserungsmöglichkeiten gibt es aber überall, das muss gar nicht viel kosten. Auch wenn es sich nur um vermeintliche Kleinigkeiten handelt, es lohnt sich. Familienfreundlichkeit trägt zu einem guten Unternehmensklima bei und erhöht die Motivation und Produktivität der Beschäftigten“, so die Ministerin und ergänzte: „Vereinbarkeit von Familien und Beruf ist schon lange kein Frauenthema mehr, sondern wird auch Männern immer wichtiger. Die Verantwortung gegenüber ihren Kindern muss auch in Deutschland am Arbeitsplatz endlich honoriert und nicht durch Chancenverlust abgestraft werden. Verantwortung in der Familie befähigt auch zu Verantwortung am Schreibtisch.“

### Bayern setzt weiter auf Öko-Förderung

**Landwirtschaftliche Betriebe, die auf Ökolandbau umstellen, können auch künftig eine Förderung aus dem Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) beantragen. Das hat Landwirtschaftsminister Helmut Brunner entschieden.**

Ursprünglich war geplant, Neuanträge wegen der Überbeanspruchung des Programms, der Kürzung der Bundesmittel und der auslaufenden EU-Förderperiode bis auf Weiteres auszusetzen. „Wir wollen die positive Entwicklung des Öko-Landbaus in Bayern trotz angespannter Haushaltslage weiter nach Kräften unterstützen“, begründete der Minister die Entscheidung. Er kündigte zudem an, konventionell wirtschaftenden Landwirten eine Verlängerung der auslaufenden KULAP-Vereinigungen zu ermöglichen. □

## Lösungen für..

(Fortsetzung von Seite 1)  
 fachlichen Partnern wiederum ganz im Zeichen modernster Informations- und Kommunikationstechnologien. Neben einem attraktiven Vortragsprogramm erläutert eine Sonderschau anhand erfolgreicher Lösungen die vielfältigen Möglichkeiten zur Kosteneinsparung und Optimierung von Kommunikations- und Informationsprozessen sowie der Einführung von eGovernment in der öffentlichen Verwaltung.

### Führende Veranstaltung im Public Sector

Mit der IT-Fachkonferenz, die 2011 ihre Premiere feiert, baut die Kommunale 2011 nunmehr auch im Bereich der digitalen Informations- und Kommunikationstechniken ihren Anspruch als die führende Veranstaltung der Branche aus. Eingeladen sind alle E-Government-Verantwortlichen, IT-Leiter und CIO. „Die IT-Fachkonferenz ist ein Netzwerk-Forum für alle diejenigen, die sich mit digitalen Informations- und Kommunikationstechniken in ihren Gemeinden befassen“, erläutert Veranstaltungsleiter Thorsten Böhm. Und so ist die Konferenz ganz auf deren Bedürfnisse zugeschnitten, auf die Erfordernisse des Alltags.

Praxisnahe Themen stehen im Fokus, von Cloud Computing und DMS-Systemen über Green IT und Standardisierung der kommunalen IT bis hin zu den grundsätzlichen Anforderungen an die IT in Kommunen. Mögliche Themen sind etwa: „Vom Getriebenen zum Antreiber – Die zukünftige Rolle der kommunalen IT“ oder „Es geht auch an-

ders – Wege zur alternativen IT-Entwicklung und Beschaffung“.

In zwei Vortragssträngen, aufgeteilt in strategische Themen für Entscheider und technikkonzierte Vorträge für Spezialisten, vermittelt die IT-Fachkonferenz anbieterneutrales Wissen und zeigt kommunale Einsatzbeispiele auf. Böhm: „Eine ideale Möglichkeit für Austausch und Diskussionen.“

Die Fachkonferenz findet im direkt an die Fachmesse angebundenes Kongresszentrum statt. Im Messebereich präsentieren sich ebenfalls Aussteller aus der IT-Branche, ganz dem Charakter der Veranstaltung entsprechend, die seit jeher Kongress und Messe in einem ist und auf diese Weise schnell und effektiv Informationen, Austausch und Wissensvermittlung bietet.

Begleitet wird die Kommunale bereits zum dritten Mal von den Nürnberger Feuerwehrinformatikern. Hochkarätige Referenten aus Bayern und anderen Bundesländern diskutieren aktuelle Themen der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr – an der neben den Feuerwehren auch das Technische Hilfswerk und die Hilfsorganisationen beteiligt sind. Die Vorträge und Podiumsdiskussionen werden ergänzt durch praktische Übungen auf dem Messegelände.

Erwartet werden etwa 500 Führungskräfte der Feuerwehren und Hilfsorganisationen aus ganz Deutschland. „Auch dieser von Feuerwehrführern hoch geschätzte Kongress unterstreicht die Stellung der Kommunale als die Nummer-1-Veranstaltung in Deutschland, wenn es um den Public Sector geht“, so Friedhelm Lenz. **DK**



**Sachkundige Vertreter des Umweltministeriums zu Gast bei der KPV: Dr. Klaus Keisel, Leiter des Referats „Energie und Umwelt“ und die Leiterin des Planungsstabs Ulrike Lorenz. Bild: DK**

## Energiewende...

(Fortsetzung von Seite 1)

Für November sei ein Windenerlass geplant, in den die Hinweise für ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren aufgenommen werden, fuhr Keisel fort und ergänzte: „Dieser Windenerlass wird eine Verwaltungsvorschrift aller betroffenen Ressorts in Bayern sein.“ Darin seien auch Hinweise zur Bauleitplanung, zu Tiefflughorizonten und Radaranlagen enthalten.

### Windstützpunkte

Anschließend sollen sog. Windstützpunkte in Gebieten errichtet werden, in denen bereits mehrere Windkraftanlagen stehen. Dort soll auch das Know-how für die Regionen zur Verfügung gestellt werden. Den ersten Windstützpunkt gibt es bereits in Neumarkt i. d. Opf.

### Sperrwirkung

Auch bei der Reform der Landes- und Regionalplanung werde versucht, die Sperrwirkung von Radaranlagen und Tiefflughorizonten in den Griff zu bekommen, bemerkte Keisel. „Wir erwarten zudem, dass das Landwirtschaftsministerium den Ausbau der Windkraft in den Staatsforsten forciert und entsprechende Vollzugsanweisungen erarbeitet.“

Die Details dieser Vollzugsanweisungen sollen den kommunalen Spitzenverbänden auf einem „Kommunalgipfel Wind“ erläutert werden. Geplant ist, bei der Abstandsregelung den Genehmigungsaufwand zu reduzieren. Sog. Lärmgutachten, die die Betreiber von Windkraftanlagen derzeit noch vorzulegen haben, sollen nicht mehr in jedem Fall erstellt werden müssen. Eine lärmfachliche Stellungnahme der Genehmigungsbehörde würde somit auch entfallen. „Wenn jemand eine Anlage 800 oder 1.000 Meter entfernt von einer Wohnbebauung errichten möchte, so reicht eine Bescheinigung über die Schallwerte aus“, machte der Referent deutlich. Hier sei kein Lärmgutachten mehr erforderlich. Anders verhält es sich, wenn man näher als 800 Meter an die Bebauung heranrückt. Insgesamt stellten diese Überlegungen eine „erhebliche Erleichterung für künftige Investoren“ dar.

### Naturschutz

Was den Bereich Naturschutz angeht, so waren Keisel zufolge bislang 37 % der Landesfläche für Windkraftanlagen tabu – inklusive Landschaftsschutzgebiete und Schutzzonen der Naturparke. Jetzt wolle man diese Gebiete für die Windkraftnutzung öffnen. Künftig sollen nur noch 10 % der Landesfläche Tabuzone sein. Davon erwarte man sich ein größeres Flächenpotenzial für die Windkraftnutzung. Auch sollen Erleichterungen bei den Kompensationsmaßnahmen geschaffen werden. In ökologisch weniger wertvollen Gebieten will man nicht mehr auf einen Flächenausgleich bestehen.

## Infrastruktur...

(Fortsetzung von Seite 1)

bündeln, damit daraus ein Gesamtpaket für den ländlichen Raum wird. Hier sind zugegebenermaßen viele Ressortgrenzen zu überwinden.“ Darüber hinaus könne ein Gesetzes-Check Ländlicher Raum in das Bundesgesetzgebungsverfahren aufgenommen werden, der Bundesgesetze auf deren Raumwirksamkeit und Auswirkungen für den ländlichen Raum im Sinne einer Gesetzesfolgenabschätzung überprüfe. „Der Normenkontrollrat kann hier als Orientierungspunkt dienen“, erläuterte der Verbandsschef.

Von grundlegender Bedeutung seien intakte und gut ausgebaute Straßen. Duppré richtete insofern die Forderung an Bund und Länder, im Bereich der Gemeindeverkehrsfinanzierung auch über 2019 hinaus eine den Aufgaben angemessene Finanzierung sicherzustellen. Insbesondere müssten die Belange der Gemeindeverkehrsfinanzierung bei der bis 2019 erforderlichen Neuordnung des Bundesländer-Finanzausgleichs ausreichend berücksichtigt werden. „Dabei sind der wachsende Erhaltungsbedarf insbesondere im Hinblick auf eine Zunahme des Güter- und Schwerlastverkehrs sowie Anpassungsbedarfe an den Klimawandel zu berücksichtigen. Allein die Kreisstraßen haben einen Anteil von 40 Prozent am überörtlichen Straßennetz und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur Erschließung der Fläche“, machte Duppré deutlich.

Weiter müsse gerade im ländlichen Raum die Entwicklung der Elektromobilität vorangetrieben werden. „Der ländliche Raum bietet besondere Potenziale für Elektromobilität: Hier wird der Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt, der erst für eine positive Klimabilanz der Elektromobilität sorgt. Hier kann er direkt im Rahmen regionaler Energiekreisläufe genutzt werden.“ Der Deutsche Landkreistag erwarte deshalb von der Bundesregierung, dass auch Pilotvorhaben im ländlichen Raum unterstützt werden.

„Die Landkreise sehen in der Verbesserung der Energieeffizienz einen entscheidenden Schlüssel, um den Energieverbrauch zu senken und die europäischen wie nationalen Klimaschutzziele zu erreichen“, so Hans Jörg Duppré. „Daher kommen sie ihrer Vorbildfunktion gern nach und füllen diese bereits heute nach Kräften aus. Allerdings dürfen neue Standards etwa zur Sanierung öffentlicher Gebäude die Kommunen auch nicht überfordern. Insofern lehnen die Landkreise beispielsweise eine verbindliche Sanierungsquote von 3 Prozent sowie Vorgaben für den Ankauf und die Anmietung öffentlicher Gebäude entschieden ab.“

Mit der Energieeffizienzrichtlinie verfolge die EU-Kommission das Ziel, den Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2020 der EU um 20 Prozent zu senken. Die Landkreise leisteten schon heute freiwillig wesentliche Beiträge zur Energieeffizienz: „So werden – wo immer dies wirtschaftlich vertretbar ist – Gebäude grundsätzlich nachhaltig errichtet bzw. saniert, und es findet ein systematisches Energie-Controlling statt.“ Darüber hinaus unterhielten viele Landkreise Energieagenturen zur Beratung von Bürgern, Wirtschaft und Gemeinden.

„In Anbetracht dessen schaden verbindliche Vorgaben und greifen unverhältnismäßig in die kommunale Selbstverwaltung ein, weil sie weder eine Kosten-Nutzen-Betrachtung erlauben noch einer Abwägung mit anderen öffentlichen Zwecken und kommunalen Aufgaben“, stellte der DLT-Präsident fest. Zwar sei die Verbesserung der Energieeffizienz ein wichtiges Ziel, dem

die Landkreise auch nahezufernen, „allerdings zwingen uns die knappen finanziellen Spielräume zu einem vernünftigen Einsatz unserer Mittel.“

Statt verbindliche Vorgaben einzuführen, sollten die Kommunen stärker über Fördermittel bei der energetischen Sanierung unterstützt werden. „Insbesondere sollte der ab 2019 EU-weit verpflichtende Passivhausstandard bereits heute seitens der EU sowie durch Bund und Länder finanziell gefördert werden.“ Insofern sei der ausdrückliche Hinweis der Kommission in ihrem Energieeffizienzplan 2011, dass verstärkt Fördermittel für kommunale Energieeffizienzprojekte zur Verfügung gestellt werden sollten, zu begrüßen.

### Mindestenergieeffizienz

Der DLT-Präsident wehrte sich schließlich gegen die Vorgabe, dass die von der öffentlichen Hand angemieteten oder angekauften Gebäude immer dem nationalen Mindestenergieeffizienzstandard genügen müssten: „Gerade bei historischen Gebäuden ist dies schwierig. Zudem geht es bei der Auswahl eines Gebäudes neben der Energieeffizienz um eine Vielzahl weiterer Aspekte wie Lage, Raumaufteilung, Barrierefreiheit etc. Insofern befürchten wir eine deutliche Beschränkung unserer Handlungsmöglichkeiten, weil für die Landkreise natürlich in erster Linie die Erbringung guter Verwaltungsdienstleistungen für die Bürger im Mittelpunkt stehen.“ Vor diesem Hintergrund müsse man die Reduzierung des Energieverbrauchs mit Augenmaß betrachten und dürfe nicht „Energieeffizienz um jeden Preis“ betreiben, erklärte Duppré abschließend.

„Bundesregierung und Landkreistag ziehen an einem Strang. Ich freue mich, dass der kommunale Spitzenverband unseren Kurs der Stabilisierung ländlicher Infrastrukturen durch regionale Stärkung, überörtliche Kooperation und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger unterstützt“, betonte Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer. Er hob vor den Vertretern der deutschen Landkreise auf Bundesebene auch die Bedeutung der im Jahr 2010 gestarteten „Initiative Ländliche Infrastruktur“ hervor: „Die ländlichen Räume sind unser Rückgrat. Daher liegt mir ihre Entwicklung sehr am Herzen. Wer sie vergisst, wird sich am Ende mit enormen Kosten der Bewältigung vielfältiger Probleme stellen müssen. Deshalb haben wir die Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen als besondere Aufgabe definiert.“

Laut Ramsauer hat die Bundesregierung das neue Programm zur Stärkung der kleineren Städte und Gemeinden in ländlichen Räumen im Jahr 2011 nahezu verdoppelt: „Wir haben das Finanzvolumen seit 2010 von 18 Millionen Euro auf heute 35,1 Millionen Euro erhöht. Für das kommende Jahr ist sogar eine Aufstockung auf 40 Millionen Euro vorgesehen.“

Trotz seiner erst kurzen Laufzeit stöße das Programm auf breite Resonanz: Bereits im ersten Programmjahr 2010 wurden bundesweit 76 Maßnahmen in 75 Städten und Gemeinden gefördert. Im aktuellen Programmjahr 2011 werde sich diese Anzahl noch deutlich erhöhen. Den Schwerpunkt der „Initiative Ländliche Infrastruktur“ bilden neben dem neuen Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ das „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“ sowie der Wettbewerb „Menschen und Erfolge – Beiträge zur Sicherung der Infrastrukturversorgung in ländlichen Räumen“. **Ki**

Auch die artenschutzrechtliche Prüfung soll reduziert werden.

Mit einem Antrag des CSU-Parteitage vom vergangenen Jahr zum Thema „Digitale Schultafeln“ befassten sich die KPV-Mitglieder im Anschluss an eine lebhaft diskutierte mit den beiden Ministeriumsvertretern Keisel und Lorenz. Die Junge Union Bayern hatte den Antrag gestellt, dass an bayerischen Schulen und Hochschulen im Zuge der zunehmenden Digitalisierung der Ausbildungs- und Berufswelt vermehrt digitale Tafeln eingesetzt werden.

### Einbindung neuer Medien in den Unterricht

Begründung: Inhalte könnten attraktiver und besser aufbereitet werden, wodurch das Verständnis und die Nachvollziehbarkeit erhöht werden. Die Einbindung neuer Medien in den Unterricht erhöhe die Aufmerksamkeit, durch die größeren technischen Möglichkeiten könnten auch komplexere Zusammenhänge besser dargestellt werden. Das Speichern von bereits erarbeiteten Inhalten bzw. Tafelbildern erlaube es bei Bedarf, ohne wiederholten Aufwand Informationen und Inhalte erneut darzustellen. Durch die Verbindung mit PC und Internet könnten auch externe Inhalte einfach und schnell in die Wissensvermittlung integriert werden. Dabei sollte in der Ausbildung auch auf eine verbesserte Medienkompetenz der Lehrenden geachtet werden.

### Medienkompetenz

Da für die Ausstattung der Schulen die Kommunen verantwortlich sind, empfahl die Antragskommission die Überweisung des Antrags an die KPV mit der Bitte, zu überprüfen, inwieweit die vermehrte Nutzung digitaler Tafeln zur Verbesserung der Medienkompetenz der Schüler notwendig ist. Einstimmig votierten die KPV-Mitglieder in der jüngsten Sitzung nunmehr gegen eine gesetzliche Vorgabe. Ihrer Ansicht nach stünden den Vorteilen des Einsatzes digitaler Medien schließlich auch Kritikpunkte hinsichtlich finanzieller (höhere Anschaffungs-, Folge- und Wartungskosten) sowie pädagogischer (Verstärkung Frontalunterricht, Konsum von Medien, fehlende Übung für schwächere Schüler) Art entgegen. Zudem müssten die örtlichen Gegebenheiten bestimmte Voraussetzungen erfüllen (siehe Software, Vernetzung).

### Förderprogramme

Die Entscheidung darüber, ob Whiteboards im Unterricht eingesetzt werden, sollte im Hinblick auf die fortschreitende Technik und die vorzufindenden örtlichen Gegebenheiten (Schultyp, Kollegium, Vernetzung usw.) den Sachaufwandsträgern überlassen bleiben. Mögliche Förderprogramme sollte man nicht außer Acht lassen. **DO**

Ehemaliger Postminister Bötsch mit Entwicklung der Deutschen Post zufrieden:

## Der Weg der Privatisierung war erfolgreich

Medientag in Nürnberg beleuchtet erfolgreichen Wandel der Bundespost zur Deutschen Post

München/Nürnberg. Unter dem Motto „Früher & heute“ hatte die Deutsche Post Journalisten aus Bayern und Baden-Württemberg zu einem Medientag nach Nürnberg eingeladen. Thema der Veranstaltung war der Wandel von der Bundesbehörde zum modernen Logistikkonzern. Dr. Wolfgang Bötsch, als letzter Bundesminister für Post und Telekommunikation (1993 bis 1997) maßgeblich an diesem Wandel der Post beteiligt, ließ die Journalisten in eindrucksvoller Weise an seinen Erinnerungen teilhaben.

Der Auftakt des Medientages fand im Nürnberger Museum für Kommunikation statt. Das Haus gehört zur Museumsstiftung Post und Telekommunikation, die von der Deutschen Post und der Deutschen Telekom finanziert wird. Ein Teilbereich des Museums befasst sich mit der Geschichte der Post und bot so den idealen Rahmen für eine Reise in die Vergangenheit.

### Öffnen für den Wettbewerb

Dr. Wolfgang Bötsch berichtete unter anderem über das Jahr 1993, ab dem er für die Bundespost verantwortlich war. Seine Aufgabe war es, die Post sicher in die Privatisierung zu führen und für den Wettbewerb zu öffnen. „Die Öffentlichkeit hat mir diese Aufgabe anfangs nicht zugestimmt“, erinnerte sich der ehemalige Minister in Nürnberg.

„Aber nach der Postreform II im Jahr 1995 und der erfolgreichen Umstrukturierung musste mir auch die anfänglich skeptische Presse meinen Erfolg zugestehen.“

In die vierjährige Amtszeit von



Dr. Wolfgang Bötsch.

Bötsch fiel auch die Umsetzung des Unternehmenskonzepts „Brief 2000“. Dessen wichtigste Eckpunkte waren die Vereinfachung des Produktportfolios und der Preisgestaltung, die Einführung der fünfstelligen Postleitzahlen sowie das neue Brief- und Paketbeförderungsnetz. 1993 war auch das Jahr, in dem die ersten so genannten Postagenturen in Einzelhandelsgeschäften eröffnet wurden. Sie ersetzen die bisherigen Poststellen und überzeugten durch mehr Nähe zum

Kunden und längere Öffnungszeiten.

Die im Frühjahr dieses Jahres eröffnete Filiale in der Äußeren Bayreuther Straße in Nürnberg ist eines der jüngsten Beispiele für solche Partnerfilialen. Sie ist knapp 60 Stunden in der Woche geöffnet und bietet ihren Kunden den vollen Service der Deutschen Post inklusive Angebote der Postbank. „Die Umstellung auf Partneragenturen war richtig und wichtig. Davon bin ich bis heute überzeugt“, schloss Bötsch seinen Vortrag in Nürnberg.

### Anpassung an die Wünsche der Kunden

Günter Schott, ehemaliger Leiter der Pressestelle der Deutschen Bundespost beziehungsweise später der Deutschen Post in Nürnberg, nahm die Journalisten noch ein Stückchen weiter in die Geschichte mit. „Die Aufgaben der Post haben sich in den letzten sechs Jahrzehnten sehr verändert“, sagte Schott. „Grund dafür war immer die Anpassung an die Wünsche der Kunden und an den technischen Fortschritt.“

In den 50er Jahren zählten noch die Rentenauszahlung oder Bargeldeinzahlung am Schalter sowie das Kassieren von Rundfunk- und Zeitungsgebühren durch die Postboten zu den Aufgaben der Post. Mit der Einführung von Girokonten sind diese Dienstleistungen überflüssig geworden. Die Aufgaben der Mitarbeiter haben sich in dieser Zeit ebenfalls stark verändert. In den 50er Jahren sortierten die Zusteller die Briefsendungen per Hand nach Bahnpoststrecken, tüchtige Verteiler schafften bis zu 1.500 Sendungen in der Stunde. Heute übernehmen das Sortiermaschinen in den modernen Briefzentren, jede von ihnen schafft bis zu 50.000 Sendungen pro Stunde. Dadurch erreichen täglich etwa 95 % der Briefe bereits am nächsten Werktag ihren Empfänger in Deutschland - rechtzeitige Einlieferung vorausgesetzt.

### 28 Beratungszentren

Von der Geschwindigkeit der Sortiermaschinen konnten sich die Journalisten während des Medientages im Nürnberger Briefzentrum, einem der größten von 82 in Deutschland, selbst über-



Automatisierter 24-Stunden-Service: Die Packstation.

zeugen. 700 Postler bearbeiten hier im Dreischichtbetrieb alle Sendungen, die aus den Postleitzahlbereichen 90 und 91 verschickt werden beziehungsweise aus anderen Regionen für diese Gebiete hier ankommen.

### E-Postbrief

Im Gebäudekomplex des Briefzentrums ist auch das Direkt Marketing Center Nürnberg untergebracht. Es ist eines von 28 Beratungszentren der Deutschen Post, das sich zur Aufgabe gesetzt hat, kleine und mittelständische Betriebe kos-

Kundenwünschen nach einer sicheren elektronischen Kommunikation nach. Der E-Postbrief bietet hohe Verbindlichkeit, Vertraulichkeit und Verlässlichkeit und gleichzeitig alle Vorteile einer E-Mail. Die Deutsche Post verzeichnet inzwischen mehr als eine Million Anmeldungen von Privatpersonen sowie von über 100 Unternehmen und Institutionen für den elektronischen Briefdienst.

### Den Alltag vereinfachen

„Die Veränderungen der Deutschen Post in den letzten Jahr-

### Logistik (DHL) und Kommunikation

Die Konzernmarken Deutsche Post und DHL stehen für ein einzigartiges Portfolio rund um Logistik (DHL) und Kommunikation (Deutsche Post). Die Gruppe bietet ihren Kunden sowohl einfach zu handhabende Standardprodukte als auch maßgeschneiderte, innovative Lösungen - vom Dialogmarketing bis zur industriellen Versorgungskette. Dabei bilden die rund 470.000 Mitarbeiter in mehr als 220 Ländern und Territorien ein globales Netzwerk, das auf Service, Qualität und Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Mit seinen Programmen in den Bereichen Klimaschutz, Katastrophenhilfe und Bildung übernimmt der Konzern gesellschaftliche Verantwortung. Deutsche Post DHL erzielte 2010 einen Umsatz von mehr als 51 Milliarden Euro.

tenlos über Möglichkeiten der Kundenansprache zu informieren. Die Deutsche-Post-Experten stellen ihr Know-how in Sachen Dialogmarketing in Seminaren und Workshops zur Verfügung. Ein Einblick in das jüngste Angebot der Deutschen Post rundete den Medientag ab. Seit Juli 2010 kommt die Deutsche Post mit ihrem E-Postbrief den

zehnten waren enorm“, fasste Gerold Beck, Leiter der Pressestelle in München, den Medientag zusammen. „Den Erfolg brachten der Post vor allem die Angebote, die den Kunden den Alltag vereinfachen, wie zum Beispiel Packstation, Internetmarke und das Handyporto. Der E-Postbrief wird auch bald dazu gehören.“

Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer:

## Chancen von eGov und IuK-Technologie

Mitgliederversammlung der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum in München

„Welche Chancen bieten eGovernment und moderne IuK-Technologie dem ländlichen Raum? – Sind wir in Bayern darauf vorbereitet?“ Mit dieser Frage beschäftigte sich Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer im Rahmen einer öffentlichen Vortragsveranstaltung der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum in München.

Akademie-Präsident Prof. Holger Magel freute sich sehr im Namen der zahlreich erschienen Mitglieder und interessierten Gäste mit Staatssekretär Franz Josef Pschierer als Vortragenden ein prominentes Mitglied der Staatsregierung bei der Akademie begrüßen zu dürfen. Der unmittelbare Kontakt mit politischen Verantwortungsträgern und die Bereitschaft zum kritischen und konstruktiven Austausch über die Belange der ländlichen Räume seien wesentliche Bestandteile der Akademiearbeit.

### Prozesse identifizieren

Wie Staatssekretär Pschierer erläuterte, werde derzeit eine Befragung der bayerischen Unternehmen im Internet durchgeführt, um diejenigen Kommunikations- und Serviceprozesse mit der Verwaltung zu identifizieren, die nach Ansicht der Wirtschaft besonders dringend einer Optimierung bzw. einer weitergehenden elektronischen Unterstützung bedürfen. Diese Studie berücksichtige insbesondere die Bedürfnisse des ländlichen Raums, da durch ein verbessertes Webangebot von Verwaltungsleistungen gerade kleine und mittlere Unternehmen in der Peripherie profitieren.

Erste Ergebnisse der Studie zeigten, dass allein durch die Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Webangebote ein wertvoller Nutzen für die Wirtschaft geschaffen werden kann, denn 72 Prozent der befragten Betriebe gaben an, dass sie das vorgestellte Spektrum von eGovern-

ment-Diensten gar nicht kannten. Darüber hinaus führten wissenschaftliche Einrichtungen im Auftrag der Staatsregierung eine Prozessuntersuchung des Gewerbeanmeldeverfahrens durch, um Verbesserungspotenziale im Arbeitsablauf aller beteiligten Stellen zu ermitteln. Die Industrie- und Handelskammern sowie die kommunalen Spitzenverbände unterstützten dieses Vorhaben tatkräftig. Hiervon profitierten insbesondere Gewerbetreibende im ländlichen Raum, denn so könnten sie wahlweise bei den Wirtschaftskammern oder bei ihren Gemeinden die Meldungen schnell und einfach und mit voller Rechtswirkung durchführen lassen.

### Standortfaktor

Wie der Staatssekretär ausführte, ist der schnelle Zugang zum Internet heute sowohl ein privater als auch ein wirtschaftlicher Standortfaktor. Der ländliche Raum dürfe von den Entwicklungen der digitalen Gesellschaft nicht abgehängt werden. „Als IT-Beauftragter und aktiver Kommunalpolitiker setze ich mich daher für den flächendeckenden Ausbau der Breitbandinfrastruktur im Freistaat Bayern ein.“

Mit Blick auf das Pilotprojekt „Grabungsatlas“ der Regierung von Unterfranken mit den Kommunen und Landkreisen, unterstützt von der Bayerischen Vermessungsverwaltung, wies Pschierer darauf hin, dass die geplanten Tiefbaumaßnahmen der Kommunen georeferenziert

zusammengefasst werden. So könnten die Netzbetreiber die geplanten Baumaßnahmen in ihre Netzplanung einbeziehen und damit erhebliche Tiefbaukosten sparen. Straßen müssten also nicht mehrfach aufgerissen werden.

### Online-Dienste

Pschierers Ziel ist es zudem, amtliche Geodaten aller Verwaltungsbereiche und -stufen in Form von Online-Diensten bereitzustellen. Online-Dienste seien der Weg für die Zukunft: Sie sicherten die Aktualität des Angebots und die Flexibilität des Einsatzes. Durch die Standardisierung seien die Geodaten miteinander kombinierbar. **DK**



## Ein Partner für alle Leistungen: die E.ON EnergieSpar-Sanierung

Legen Sie die energetische Sanierung Ihrer Gebäude in kompetente Hände: Ihr persönlicher Ansprechpartner kümmert sich um alle Leistungen, von der ersten Analyse über die Bauausführung bis zur Abnahme.

Wir sind Ihr zuverlässiger Partner!

Sie profitieren von geringeren Energiekosten, schonen die Umwelt und steigern den Wert Ihrer Gebäude.

[www.eon-bayern.com/sanierung](http://www.eon-bayern.com/sanierung)

Gerne beantworten wir Ihre Fragen auf der **Kommunale Nürnberg, 19.-20.10.2011**. Sie finden uns in Halle 12.0, Stand 518.

**e-on** | Bayern

# Ohne Doppik keine Energiewende!

GZ-Interview mit Klaus Schröder, Leiter des Geschäftsfelds DATEVKommunal bei der DATEV eG

Für die Kommunen wird es in naher Zukunft noch viel stärker als bisher darum gehen, einen genauen Überblick über ihre Finanzen und vor allem ihre Wirtschaftlichkeit zu bekommen - Stichwort Energiewende. Wie sich die Kommunen hierfür wappnen können, erläuterte Klaus Schröder, Leiter des Geschäftsfelds DATEVKommunal bei der DATEV eG, in einem Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung.

**GZ: Wo sehen Sie die aktuellen Herausforderungen für die Kommunen?**

**Schröder:** Für die Kommunen wird es in naher Zukunft noch viel stärker als bisher darum gehen, einen genauen Überblick über ihre Finanzen und vor allem ihre Wirtschaftlichkeit zu bekommen. Entwicklungen wie der demografische Wandel und die zunehmende Komplexität der Aufgaben im Sozialbereich bedingen dies. Zudem wird die angestrebte Energiewende große Investitionen verursachen. Der Bau etwa einer Windkraft-Anlage ist ein herausforderndes Projekt. Die Finanzie-

rung und der wirtschaftliche Betrieb einer solchen Anlage wird ein kommunales Thema sein, selbst wenn die Abwicklung über einen ausgelagerten Betrieb oder ein Joint Venture mit einem etablierten Energiekonzern geschieht. Ich wage die Prognose, dass die Energiewende für Städte und Gemeinden die Investitions- und Finanzierungsherausforderungen des Jahrhunderts mit sich bringen wird.

**GZ: Wie können sich die Kommunen dafür wappnen?**

**Schröder:** Meiner Meinung nach heißt das Schlüsselwort „Doppik“, auch wenn immer noch nicht alle Bundesländer die

Notwendigkeit dazu erkannt haben. Bayern überlässt seinen Kommunen ja immer noch die Wahl, wodurch die bayerischen Städte und Gemeinden ins Hintertreffen geraten. Wer aber einmal über den Tellerrand schaut, wird zustimmen, dass die Einführung des doppischen Haushaltsrechts bereits viele positive Entwicklungen angestoßen hat. Bei den meisten Städten und Gemeinden hat die Umstellung Steuerungserfolge gebracht. Ebenso wirkt sich die längerfristige Perspektive der Finanzberichterstattung in vielen Fällen bei politisch-strategischen Entscheidungen positiv aus.

Das betriebswirtschaftliche Instrumentarium der Doppik ermöglicht einen Blick auf das Netto-Vermögen. Dieser wichtige Indikator schärft die Wahrnehmung für ein Handeln im Sinne der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit und verdeutlicht den Handelnden, was die Kommune sich wirklich leisten kann und was nicht.

**GZ: Inwiefern sind diese Dinge wichtig für die im Rahmen der Energiewende nötigen Investitionen?**

**Schröder:** Nur wenn ich neben den Anfangsinvestitionen eines Projekts auch dessen Folgekosten möglichst genau in mein Budget einkalkulieren kann, habe ich gute Chancen auf einen wirtschaftlichen Betrieb. Ist es bei kleineren Investitionen nur ärgerlich, wenn sich die Refinanzie-

rung nicht wie erwartet gestaltet, so kann dieser Umstand bei einer großen Investition einer Gemeinde finanziell das Genick brechen. Die Doppik schafft die nötige Transparenz über die Vermögens- und Schuldsituation sowie den Ressourcenverbrauch und das Ressourcenaufkommen eines Haushaltsjahres. Dies ist die Voraussetzung für die Beurteilung, Steuerung und Kontrolle der Wirtschaftlichkeit bei der Aufgabenerfüllung. Schließlich fällt ein ausgeglichener Haushalt nicht vom Himmel. Die Maßgabe der Wirtschaftlichkeit ist aber ohne entsprechende Informationen kaum einzuhalten – und genau diese Informationen liefert das doppische Buchführungssystem.

**GZ: Welche Zusatzinformationen machen die Doppik denn zum besseren Steuerungsinstrument?**

**Schröder:** Einmal ist es die Darstellung von Vermögen und Schulden in der Bilanz, die wichtige Anhaltspunkte liefert. Außerdem ist die strukturierte Darstellung von Ressourcenaufkommen und -verbrauch in der Ergebnisrechnung von größtem Vorteil. Darüber hinaus ist in der Doppik ein geringerer Aufwand nötig, um qualifizierte Kostenrechnungssysteme zu führen und zu pflegen. Durch das einheitliche Rechnungswesen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung führt die kaufmännische Buchführung zudem zu einer besseren Vergleichbarkeit. Nicht zuletzt lassen sich auch die kommunalen Unternehmen im Rahmen der Konzernrechnungslegung im Gesamtabschluss konsolidieren, so dass ein aussagekräftiges Bild darüber entsteht, in welchem Maße die Kommune in ihrer Gesamtheit ihren Aufgaben gerecht werden kann. □



Erfolgreich im Team (von links): Lothar Witte und Marion IBMaier (Neumarkt-Sankt Veit) sowie Christian Schulz und Thorsten Eckert (komuna). □

Verwaltungsgemeinschaft Neumarkt-Sankt Veit:

## Daten aus drei Jahren in drei Stunden sicher archiviert

Ein Anwenderbericht von Lothar Witte, Geschäftsleitender Beamter

Bei der Verwaltungsgemeinschaft Neumarkt-Sankt Veit haben wir uns schon Mitte 2008 für CIP – Archiv zur Archivierung der Kassenbelege entschieden. Seitdem werden alle Anordnungen mit einem Barcode versehen und zusammen mit den Belegen gesammelt. Über die Einbindung in CIP - KD können die Belege komfortabel durch die zugriffsberechtigten Mitarbeiter von ihrem Arbeitsplatz aus abgerufen werden.

Eine große Hilfe ist dabei die Archivrecherche, die über OCR-Texterkennung und Indizierung eine Suche nach jedem einzelnen Begriff in einer Rechnung ermöglicht. Die direkte Einbindung in CIP - KD ist ein besonderer Vorteil und hat zur Akzeptanz bei den Mitarbeitern wesentlich beigetragen.

In der Kasse werden die Belege jetzt nicht mehr nach Haushaltsstellen geordnet, sondern nur noch im Stapel, lediglich nach Körperschaften sortiert, aufbewahrt. Was uns bisher fehlte, war eine revisions sichere Archivierung, die es ermöglicht, die Belege nach der örtlichen Rechnungsprüfung zu vernichten.

### Schnelle Entscheidung

Erfahrungen anderer Kommunen mit WORM-Laufwerken waren nicht so eindeutig, dass wir uns dafür entscheiden wollten. Die Ankündigung von komuna im Jahr 2010, in Zusammenarbeit mit FAST LTA AG eine Lösung anzubieten, haben wir daher mit großem Interesse aufgenommen. Nachdem sich in Anwesenheit eines Verbandsprüfers der BKPV bei uns im Haus die Gelegenheit bot, die Einführung der Archivierungslösung vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband „begleiten“ zu

lassen, war die Entscheidung schnell getroffen.

Mindestens genauso schnell ging die Umsetzung: Am 21. März 2011 ist ein kleiner, nur ca. 25 cm x 25 cm x 25 cm großer Würfel bei uns eingetroffen. Zwei Tage später lieferten wir unsere CIP - KD-Daten und die in CIP - Archiv gespeicherten Belegdaten an komuna. Am 28. März 2011 bekamen wir die konvertierten Daten zurück. Herr Schulz von komuna führte die systemtechnischen Arbeiten durch, Herr Eckert übernahm die Softwareanpassung.

Bereits wenige Stunden nach dem Start waren Belegdaten von fast drei Jahren revisions sicher und nicht mehr lösbar auf den Silent Cube geschrieben. Der laufende Betrieb war nur kurzzeitig eingeschränkt, lediglich in der Zeit von der Datenlieferung an komuna bis zur Installation vor Ort konnten keine Scansarbeiten in der Kasse durchgeführt werden. Mit dem neuen Programmstand wird künftig auch die Steuerakte direkt in das revisions sichere Archiv eingebunden.

Wir erwarten uns davon einen weiteren großen Nutzen. Für die Zukunft erscheint es uns sinnvoll, auch für die Bereiche des Dokumentenmanagement- und des Sitzungsdienstprogramms revisions sichere Archivierungslösungen zu entwickeln. □

Kommunale in Nürnberg:

## Digitale und vernetzte Abläufe für die Verwaltung

Lösungen für das kommunale Finanzmanagement von DATEV

Die DATEV eG präsentiert auf der Kommunale in Nürnberg ihr Produkt- und Leistungsspektrum für den Public Sector. Den Fokus des Messeauftritts (Halle 12, Stand 405) legt der IT-Dienstleister auf das Finanzmanagement in Kommunen und kommunalen Unternehmen. Kern des Angebots ist das durchgängige, zertifizierte Softwarepaket rund um das kommunale Finanzwesen, die betriebswirtschaftliche Steuerung und die Personalwirtschaft für öffentliche Verwaltungen. Dabei zeigt DATEV die kommunalen Anwendungen in den neuen Versionen aus der Softwarelinie DATEV pro.

Im Rahmen des Forums „IT für die Öffentliche Verwaltung“ erläutert Bernd Eckstein, Leiter Vertrieb DATEVKommunal, wie Städte und Gemeinden ihre Verwaltungsabläufe im Finanzwesen verschlanken und beschleunigen können. Sein Vortrag „Digitale Prozesse – Kommune online mit DATEV“ zeigt auf, wie sich auf Basis neuer technischer Möglichkeiten auch über mehrere Standorte hinweg durchgängige Arbeitsschritte auf einer gemeinsamen Datenbasis etablieren lassen, die Aktualität und Transparenz schaffen. Deutlich wird dies am Beispiel einer sicheren Belegverwaltung, in der Belege dezentral digitalisiert, aber zentral verbucht werden. So lassen sich Doppelerfassungen vermeiden, eine hohe Wirtschaftlichkeit gewährleisten und Zeit sparen.

Weitere Infos gibt es am Messestand der DATEV. Dort können

sich Besucher z. B. das Softwarepaket DATEVKommunal erläutern lassen. Es ermöglicht eine unkomplizierte Budgetierung, Mittelbewirtschaftung und Haushaltssteuerung. Ergänzt wird das Paket durch die Kosten- und Leistungsrechnung, die Anlagenbuchführung und die Veranlagung kommunaler Abgaben wie Steuern, Gebühren und Beiträge. Ergänzt wird das Finanzwesen-System durch ein spezielles Lohn- und Gehaltsprogramm, das auch die Besoldung von Beamten abdeckt.

Außerdem bietet DATEV den kommunalen Anwendern umfangreiche Rechenzentrums- sowie Druck- und Versanddienstleistungen an. Abgerundet wird das Portfolio durch ein umfassendes Beratungsangebot zur Einführung effizienter Prozesse und Organisationsstrukturen in öffentlichen Verwaltungen. □

Mobile ITK-Lösungen:

## Communication World im Münchner M,O,C,

Mit der Communication World erhält der Wirtschaftsstandort München wieder eine neue Dialog- und Netzwerkplattform für die ITK-Industrie. Im Fokus stehen die Themen mobile Strategien und Technologien sowie mobile Lösungen für Mitarbeiter und zur Kundenansprache. Zudem werden Anwendungen im Branchenkontext vorgestellt, unter anderem auch aus den Bereichen Bürgerservices, mGovernment und mTourismus.

Vertreter aus Städten und Gemeinden haben hier die Möglichkeit, sich über aktuelle Anwendungen, die bereits von Wirtschaft und Bürgern genutzt werden, zu informieren und auch künftige Lösungen kennenzulernen. Die Communication World findet am 11. und 12. Oktober 2011 im Münchner M,O,C, statt.

Mit der Communication World etabliert die Messe München

nicht nur eine Plattform für die lokale ITK-Industrie, sondern bietet mit der zweitägigen Veranstaltung IT-Entscheidern und Geschäftsführern sowie Bürgermeistern und Geschäftsleitern von Städten und Gemeinden auch eine Planungsbasis für Investitionen in mobile IT-Lösungen.

Bürgerservices

So gibt beispielsweise ein einhalbstündiges Panel zum Thema Bürgerservices/mGovernment am ersten Tag Einblicke, wie eine moderne Verwaltung aussehen kann und welche Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen. Erfahrungen und Erkenntnisse aus der mobilen Verwaltung erläutert beispielsweise Franz Reinhard Habel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Außerdem geben Vertreter aus Industrie und Wissenschaft Einblicke in die Chancen und Risiken mobiler e-Government Dienste und zeigen mobile Strategien für den Arbeitsplatz der Zukunft auf.

Internet-basierte Dienste

Aus dem öffentlichem und privaten Leben sind internet-basierte Dienste generell nicht mehr wegzudenken – E-Mail und Multimedia-Daten-Verwaltung sind nur zwei Beispiele. Das Ziel in der öffentlichen Verwaltung ist es, das Internet als das e-Government Fundament zu etablieren. □



Besuchen Sie uns auf der Kommunale in Nürnberg!

19.-20. Oktober 2011 – Halle 12/Stand 424

Weitere Informationen unter [www.komuna.de](http://www.komuna.de) oder per Telefon unter 08 71/973 85-0



Erfolgreicher Start des Bürgerservice-Portals:

## Stadt Ingolstadt und AKDB ziehen positive erste Bilanz

Anfang Juni startete die Stadt Ingolstadt ihr Bürgerservice-Portal. In Zusammenarbeit mit der AKDB werden im Rahmen eines bayernweiten Pilotprojekts zunächst zehn Verwaltungsvorgänge angeboten, die die Bürger online von zuhause aus erledigen können. Dies stößt offenbar auf reges Interesse, denn bei den angebotenen Vorgängen wird bereits rund ein Drittel der Anträge über dieses Portal abgewickelt. Auch die Funktionen des neuen Personalausweises werden erkannt – immer mehr Bürger lassen bei der Antragstellung die für Online-Dienste notwendige eID-Option freischalten. Mit einer Quote von über 65 Prozent liegt man deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Innerhalb eines Monats werden im Bürgeramt der Stadt Ingolstadt rund 5.000 Vorgänge bearbeitet, mit einer Onlinequote von immerhin bereits 5 Prozent im Segment des Bürgerservice-Portals. Besonders angenommen werden die online angebotenen Verwaltungsvorgänge der Anträge auf Anmeldung, Ummeldung oder die Anforderung einer Meldebestätigung mit je einem Drittel aller eingehenden Onlineanträge. Für Helmut Chase, den für den Bürgerservice zuständigen Referenten der Stadtverwaltung, ein

deutliches Zeichen, dass das Angebot kontinuierlich ausgebaut werden muss. „Wir wollen im Rahmen des Pilotprojekts die Zahl der angebotenen Verwaltungsvorgänge Stück für Stück erhöhen, die gute Nachfrage zeigt das Interesse der Bürger an dieser Verwaltungsvereinfachung“.

### Erweiterter Pilotbetrieb

Auch die AKDB zeigt sich erfreut über den erfolgreichen Start ihres Portals. Der Vorstandsvorsitzende Alexander Schroth dazu:

„Nach der gelungenen Einführung in Ingolstadt wird der Pilotbetrieb nun kontinuierlich auf weitere Kommunen erweitert. Schon zum Ende des Jahres können wir dann allen Verwaltungen unsere Lösung als echte Arbeitserleichterung anbieten.“ Allerdings blieben, ergänzt Helmut Chase, eine ganze Reihe von Vorgängen zunächst außen vor, denn der Gesetzgeber sieht hier noch entweder persönliches Erscheinen im Amt oder die Schriftformerfordernis vor, was eine vereinfachte Bearbeitung im Online-Verfahren derzeit noch nicht möglich macht. Hierzu hofft Chase auf entsprechende Änderungen der Bundesgesetze.

### Personalausweis wird stark nachgefragt

Ein Großteil der aktuell angebotenen Vorgänge im Bürgerservice-Portal ist zwar auch ohne

den neuen Personalausweis nutzbar, doch auch dieser wird rege nachgefragt. Fast 10.000 Stück wurden in Ingolstadt seit der Einführung im November 2010 beantragt. Um grundsätzlich die Online-Identifikation nutzen zu können, muss die sogenannte eID-Option freigeschaltet werden. Immer mehr Bürger, so die Erfahrung in Ingolstadt, nehmen dies in Anspruch, über 65 Prozent sind es bereits. Damit ist man einer der Spitzenreiter, denn im Bundesdurchschnitt wird eine Freischaltquote von gerade einmal 40 Prozent angenommen.

### Dem Bürger Zeit geben

Zwar ist die Zahl der Bürger, die den neuen Personalausweis auch tatsächlich für eine Online-Identifikation gegenüber der Stadt Ingolstadt nutzen, noch überschaubar. Doch das, so Chase, sei zu erwarten gewesen. „Nachdem wir mit als erste in Deutschland überhaupt eine konkrete Nutzung für den neuen Ausweis anbieten, muss man den Bürgern Zeit geben, sich mit den neuen Möglichkeiten erst vertraut zu machen“.

Je mehr Angebote es bundesweit gebe, um so mehr mache es für den Einzelnen Sinn, sich mit der neuen Technologie zu beschäftigen und die Vorteile zu entdecken. „Auch das Online-Banking hat etliche Jahre gebraucht, sich großflächig durchzusetzen“.

Das Bürgerservice-Portal der Stadt Ingolstadt ist unter [www.ingolstadt.de/portal](http://www.ingolstadt.de/portal) zu erreichen. Für die Nutzung des neuen Personalausweises ist ein zertifiziertes Kartenlesegerät nötig (RFID-Leser). Zur Einführung des neuen Angebots sind diese Lesegeräte im Bürgeramt im Neuen Rathaus für 16,50 Euro erhältlich. □

Kommunale Zukunftsaufgabe:

## Unterstützung beim Energiemanagement

Vor dem Hintergrund steigender Energiekosten und der notwendigen Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes stehen Kommunen vor der Herausforderung, geeignete Energiesparmaßnahmen auf den Weg zu bringen. Die AKDB, die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern, bietet dabei als Partner der Kommunen ihre Unterstützung an.

Die kommunale Selbstverwaltung und die Bürgernähe machen die Kommunen zu den Hauptakteuren im Bereich Energie und Klimaschutz. Ohne die Kommunen und ohne die Bürger und deren Aktivitäten vor Ort kann es keinen wirksamen Klimaschutz geben. Die Kommune nimmt hier eine Vorbildfunktion ein.

In vielen Kommunen mangelt es an den Basisdaten für den eigenen Gebäudebestand. Langfristige Verbrauchsdaten sind nur rudimentär vorhanden, konkrete Aussagen über Verbräuche können nicht getroffen werden. Dies erschwert Rückschlüsse auf energetische Einsparpotenziale und die Wahl der konkreten Energiekonzepte. Solche Konzepte können die eigene Energieerzeugung z. B. durch regenerative Energiequellen oder die Sanierung des eigenen Gebäudebestandes sein. Doch welche sind in diesem Zusammenhang die effektivsten?

Um ein Konzept erstellen zu können, werden Basisdaten benötigt. Notwendig ist der Status quo des Verbrauchs verschiedener Energiearten wie Wasser, Strom, Treib- und Brennstoffe bzw. des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Daraus können über unterschiedliche Analysen, zum Beispiel dem sogenannten Benchmarking, sinnvolle energie-

tische Maßnahmen abgeleitet werden.

Zur Erstellung und Umsetzung der Konzepte werden – soweit das Know-how nicht im Hause vorhanden ist – Energieberater notwendig. Diese können Einsparpotenziale erkennen und generieren. Natürlich gibt es eine Anzahl lokaler Energieberater. Wichtig ist aber eine komplexe Energieberatung. Um die Suche möglichst kosten- und zeitsparend zu gestalten, unterstützt die AKDB ihre Kunden durch Vermittlung eines Energieberatungunternehmens mit langjähriger Erfahrung.

Die AKDB selbst bietet den Kommunen eine Komplettlösung für diesen Bereich an. Sie stellt dabei u. a. eine Energiemanagement-Software bereit, auch als Rechenzentrumslösung, sie kümmert sich um Auswertungen inklusive Gradtagszahlen, Flächenbezug und weiteren relevanten Auswahlkriterien, sie importiert Verbrauchswerte, sie führt Benchmarking durch – d. h. sie vergleicht alle teilnehmenden Kommunen auf Basis einer AKDB-Datenbank.

Weiter kann die AKDB einen Energieberater vermitteln und technische Unterstützung leisten. Zusätzlich ist eine finanzielle Förderung solcher Maßnahmen durch das Förderprogramm des Bundesumweltministeriums möglich. □

Digitale Agenda:

## Weiterer Handlungsbedarf beim Schutz von Kindern

In einem von der Europäischen Kommission vorgelegten Bericht wird untersucht, wie die Mitgliedstaaten EU-Empfehlungen umsetzen und damit gewährleisten, dass Kinder die Möglichkeiten der digitalen Welt vertrauensvoll und sicher nutzen können. Die Mitgliedstaaten und die Industrie unternehmen zunehmende Anstrengungen zur Umsetzung der EU-Empfehlungen aus den Jahren 1998 und 2006 zum Schutz von Minderjährigen, die audiovisuelle und Online-Dienste nutzen. Insgesamt sind die getroffenen Maßnahmen jedoch unzureichend.

Aus dem Bericht geht konkret hervor, dass die EU-Staaten keine angemessenen Maßnahmen treffen oder jeweils unterschiedliche Konzepte verfolgen, wenn es darum geht, illegale oder schädliche Inhalte zu melden und zu bekämpfen sowie sicherzustellen, dass Kinder altersgerechte Inhalte abrufen, die sozialen Netzwerke für Kinder sicherer zu machen und Kinder vor schädlichen Videospielen zu schützen.

### Unterschiede in den EU-Staaten

Beispielsweise bestehen zahlreiche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten in der Art und Weise, wie Hotlines die Legalität oder potenzielle Schädlichkeit der ihnen gemeldeten Inhalte überprüfen, deren Quelle feststellen und diese den zuständigen Behörden mitteilen. Auch nutzen die EU-Staaten unterschiedliche Alterseinstufungssysteme und technische Mittel, um zu gewährleisten, dass Websites und Spiele stets altersgerecht sind. Der Bericht zeigt, dass der Schutz von Kindern in diesen Bereichen deutlich verbessert werden kann. Die Kommission wird sich im weiteren Verlauf des Jahres im Rahmen einer breit angelegten Initiative zur Schulung und zum Schutz von Kindern beim Umgang mit neuen Technologien mit diesen Fragen befassen.

### Zusammenarbeit intensivieren

Neele Kroes, die für die Digitale Agenda zuständige Vizepräsidentin der Kommission, erklärte hierzu: „Kinder gehen heute schon in jüngerem Alter online und verbringen mehr Zeit im Web, wobei sie eine aufregende Welt digitaler Möglichkeiten entdecken. Wir müssen jedoch dringend unsere Anstrengungen und unsere Zusammenarbeit zur Schulung und zum Schutz von Kindern in dieser sich stetig wandeln-

den digitalen Welt intensivieren. Wir müssen Eltern und Lehrern das zur Wahrnehmung ihrer Verantwortlichkeiten notwendige Vertrauen geben. Die Strategie, die ich im weiteren Verlauf dieses Jahres vorlegen werde, geht diese Probleme frontal an.“

In dem Bericht werden Maßnahmen u. a. in folgenden Bereichen empfohlen:

- Schädliche und illegale Inhalte: Steigerung der Bekanntheit von Hotlines und Verbesserung der einschlägigen Infrastrukturen im Interesse einer effizienteren Entfernung illegaler Inhalte.
- Soziale Netzwerke und Privatsphäre: Sensibilisierung für Risiken und Schutzmöglichkeiten.
- Altersklassifizierung und Einstufungssysteme: Umfassendere Nutzung von Alterseinstufungssystemen (wie PEGI) für Online-Spiele; Entwicklung von Verhaltenskodizes und anderen Möglichkeiten zur Sensibilisierung des Einzelhandels für die Alterseinstufung, um zu verhindern, dass Spiele an Kinder unter der entsprechenden Altersstufe verkauft werden.

### Hintergrund

Das Internet kinderfreundlicher zu machen ist eine der Prioritäten der Digitalen Agenda für Europa. Der Erhebung EUKidsOnline zufolge haben Neun- bis Zehnjährige, die im Internet surfen, durchschnittlich schon im Alter von sieben Jahren damit begonnen. 33% der jugendlichen Internetnutzer verwenden dazu ein Mobiltelefon oder ein tragbares Gerät. 77 % der 13- bis 16-Jährige und 38 % der Neun- bis Zwölfjährigen Internetnutzer in Europa geben an, ein Profil auf einer Website zur sozialen Vernetzung angelegt zu haben; nach eigenen Angaben ist das Profil von einem Viertel der bei einer solchen Website angemeldeten Nutzer öffentlich. Jede EU-weite Strategie auf diesem Gebiet muss dem globalen und ständigem Wandel unterliegenden Charakter

der digitalen Welt Rechnung tragen und flexibel auf neue Herausforderungen reagieren.

Mit den EU-Empfehlungen zum Schutz Minderjähriger aus den Jahren 1998 und 2006 wurde auf den Umstand reagiert, dass die Regulierung auf europäischer und nationaler Ebene nicht immer mit den rasanten Entwicklungen auf dem Gebiet der audiovisuellen und Online-Informationsdienste Schritt halten kann. Auf EU-Ebene (mittels der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) und in den meisten Mitgliedstaaten bestehen spezifische Regeln nur für den Inhalt audiovisueller Medien. Deshalb ist es umso wichtiger, dass die Mitgliedstaaten und Diensteanbieter sich der neuen Herausforderungen im Jugendschutz bewusst sind und über eine Zusammenarbeit der betroffenen Akteure sowie Mit- oder Selbstregulierung die Schaffung angemessener Rahmenbedingungen fördern.

### Selbstregulierung

Der Bericht ist für mehrere in der Digitalen Agenda für Europa aufgezeigten Aktionsbereiche von Bedeutung. Die Kommission hat sich speziell zur „Förderung des mehrseitigen Dialogs und der Selbstregulierung der europäischen und weltweiten Diensteanbieter (z. B. Plattformen für die soziale Vernetzung, Mobilfunkanbieter), insbesondere hinsichtlich der Nutzung ihrer Dienste durch Minderjährige“ verpflichtet. Daneben werden die Mitgliedstaaten in der Digitalen Agenda dazu aufgefordert, „bis 2013 Hotlines für die Meldung anstößiger oder schädlicher Online-Inhalte einzurichten, Kampagnen zur Bewusstseinsbildung bezüglich der Online-Sicherheit für Kinder zu organisieren, Online-Sicherheit in Schulen zu unterrichten und Anbieter von Online-Diensten zu bestärken, Maßnahmen der Selbstregulierung hinsichtlich der Online-Sicherheit für Kinder umzusetzen“.

Daneben fördert die Kommission die Entwicklung qualitativ hochwertiger und altersgerechter Online-Inhalte. Der Erhebung EUKidsOnline zufolge findet ein Drittel der Neun- bis Zwölfjährigen, dass genug hochwertige Inhalte für ihre Altersgruppe online sind. □



Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.



Nicoletta Bauer  
Zentrales und  
Strategisches Marketing  
der AKDB

eAkten:  
Weniger Papier –  
mehr Möglichkeiten!



Die Wirtschaftlichkeit von elektronischen Akten mit einem Dokumentenmanagement-System ist bewiesen. Nutzen auch Sie die Vorteile der elektronischen Aktenführung in Ihrer Verwaltung:

Sparen Sie sich aufwendiges Suchen, legen Sie Dokumente revisionssicher ab und machen Sie Ihre Sachbearbeitung so noch effizienter. Alle eAkten sind mit den Fachverfahren der AKDB eng verzahnt.

Informieren Sie sich unter [www.akdb.de](http://www.akdb.de)

40  
JAHRE  
Innovation  
Effizienz



EGOV

Software, die dem Menschen dient!

Bayerisches Anwenderforum eGovernment 2011:

## Praktische Erfahrungen, innovative Lösungen

Zweiter Platz für Landkreisverwaltung Mühldorf a. Inn bei der Verleihung des Bayerischen eGov-Preises

Eine wichtige Informations- und Austauschplattform zu aktuellen und zukunftsweisenden eGovernment-Entwicklungen - bestehend aus Themenforen sowie einer begleitenden Fachausstellung - bot einmal mehr das 3. Bayerische Anwenderforum „eGovernment“ im Bayerischen Landtag. Experten aus Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft berichteten über innovative Lösungen und praktische Erfahrungen rund um das Thema eGovernment.

In diesem Jahr konzentrierte sich die Diskussion auf die Frage nach der Bedeutung des geplanten eGovernment-Gesetzes des Bundes, die personalwirtschaftliche Bewältigung des demografischen Wandels sowie auf die Bedeutung von open data für eGovernment. Einig waren sich die Teilnehmer, dass die technische Entwicklung und die Nutzung unterschiedlicher Werkzeuge wie twitter, facebook und weiterer social media-Tools sowie die zunehmende Nutzung des Internets die Erwartung der Bürger auch an die Verwaltung verändert.

Wie der Vizepräsident des Bayerischen Landtags, Peter Meyer, MdL, in seinem Grußwort darlegte, gehe der technische Wandel auch an der Arbeit des Parlaments nicht spurlos vorbei. So ließen sich schon heute alle Plenumsdebatten im Bayerischen Landtag live im Internet verfolgen.

### Realisierte Vorhaben

Bayern geht die Themen „Open Data“ und „Open Government“ aktiv an!“, teilte der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Staatssekretär Franz Josef Pschierer, als Schirmherr des Anwenderforums mit. Dabei stellte er vor allem die bereits umgesetzten Projekte her-

aus: „Im Bereich der Veröffentlichung amtlicher Daten haben wir bereits bedeutende Vorhaben mit hohem volkswirtschaftlichen Nutzen realisiert, wie das Internet-Portal ‚Energieatlas Bayern‘ zur ortsbezogenen Information über umweltverträgliche Energieerzeugung, den ‚Grabungsatlas‘ zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur oder die Pläne zur Bebauung und Flächennutzung im Internet.“

### eGov-Gesetz in Arbeit

Darüber hinaus berichtete Pschierer über erfolgreiche Open-Government-Vorhaben wie der öffentlichen Beteiligung zur Zukunftsinitiative der Staatsregierung „Aufbruch Bayern“. In diesem Zusammenhang erläuterte er auch die Bedeutung moderner Betriebstechnologien, wie z. B. des Cloud-Computing, den Stellenwert geeigneter Kooperationsmodelle sowie die Notwendigkeit der Überprüfung rechtlicher Rahmenbedingungen: „Um den weiteren Ausbau von eGovernment in Deutschland zu beschleunigen, arbeiten wir derzeit mit dem Bund und den anderen Ländern an einem sogenannten eGovernment-Gesetz. Dieses soll unter anderem die Schriftformerfordernisse bei elektronischen Verfahren abbauen und deren Rechts-

verbindlichkeit durch eine elektronische Identitätsfunktion - wie im neuen Personalausweis bereits integriert - ermöglichen.“

Die Bedeutung einer leistungsfähigen IT-Infrastruktur für die Wirtschaft hob Peter Driessen, Hauptgeschäftsführer der Bayerischen Industrie- und Handelskammer hervor. Gerade für ein Flächenland wie Bayern sei zum Beispiel die flächendeckende Verfügbarkeit von Breitbandnetzen eine Herausforderung. Hier sieht Driessen die öffentliche Hand in der Pflicht.

### Hauptpreis für Vergabeplattform

Zum zweiten Mal wurde im Rahmen des eGovernment-Forums der „Bayerische eGovernment-Löwe“ durch Staatssekretär Pschierer verliehen. Den Hauptpreis des Jahres 2011 erhielt die Vergabeplattform der Bayerischen Staatsbauverwaltung im Bayerischen Staatsministerium des Innern. Ziel der Plattform ist der elektronische rechtsgültige und vertrauliche Versand von Vergabeunterlagen und Angeboten über das Internet. Dabei werden die Arbeitsabläufe sowohl bei den Vergabestellen wie auf Seiten der Bauunternehmen erheblich vereinfacht und verkürzt. Gleichzeitig wird das Vergabeverfahren transparenter und rechtssicher.

### „Führerschein Online“

Mit ihrem Workflow „Führerschein Online“ erreichte die Landkreisverwaltung Mühldorf a. Inn den zweiten Platz. „Der bayerische eGovernment-Löwe bekräftigt uns in unserer dienstleistungsorientierten Arbeit und ist gleichzeitig Motivation, unsere Angebote im Bereich der elektronischen Verwaltung auszubauen“, freute sich Landrat Georg Huber und gratulierte den im Landratsamt verantwortlichen Mitarbeitern zur Auszeichnung.

Die Anwendung „Führerschein Online“ erspart den Fahrern

im Landkreis den Weg zur Gemeinde und zum Landratsamt, die zentrale Anlaufstelle ist nur noch die jeweilige Fahrschule. Bei der Antragstellung sind dank „Führerschein Online“ die Fahrschulen, die Gemeinden und die Fahrerlaubnisbehörde am Landratsamt Mühldorf durch einen Workflow miteinander verbunden. Dadurch kann die Fahrschule zusammen mit dem Fahrschüler dessen Daten in einen Online-Antrag einpflegen. Die vollständigen Daten werden anschließend automatisch an das jeweilige Einwohnermeldeamt der Wohnsitzgemeinde weitergeleitet. Die Gemeinde bestätigt die Angaben des Antrags und sendet die Daten automatisch an die Fahrerlaubnisbehörde des Landratsamtes.

Auf Grund datenrechtlicher Vorschriften werden die Angaben mittels einer sicheren SSL-Verschlüsselung übertragen. Neben der elektronischen Dateneingabe sammelt die Fahrschule alle für den Führerscheinantrag notwendigen Unterlagen und übergibt diese dann der Fahrerlaubnisbehörde. Nach einer Überprüfung der Antragsunterlagen werden die Antragstellerdaten anschließend in die konkrete Fachanwendung übertragen.

Die elektronische Anwendung „Führerschein Online“ ermöglicht den Fahrern eine einfachere, bequemere und vor allen Dingen schnellere Antragstellung auf Erteilung einer Fahrerlaubnis, vollkommen unabhängig von den Öffnungszeiten der Behörden. Neben der Erleichterung für den Antragsteller trägt „Führerschein Online“ auch zu einer besseren interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den Städten und Gemeinden und dem Landratsamt bei.

### Energie-Atlas Bayern

Platz 3 im Wettbewerb belegte der Energie-Atlas Bayern aus dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit. Der Energie-Atlas Bayern macht erstmals alle einschlägigen Informationen, die in den Ressorts des Freistaats zum Thema erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energiesparen vorliegen, zentral in einheitlich aufbereiteter Form zugänglich. Unterschiedliche Medien, Karten und Texte werden dabei intelligent verknüpft und schaffen so einen Mehrwert gegenüber den isolierten Einzelinformationen. **DK**



Die verantwortlichen Mitarbeiter in der Landkreisverwaltung Mühldorf a. Inn freuen sich mit Landrat Georg Huber (Mitte) über den zweiten Platz im Wettbewerb. **□**



Ein begeisterter Anhänger des Handy-Parkens: der Landtagsabgeordnete Heinz Donhauser. Foto: M. Bergmann

## Barrierefreies Parken in Amberg

In Amberg können die Bürger und alle Gäste, die in die Stadt kommen, seit 2008 die Parkgebühren sehr bequem mit einer SMS bezahlen. Mehr als jeder Zweite nutzt beim Parken das Handyparksystem von sms&park. Für Menschen mit leichten oder schweren Behinderungen oder auch Mütter mit Kinderwagen ist dies eine riesige Erleichterung. Ganz neu eingeführt und noch bequemer wird das Parken mit der sms&park App von sunhill technologies.

Der Landtagsabgeordnete Heinz Donhauser, selbst Nutzer dieses Systems, ist begeistert vom Handy-Parken und verrät, dass es in seiner Stadt großen Unmut gäbe, wenn es diese bequeme Art zur Bezahlung nicht mehr gäbe. Er versteht überhaupt nicht warum es immer noch Städte gibt, die ihren eigenen Leuten und auch den Besuchern diese Innovation vorenthalten: Kein Kleingeld mehr suchen, die Parkdauer flexibel verlängern, egal wo man sich gerade befindet. Hinzu kommt noch, sms&park funktioniert ganz ohne Registrierung für den Nutzer.

Die Menschen haben Hemmungen ihre persönlichen Daten, von der Adresse bis hin zur Kreditkarten- bzw. Kontonummer weiterzugeben. Datenskanäle zeigen, dass diese Bedenken ja auch nicht unberechtigt sind. Deshalb erleiden einige Städte schon jetzt Schiffbruch mit ihrem Registrierungssystem.

Amberg hat ein System gewählt ganz ohne Registrierung und ohne persönliche Daten preis-

zu geben. Einfach zum Handy greifen und als SMS-Text das Autokennzeichen sowie durch einen Punkt getrennt die gewünschte Parkdauer angeben. Also z. B. eine „1“ für eine Stunde. Der Service geht weiter, wenige Minuten vor Ablauf der Parkzeit macht Sie eine kostenlose SMS aufmerksam und Sie können verlängern oder sich zu Ihrem Auto begeben.

Amberg war überhaupt eine der ersten Städte, die diese Art von barrierefreiem Parken eingeführt hat. Der Komfort wird nochmals gesteigert, natürlich mit einer APP. Einmal von der website kostenlos heruntergeladen, www.sunhill-technologies.com, wird durch die automatische Parkzonenerkennung der nächstgelegene Parkplatz zum aktuellen Standort des Parkenden ermittelt. Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass ein Kfz-Kennzeichen nur einmalig eingegeben werden muss – bei allen weiteren Parkvorgängen wählt der Parkende einfach per Klick aus welches Kfz-Kennzeichen er parken möchte. **□**

### Heiligenstadt i. OFr.:

## Lückenschluss mit LTE erreicht

Sendemasten sind in Betrieb

In der Marktgemeinde Heiligenstadt i. OFr. sind jetzt die bisher unterversorgten Gebiete an die Breitband-Datenautostrasse angeschlossen. An drei Standorten haben Vodafone und Telekom die neue mobile Breitbandtechnik LTE in Betrieb genommen. Der Geisberg-Sender wurde von Vodafone Ende Juni 2011 in Betrieb genommen. Der Sendemast von Telekom am Kälberberg (Markt Buttenheim) ist bereits seit Mitte April 2011 in Betrieb. Der dritte Sendemast Heiligenstadt – Mitte am Pavillon, der für die vollflächige Versorgung der 75 qkm großen Gemeindefläche erforderlich war, ging im August an den Start.

Der Bürgermeister des Marktes Heiligenstadt i. OFr., Helmut Krämer, hatte sich seit der Versteigerung der Mobilfunk-Lizenzen im Frühjahr 2010 für ein Engagement der Netzanbieter in der Region um Heiligenstadt i. OFr. stark gemacht: „Unsere Wettbewerbsfähigkeit und auch die Zukunft unserer Region hängt entscheidend von der leistungsstarken Breitbandinfrastruktur ab. Ich freue mich deshalb, dass Vodafone und Telekom mit ihrem Engagement einen großen Teil der bisherigen Breitbandlücke in unserer Marktgemeinde geschlossen hat“, so Krämer.

### Stärkung der Attraktivität

Wie Krämer hinzufügte, sei die Bereitstellung der neuen Technologie ein wichtiger Beitrag zum Aufbau einer hochmodernen Kommunikationsinfrastruktur sowie zur Stärkung der Attraktivität der Tourismusgemeinde. Leistungsfähige Netze seien die Voraussetzung für eine wettbewerbsfähige Informations-

gesellschaft. Der Zugang zum Breitband-Internet überall sei ein wichtiger Standortfaktor.

Mobile Lösungen sind nach Krämers Worten zukunftsorientiert, weil sie schnell und zu jeder Zeit an jedem Ort einsetzbar sind. Es hätten bereits einige E-Mails das Rathaus erreicht, aus denen hervorgehe, dass sich der Einsatz gelohnt hat.

### Auch angrenzende Gemeinden profitieren

Der Bürgermeister freut sich, dass neben der flächendeckenden Versorgung in allen Gemeindeteilen von Heiligenstadt i. OFr. die angrenzenden Gemeinden Königfeld, Litzendorf, Strullendorf, Unterleinleiter und Wiesenthal profitieren. Wegen der Umrüstung und der technischen Fragen empfiehlt das Rathaus, dass sich die Bürger an die Anbieter Telekom und Vodafone oder an die jeweiligen Shops wenden. An diesen Stellen können die Kunden auch die Tarife für das schnelle Internetsurfen in Erfahrung bringen. **□**

### Beschluss des Ministerrats:

## Einführung einer eigenen Bayern-Domain

Der Ministerrat hat den Startschuss für die Einführung einer eigenen Bayern-Domain im Internet gegeben. Der IT-Beauftragte der Staatsregierung, Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer: „Bayern bekommt eine eigene Internet-Kennung, unter der unsere Bürger, die bayerische Wirtschaft und selbstverständlich auch alle anderen interessierten Nutzer künftig im Internet auftreten können. Die neue Bayern-Domain wird erheblich zur Stärkung der ‚Marke‘ Bayern im Internet beitragen.“

Möglich wird die Einführung der Top Level Domain „.bayern“ durch die neue Registrierungspraxis der amerikanischen Internet-Organisation ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers). Diese hatte im Juni beschlossen, in Zukunft frei wählbare Begriffe - also auch Länder- oder Städtenamen - als Top Level Domains zuzulassen.

Wie viele andere Länder und Städte, die eine auf den eigenen Namen lautende Top Level Domain einführen wollen, setzt auch Bayern auf ein privatwirtschaftliches Betreibermodell für seine Landes-Domain. „Der Betrieb einer Internet-Domain ist keine staatliche Kernaufgabe und kann ebenso gut von einem zuverlässigen privaten Unternehmen geleistet werden“, so der IT-Beauftragte Pschierer. „Selbstverständlich behält sich der Freistaat bei der Verwaltung von ‚.bayern‘ ein starkes Mitspracherecht vor. Wir werden keine missbräuchliche Verwendung unseres Landesnamens zulassen. Und wir werden sicherstellen, dass der Freistaat angemessen an den Einnahmen aus dem Domainbetrieb beteiligt wird.“

Der künftige Betreiber von „.bayern“ soll in einer Ausschreibung ermittelt werden, die noch in dieser Woche beginnt. „Das am besten geeignete Unternehmen erhält den Zuschlag. So wird ganz Bayern von der neuen Landes-Domain profitieren. Der Wettbewerb ist eröffnet“, so Pschierer abschließend. **□**

## Oberfrankenstiftung:

## Ein Segen für den Regierungsbezirk

200. Sitzung in Schloss Thurnau – Festakt mit Innenminister Joachim Herrmann

Die Oberfrankenstiftung hat im Beisein des Bayerischen Innenministers Joachim Herrmann in Schloss Thurnau die 200. Sitzung des Stiftungsrates durchgeführt. Seit ihrer Gründung im Jahre 1927 durch Kreistagspräsident Adolf Wächter hat sich die Oberfrankenstiftung zu einem wahren Segen des Regierungsbezirks entwickelt.

Wie Bezirksheimatpfleger Prof. Dr. Günter Dippold im Rahmen einer Festveranstaltung darlegte, ist die Oberfrankenstiftung inzwischen ein wichtiger Förderer zahlreicher Initiativen, Bauvorhaben und Sanierungsprojekten in der Region. Für sie spiele der soziale Gedanke eine überragende Rolle; eine tragende Rolle werde der Stiftung auch bei der kulturellen Weiterentwicklung im Regierungsbezirk Oberfranken zugeschrieben.

Laut Festredner Joachim Herrmann bringe es bereits die Satzung klar zum Ausdruck: „Die Stiftung verfolgt gemeinnützige Zwecke auf dem Gebiet der Volkswohlfahrt unter besonderer Berücksichtigung der sozialen

Verhältnisse der Bevölkerung.“ Seit vielen Jahrzehnten erfülle die Oberfrankenstiftung diese Bestimmung vorbildlich mit Leben. So habe sie bereits in der Nachkriegszeit den Anschluss vieler Ortschaften an das Stromversorgungsnetz und den Bau von Wasserversorgungsanlagen großzügig gefördert.

### Die Satzung mit Leben erfüllt

Zudem konnte 1971 das von der Stiftung errichtete Schulandheim in Pottenstein seiner Bestimmung übergeben werden. In der Folgezeit flossen auch erhebliche Stiftungsmittel in die Schaffung von Altenpflegeplätzen

und Jugendheimen sowie in den Bau von Studentenwohnungen. Besonders nachhaltig brachte sich die Oberfrankenstiftung stets in die so wichtige Erhaltung und Pflege von Baudenkmalern ein. Ob Bamberger Dom, die Giechburg oder Burg Gößweinstein – überall wirkte die Stiftung Herrmann zufolge segensreich dabei mit, hoch bedeutende Kulturgüter vor dem Verfall zu bewahren. Besonders deutlich sei die Handschrift der Oberfrankenstiftung auch bei der Restaurierung von Kloster Banz erkennbar.

### Gesteigerte Attraktivität

Im Übrigen spreche es für sich, dass die Stiftung Kultureinrichtungen wie das Töpfermuseum in Thurnau, das Egerlandhaus in Marktredwitz, das Fichtelgebirgsmuseum in Wunsiedel, das Fränkische-Schweiz-Museum in Tüchersfeld, das Porzellanmuseum in Hohenberg an der Eger oder die Plassenburg in Kulmbach mit ihren wertvollen Sammlungen tatkräftig unterstützt hat. Mit vielfältigen Maß-

nahmen habe die Stiftung wesentlich dazu beigetragen, die Attraktivität Oberfrankens ständig zu steigern.

„Die Oberfrankenstiftung ist ein Paradebeispiel dafür, welche reiche Ernte eine Stiftung durch alle bewegten Zeiten hindurch bringen kann“, erklärte der Minister. Sie handle stets vorbildlich im Geiste ihrer Gründer. „Auch im 21. Jahrhundert ist sie Ausdruck eines lebendigen Bürgersinns und eines ausgeprägten oberfränkischen Selbstbewusstseins. Und sie ist ein Wegweiser für eine bessere Gesellschaft.“

### Halt und Stabilität

Ohne Stiftungen wäre Bayern nicht nur gesellschaftlich und finanziell, sondern vor allem auch kulturell ärmer. Institutionen wie die Oberfrankenstiftung sorgen für Halt und Stabilität, indem sie Traditionen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt pflegen. Herrmann zufolge „dürfen wir uns in Bayern über weit mehr als 3.000 staatlich anerkannte rechtsfähige Stiftungen freuen, von denen die meisten gemeinnützige Zwecke verfolgen“. Hinzu kämen noch einige tausend kirchliche Stiftungen, die unter kirchlicher Aufsicht stehen.

Herrmann gab seiner Freude darüber Ausdruck, „dass der Stiftungsboom selbst in der Wirtschaft- und Finanzkrise der letzten Jahre nicht zum Erliegen gekommen ist“. Unter anderem sei dies auch ein Erfolg der Refor-



Kulturpreisträger Georg Schäffner, Gößweinstein (2. v. l.), umrahmt von Innenminister Joachim Herrmann, Regierungspräsident Wilhelm Wenning und Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler (v. l.).

men des Bayerischen Stiftungsgesetzes. Die Staatsregierung werde auch künftig alles tun, um dem Stiftungswesen in Bayern immer neue Impulse zu geben.

### Denkmalpflegepreis

Für besondere Leistungen in den Kategorien „Kultur“ und „Denkmalpflege“ vergab die Oberfrankenstiftung auch 2011 wieder Preise, die pro Kategorie mit 15.000 Euro dotiert waren. Den Denkmalpflegepreis erhielten Heike und Martin Kistner für ihr Baudenkmal „Palais Pottenstein“ in Bayreuth. Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler betonte in

seiner Laudatio: „...wie Denkmalschutz in seiner schönsten Form aussehen kann: Ein behutsam und geschmackvoll restauriertes Haus, mit Leben erfüllt.“

Den Kulturpreis teilen sich die Bamberger Kirchenmusikerin Ingrid Kasper und der Gößweinstener Regionalcantor Georg Schäffner. Der Vorsitzende des Stiftungsrates der Oberfrankenstiftung, Regierungspräsident Wilhelm Wenning, ehrte in seiner Laudatio die beiden Preisträger als „zwei, die die Kunst des Orgelspiels hervorragend beherrschen und sich auf dem Feld der Kirchenmusik und darüber hinaus sehr verdient gemacht haben“. **DK**

## Ehrenamt im Landkreis Miltenberg:

## Engagement weiter auf hohem Niveau

Aktuell recherchiert und analysiert die Fachstelle zur Förderung des Ehrenamts im Landkreis Miltenberg zusammen mit den verantwortlichen Koordinatoren intensiv die derzeitigen Erscheinungsformen freiwilligen Engagements. Eine Vielfalt von Verbänden, Vereinen, Hilfsorganisationen und Projekten bildet einen bunten Teppich im Bereich Ehrenamt.

Um den Stand der Dinge zu ermitteln und zu erfahren, wo eventuell der Schuh drückt und welche Anliegen Verantwortliche haben, wurde ein Fragebogen entwickelt, der als Grundlage zur Untersuchung und Meinungsbildung dient. Derzeit werden dazu Verbands- und Vereinsvorsitzende, Einrichtungsleiter, die mit Ehrenamtlichen kooperieren und andere koordinierend Tätige befragt, um in der Folge Maßnahmenempfehlungen für das bürgerschaftliche Engagement im Landkreis Miltenberg zu entwickeln.

Diese Phase mündet am internationalen Tag des Ehrenamts, dem 5. Dezember, in das erste Treffen des sich bildenden Ehrenamts-Netzwerks des Landkreises. Denkbar sind beispielsweise eine Ehrenamtsbörse auf der Internetseite des Landkreises, konkrete Angebote zur Förderung der Vereine oder ein Markt der Möglichkeiten sowie eine Ausweitung der Anerkennungskultur wie der in diesem Frühjahr bereits stattgefundenen ersten Dankeschön-Abend.

## Freiwilligensurvey

Nach Aussage der Freiwilligen-erhebung Bayern 2009, dem sogenannten Freiwilligensurvey, ist das Engagement weiter auf hohem Niveau. 3,8 Millionen Bürgerinnen und Bürger bringen sich vielfältig ein und gestalten die Gesellschaft aktiv mit. Die Zahlen zeigen auch auf, dass sich 39 Prozent der Bayern engagieren wollen, aber es derzeit nicht tun. Hier sind Maßnahmen wie etwa eine Ehrenamtsbörse zur Förderung dieser Bereitschaft angezeigt. Die höchste Engagementquote findet sich bei den 35- bis 54-Jährigen, Männer sind etwas stärker engagiert und der höchste Zuwachs an Engagementbereitschaft findet sich bei über 65-Jährigen. Die meisten Menschen sind nach wie vor im Bereich Sport und Bewegung aktiv, gefolgt vom Bereich Kirche und Religion; zu 46 Prozent in der Hauptorganisationsform Verein. Bayernweit sind die Engagierten

zu 19 Prozent einmal in der Woche und zu 21 Prozent mehrmals pro Woche mit ihrer freiwilligen Tätigkeit beschäftigt. Dabei spielt immer mehr das Motiv „Spaß haben“ (84 Prozent) und „Mit sympathischen Menschen zusammenkommen“ (75 Prozent) eine Rolle vor „Anderen Menschen helfen“ (74 Prozent). Immer mehr Engagierte wünschen sich ein größeres Mitspracherecht in den jeweiligen Organisationen. Erwiesen ist zudem, dass das Engagement immer ein Gewinn für die Engagierten selbst ist: Vor allem im höheren Alter steigert es die Lebensqualität und das Wohlbefinden.

Ein wichtiger Aspekt für die Gesellschaft in diesem Bereich ist die Sensibilisierung der Wirtschaft. So darf den freiwillig Engagierten kein Nachteil im Arbeitsleben entstehen – es sollte vielmehr gefördert werden. Ein Nachweis über ein Engagement sollte auch bei Bewerbungen stets zuträglich sein, damit diese Tätigkeiten auch Anklang im Wirtschaftsbereich finden. Besonders in Amerika gehört es zum guten Ton, sich für die Gemeinschaft einzusetzen. So gibt es zum Teil lange Wartelisten für bestimmte ehrenamtliche Tätigkeiten. Auch in Deutschland gibt es eine große Anerkennung und auch eine vielseitige Kultur derselben, die jedoch nach Meinung vieler Experten steigerungs- und ausbaufähig ist.

Gar nicht so selten mündet ein freiwilliges Engagement auch in ein Arbeitsverhältnis, kann ergo auch eine Brückenfunktion übernehmen, wie es diverse Programme bestätigen (siehe www.wabwaldkirch.de). Genauso relevant erscheint die Begleitung Freiwilliger und das Angebot an Qualifizierung und Fortbildung, da ein häufiges Motiv Ehrenamtlicher die eigene Weiterbildung ist.

Fest steht, dass der demographische Wandel das Engagement immer mehr braucht und unsere Lebensqualität entscheidend von der Bereitschaft eines jeden, sich in die Gemeinschaft zu investieren, abhängt. **□**

## Landrats- und Bürgermeisterwahlen:

### Amts inhaber bestätigt

Im mittelfränkischen Landkreis Roth, in Neumarkt in der Oberpfalz sowie in Frammersbach waren die Bürger aufgerufen, an die Wahlurnen zu gehen. Im Landkreis Roth mit seinen 124.000 Einwohnern wurde der seit 18 Jahren amtierende SPD-Politiker Herbert Eckstein mit 76,3 % der Stimmen wiedergewählt. Sein Gegenkandidat, der 40 Jahre alte CSU-Politiker Robert Frank, kam auf 23,7 %.

Auch der parteilose Thomas Thumann verteidigte sein Amt als Oberbürgermeister der Stadt Neumarkt in der Oberpfalz. Der 46-Jährige setzte sich mit 68,7 Prozent der Stimmen gegen seinen Namensvetter Werner Thumann (CSU) durch, der 21,5 % erhielt. Für die SPD-Kandidatin Gertrud Heßlinger votierten 6,2 %, Johann Georg Gloßner von der Freien Liste Zukunft erreichte 3,6 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 62,4 Prozent der insgesamt 30.583 Wahlberechtigten.

Im Markt Frammersbach im Naturpark Spessart wurde der bisherige Bürgermeister Peter Franz von den Freien Wählern in seinem Amt bestätigt. Franz erzielte 51,4 % der Stimmen, Christian Holzemer (SPD) kam auf 48,6 %. **DK**

## 25 Jahre Fränkisches Seenland

Seehofer und Söder gratulierten

Gunzenhausen (wefa) – Seinen ersten offiziellen Besuch hat Ministerpräsident Horst Seehofer dem Fränkischen Seenland abgestattet. Anlass dafür war der 25. Jahrestag der Flutung des Altmühlsees und des Kleinen Brombachsees, später sind der Rothsee und der Große Brombachsee noch dazu gekommen. Der „MP“ war an diesem Sommertag in bester Laune: „Sehr gut, wunderschön!“ entfuhr es ihm während seines sechsstündigen Aufenthalts

Der Ministerpräsident verneigte sich symbolisch vor Ernst Lechner aus Gunzenhausen, dem „Vater des Seenlands“, der als Landtagsabgeordneter am 16. Juli 1970 den Landtagsbeschluss bewirkte und damit ein Werk in Gang setzte, das die Landschaft in Altmühlfranken verändert und dem Land eine Perspektive verschafft hat, denn es war bis in die sechziger Jahre das „Armenhaus Bayerns“. Seehofer lobte die drei fränkischen Seen als ein „großes, mutiges Projekt“.

### Chancen für die Jugend

„Unser Ziel ist es, Politik so zu gestalten, dass die Jugend eine Zukunftschance hat“, betonte der Redner und kündigte an, dass die Staatsregierung der Bevölkerungsverschiebung wirksam begegnen werde, denn: „Bayern insgesamt wird es nur gut gehen, wenn es auch den Teilregionen gut geht.“ Für ihn heißt das: Der ländliche

Raum muss noch stärker gefördert werden, denn: „Wenn Ärzte und Schulen verschwinden, dann ist es nur eine Frage der Zeit, wann die Bevölkerung weggeht.“ Seehofer aber glaubt an die Bindungsfähigkeit der Menschen: „Die Heimat ist das Widerlager zur Globalisierung.“

Als Erster durfte der Regierungschef den neuen Aussichtsturm auf der Vogelinsel betreten, sozusagen das „Geburtstagsgeschenk“ Seehofers. Danach stellte der Rother Landrat Herbert Eckstein am Seezentrum Langlau den neuen Weitwanderweg „Der Seenländer“ vor, der 150 Kilometer lang ist, durch 27 Orte führt und alle Seen umschließt.

Eine „große moralische Unterstützung“ forderte der Absberger Bürgermeister Fritz Walter (er ist auch stellvertretender Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags) von der Staatsregierung ein. **□**

//REGENERATIV  
//MODERN  
//DYNAMISCH  
www.rmd.de

WASSERKRAFT  
ZUM LEBEN

RMD  
Rhein-Main-Donau AG

# Aufbruchstimmung mitten in Europa

Gemeinde Mauth-Finsterau schafft Neuanfang und verzeichnet erste Erfolge

Thierhaupten - Inmitten Europas, in Niederbayern an der tschechischen Grenze, nutzt die Gemeinde Mauth-Finsterau ihre Chance auf Erneuerung. In 9 Ortteilen leben 2500 Einwohner; die Region ist eingebettet zwischen dem Nationalpark Bayerischer Wald und dem tschechischen Nationalpark Sumava. Die Kommune profitiert zunehmend vom Erfolg der Dorf-erneuerung und eines integrierten ländlichen Entwicklungskonzeptes in den Bereichen Innenentwicklung, Wirtschaft, Tourismus und Generationen.

Das war nicht immer so. Der Strukturwandel der Landwirtschaft, der Niedergang der Holzverarbeitenden Industrie sowie der Textilindustrie führte zu einer Abwanderung der Bevölkerung, zu Leerständen im Ortskern und einer Gefährdung der Nahversorgung. Das dörfliche Leben kam zum Erliegen, die Lebensqualität war beeinträchtigt.

Konkreten Anlass zum Handeln bot die Dorf-erneuerung, die 2006 beim Amt für Ländliche

Entwicklung (ALE) Niederbayern beantragt wurde. In der Folge entstand zunächst in Eigenregie, später dann unter der fachlichen Beratung und Begleitung des BZT (Bereich Zentrale Aufgaben) der Verwaltung für Ländliche Entwicklung sowie des ALE Niederbayern sowie weiterer Planungsbüros, ein zukunftsweisendes ländliches Entwicklungskonzept. Getragen vom beeindruckenden Engagement der Bürger und der Kom-

mune konnte der Gemeindeentwicklungsprozess innerhalb weniger Jahre zum Erfolg geführt werden.

## Flexible Lösungen für das Miteinander

Im Zuge der Umsetzung zahlreicher Projekte verbesserte sich auch die Situation der Bevölkerung: Die einzelnen Ortsteile arbeiten besser zusammen, zudem fanden sich flexible Lösungen für das Miteinander unterschiedlicher Generationen, so dass die Dorfgemeinschaft und das Vereinsleben revitalisiert wurde. Darüber hinaus wirkte sich die intensive Netzwerkarbeit mit den angrenzenden Nationalparks positiv auf den Tourismus aus. Heute freut sich die Gemeinde über eine Imageverbesserung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

## Seniorenpolitisches Gesamtkonzept

Vor allem im Bereich der Seniorenprojekte gelang es der Gemeinde Mauth-Finsterau, eine Brücke zwischen Jung und Alt zu schlagen und damit eine Vorbildfunktion für andere Kommunen zu übernehmen. Dazu gehören u.a. die Einrichtung einer Freiwilligenagentur und eines Seniorencafés sowie die Gründung eines Beirates und einer Tagesbetreuungsstätte für Senioren.

## Förderpreis 2010

Als Anerkennung für diese Leistungen erhielt die Gemeinde

2010 vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen den Förderpreis für kommunale Seniorenpolitik.

Wichtige Impulse setzte die Innenentwicklung der Gemeinde. Zu den zentralen Projekten zählen die Gründung eines gemeindeübergreifenden Vereinsforums, das die Aktivitäten der Vereine koordiniert, die Umnutzung des alten Schulgebäudes zum Generationenhaus, die Neugestaltung des Ortskerns und die Überarbeitung des Flächennutzungsplans.

## Übernachtungszahlen steigen

Die Potentiale, die sich für die Gemeinde aufgrund ihrer Nähe zu den Nationalparks ergeben, nutzt Mauth-Finsterau auf der Grundlage seiner neuen Tourismusstrategie nun wesentlich effizienter. Die Einführung der Nationalpark-Gästekarte sowie einer Online-Gastgeberdatenbank sind neben einem attraktiven Freizeitprogramm nur einige der Maßnahmen, die der Kommune den Weg des sanften Tourismus eröffnen. Mauth-Finsterau profiliert sich konsequent zur „Kräutergemeinde im Bayerischen Wald“ und sponsert ein Outdoor-Event von nationaler Bedeutung.

## Nutznießler Wirtschaft

Auch die Wirtschaft profitiert vom ländlichen Entwicklungskonzept, das eine Vernetzung mit dem überregionalen Tourismus anstrebt: 2010 wurde der Gewerbeverein reaktiviert, Erzeuger regionaler Produkte erhalten vielseitige Unterstützung und der Aufbau eines Netzwerks für Tourismus, Arbeit und Wirtschaft bündelt die Kompetenzen der Region und schafft weitere Arbeitsplätze. Mauth-Finsterau ist als Modellprojekt im Portal [www.sdl-inform.de](http://www.sdl-inform.de) eingestellt.

auch sonst“, erklärt Büchereileiterin Jana Linnemannstons, „können wir uns aktuell beinahe all unsere Bücherwünsche erfüllen.“

## Überregionaler Charakter

Die Landesfachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen hat den überregionalen Charakter, den die Freilassinger Bücherei durch den Neubau, der mit Mitteln aus der Sozialen Stadt realisiert werden konnte, erkannt und unterstützt diesen Ausbau. Entsprechend waren Klaus Dahm, der Leiter der Fachstelle für öffentliches Bibliothekswesen und seine Kollegin Ute Plamer-Horn, die Leiterin der Fachstelle für die Region Oberbayern in die Planungen mit eingebunden und haben ihre Erfahrungen mit eingebracht.

## Identifikation schaffen

Während die Kinderbücher und Bücher zu aktuellen Schwerpunkten auf rund 200 qm im Erdgeschoss zu finden sind, haben Jugendbereich und Erwachsenenlektüre ihren Platz auf derselben Fläche im Untergeschoss gefunden. Über eine Treppe oder auch mit dem Aufzug gelangt man dorthin. Hunderte Bilder aus der Geschichte der Stadt säumen den Weg und wollen trotz oder gerade wegen des Kinder- und Jugendschwerpunkts eine Brücke in die Vergangenheit des Ortes schlagen und Identifikation über die Zeit hinweg schaffen.

## Kein Platz für Hektik

Zeit spielt ansonsten kaum eine Rolle in den Räumen. Ein Ort des Wohlfühlens soll es sein. Hektik scheint auch keinen Platz zu haben. Nicht nur die Bücher an sich, sondern auch

## 17. Ingolstädter Künstlerinnentage 2011:

# „Der Oktober ist eine Frau“

In eine neue, die inzwischen 17. Runde, gehen heuer die Ingolstädter Künstlerinnentage. Unter dem Motto „Der Oktober ist eine Frau“ werden nationale und internationale Künstlerinnen das Publikum zum Zuhören, Nachdenken, Staunen und Lachen bringen.

Laut Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann begeistert der Monat Oktober „voll weiblicher Kunst, Kreativität und Lebensfreude“ Frauen und Männer gleichermaßen. Die Ingolstädter Künstlerinnentage seien deutschlandweit einzigartig und weit über die Grenzen Ingolstadts hinaus bekannt. Anspruchsvolles Programm und entspannende Unterhaltung zu vereinen und dem Publikum somit ein breit gefächertes Repertoire vorstellen zu können, sei der Anspruch bei den Verantwortlichen.

## Vielfalt an künstlerischen Ausdrucksformen

Künstlerinnen aus vielen Teilen Deutschlands, Europas, Australiens und USA stehen mit ihrer bunten Vielfalt an künstlerischen Ausdrucksformen unverrückbar im Mittelpunkt. Die Besucher können ein weites Spektrum weiblichen Kunstschaffens genießen und darüber diskutieren. Im Rahmen des Festivals wird das Thema Gleichstellung aus den verschiedenen Blickwinkeln unterschiedlichster Künstlerinnen beleuchtet.

## Bekannte und neue Gesichter

Im Oktober wird unter anderem die Uraufführung einer Komposition von Susan Oswell – 100 wasser eine reinigung – nach Gedichten von Sabine Bergk im Zentrum stehen. Außerdem viele neue, junge Gesichter, wie die charismatische Sängerin Kat Frankie, die Autorin Hanna Winter, aber auch bekannte und bereits sehr erfolgreiche Künstlerinnen wie die bayerische Kabarettistin Luise Kinseher oder die Sängerin Claudia Konek.

## Eröffnung am 2. Oktober

Die diesjährige Eröffnung der Künstlerinnentage findet am 2. Oktober im Foyer des Theaters statt. Das Lola tanz(t)theater wird mit dem Stück „Happy End?“ das Festival eröffnen. Happy End handelt von einer Frau, die ihr Leben im Mittelpunkt, vielleicht auf der Bühne, verbracht hat. Es ist einer ihrer letzten, großen Auftritte. Die Nachfolgerinnen stehen schon bereit.... Sie blickt zurück auf ihr bittersüßes Leben, auf die Möglichkeiten, die starken Gefühle und verpassten Gelegenheiten. Irgendwann tritt sie ab.

der ganze Bau schafft eine angenehme Ruhe. Die Farbgebung wurde nach Le Corbusiers Farblehre gewählt. Barrieren wurden erst gar nicht geschaffen. So lädt einzig die Leseterrasse ein hinauszugehen: in einen Lesegarten. Selbst hier nimmt die Bepflanzung künftig Le Corbusiers Farblehre auf. Etwa 2 Meter hohe Stahlbücher, die mit Kreide kreativ gestaltet werden können, bieten Sichtschutz und bequeme Stühle stehen auf der Holzterrasse. Um das Leseglück abzurunden, kann hier auch noch Kaffee getrunken werden.

Wer solch einen Ort doch wieder verlassen möchte, kann dies dank modernem RFID Ausleihsystem recht rasch. Der Stand der Technik ermöglicht die Ausleihe auch technikfernen Menschen innerhalb weniger Sekunden.

Getrieben von der Endlichkeit, von den Konkurrentinnen!?!... - oder doch mit Stolz, Zufriedenheit und in Demut?

## Zeitgenössisches Tanzgeschehen

Das „lola tanz(t)theater“ inszeniert seit 1994 eigene Tanztheaterstücke. Das Ensemble hat einen ganz eigenen Stil innerhalb des zeitgenössischen Tanzgeschehens entwickelt. Jede übernimmt alle Funktionen, ob als Dramaturgin, Choreographin, Tänzerin und Organisatorin. Mit größter Authentizität gehen sie auf individuelle Ausdrucksformen ein, greifen diese auf und schmelzen das Ganze in das entstehende Stück ein - Synchronität und Individualität spielen dabei eine gleichermaßen wichtige Rolle. **DK**



Gemeinsam mit Bauamtsleiter Josef Brüderl, Büchereileiterin Jana Linnemannstons und Markus Hiebl, dem Verantwortlichen für die Bauabwicklung, besuchte Bürgermeister Josef Flatscher (2. von rechts) die neue Bücherei vor der Eröffnung und ließ sich das neue Schmuckkästchen der Stadt Freilassing zeigen.

## Neue Bücherei in Freilassing:

# Aktueller Lesestoff für eine ganze Region

Leuchtendes Orange zieht den Blick auf die neue Bücherei in Freilassing. Etwas zurückgesetzt zum generalsanierten Schulgebäude liegt sie wie ein Würfel da und lädt ein näher zu kommen. Gut ein Jahr wurde auf dem Bücherei und Schulareal gebaut bis aus dem jahrzehntelangen Kellerprovisorium eine wohnliche, helle, energieoptimierte Bücherei mit Leseterrasse und großem Kinder- und Jugendbereich entstehen konnte.

Zentral gelegen im bevölkerungsreichsten Viertel der Stadt, das mit Hilfe der Sozialen Stadt mehr und mehr seine Potentiale nutzen kann, in unmittelbarer Nähe zu Mittel- und Grundschule und auch in der Region gut erreichbar, ist das Ziel für die Büchereileitung klar: „Wir wollen zu den erfolgreichsten Büchereien zumindest in Oberbayern gehören.“

## Keine Barrieren

Die Glastür gleitet zurück, keinerlei Barrieren trennen die Leser vom Medium. Direkt wandert der Blick zu den Bücherregalen, die gut gefüllt warten. Ein bequemes Sofa lädt ein sich niederzulassen. Hell fällt das Licht durch die Fenster in Form von großen Buchrücken. Vertieft man sich nicht gleich ins Buch, wandert der Blick auf den Kinderbereich. Kissens in fröhlichem Grün laden ein, sich mit einem der zahlreichen Kinderbücher hinzukuscheln.

Bilderbücher sind ebenso zu finden wie Sachbücher für Kinder, Erzählungen und Märchen. Vorlesebücher und Mitlesebücher. Bücher für die Kleinsten ebenso wie Bücher für größere Kinder. Eine Auswahl, die es sonst in der ganzen Regi-

on nicht gibt. Die Büchereien haben schon vor langem begonnen sich untereinander zu koordinieren. Die Stadtbücherei im benachbarten Salzburg hat ihren Schwerpunkt auf den Bereich Sachbuch gelegt. Traunstein, der nächste größere Bücher-einachbar, widmet sich insbesondere der Belletristik und die Stadt Freilassing hat den Kinder- und Jugendschwerpunkt für die ganze Region inne.

## Kompetente Ansprechpartnerinnen

Kindergartenkinder erwerben hier nun ihren Bibliotheksführerschein, Schulen können unkompliziert ganze Klassensätze eines Buchs ausleihen und die einzelnen Büchereimitarbeiterinnen haben sich jeweils auf eine Alterklasse spezialisiert, so dass Kinder, Eltern und Lehrer höchst kompetente Ansprechpartnerinnen vorfinden.

## Ausbau des Bestandes

Das heißt nun nicht, dass man nur in diesem Bereich der Freilassinger Bücherei auf ein besonderes Angebot trifft. Der für 1,3 Millionen errichtete Neubau kann in seinem Inneren in allen Bereichen mit einer Aktualität

aufwarten, die ihresgleichen sucht. Eine jahrzehntelange beengte Raumsituation führte dazu, dass die 16.000 Einwohnerstadt nur etwa 10.000 Medien bereithalten konnte. Mit dem Beschluss des Neubaus vor zwei Jahren konnte mit dem Ausbau des Bestands auf ein adäquates Maß begonnen werden. So sind aktuell etwa 7.000 Medien in der Freilassinger Bücherei jünger als zwei Jahre. Der Ausbau des Bestandes soll noch bis mindestens 2013 weitergehen.

## Energieoptimierter Neubau

Mit dem nachhaltig und energieoptimierten Neubau, den die Stadt mit Hilfe der Förderung aus dem Bund-Länder-Förderprogramm SOZIALE STADT bauen und durch Förderung aus dem Kulturfonds Bayern, die Bayerische Staatsbibliothek und die Bertchesgadener Landesstiftung füllen konnte, bekommt die örtliche Bücherei eine wichtige Bedeutung in der Region. Die umliegenden Gemeinden haben - sofern sie überhaupt über öffentliche Büchereien verfügen - nur zum Teil hauptamtliche Bedienstete. Da liegt es für bücherinteressierte Bürger und Bürgerinnen nahe, nicht nur zum Einkauf ins zentrale im Landkreis gelegene Freilassing zu fahren, sondern auch die dortige Bücherei zu besuchen. Jeden Freitag kommt derzeit die Post mit den neuen Titeln aus der Spiegelbestsellerliste. „Und

## BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 45 vom 01.01.2011

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Tal der Schwarzen Laber:

## Stärkung des Profils

Das Tal der Schwarzen Laber, das sich über 80 km und die zwei Landkreise Neumarkt und Regensburg erstreckt, soll in den nächsten Jahren stärker als Naherholungs- und Tourismusregion profiliert werden. Dieser Aufgabe widmet sich seit Anfang September im Landratsamt Regensburg der Projektmanager Sven Pöpplow, der in dem gemeinsam von den beiden Landkreisen getragenen Projekt mit Fördermitteln von Leader in ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) diese Region nach vorne bringen will. Die Landräte Albert Löhner (Neumarkt) und Herbert Mirbeth (Regensburg) stellten den neuen Mitarbeiter und die Projektziele kürzlich im Zehentstadel Beratzhausen vor.

„Die Schwarze Laber ist ein verbindendes Band zwischen den Gemeinden und den Landkreisen. Sie ist aber auch eine idyllische Landschaft, der wir nun ein touristisches Profil geben wollen“, meinte Landrat Mirbeth und verwies auf den geplanten Labertal-Radwanderweg. „Wir wollen den Charakter der Landschaft erhalten, aber auch vielen Familien ermöglichen, diese Gegend kennen zu lernen“, führte der Landkreischef aus.

### Infrastruktur schaffen

Die Verbindung des Nürnberger mit dem Regensburger Raum sprach Landrat Löhner an, Naherholung und sanfter Tourismus ist für ihn das Ziel. „Für die Einheimischen wird die touristische und gastronomische Infrastruktur erhalten und geschaffen“, ergänzte Löhner. Konkreter wurde Mirbeth, der von Pöpplow erwartet, Ideen und Anstöße zu liefern, zu koordinieren und zu konzipieren sowie harte Verhandlungen zu führen. „Es geht darum, auch in die Gastronomie reinzugehen, hinter die Kulissen zu schauen“, forderte der Regensburger Landrat und erwartet, dass auch die Bürgermeister mit eingebunden werden.

Auf 200.000 Euro bezifferte Elisabeth Sojer-Falter (Abteilung „Regionalentwicklung“ im Landratsamt Regensburg) die Gesamtkosten des Projektes. Darin enthalten sind Gelder für

gemeinsame, die Gemeinden und Landkreise übergreifende Maßnahmen sowie die Unterstützung der neuen Personalstelle, wobei 60 Prozent gefördert werden. Den Rest zahlen die zwei Landkreise und die Gemeinden nach einem vereinbarten Schlüssel. Ferner enthält das Projekt weitere Maßnahmen in den einzelnen Gemeinden, die auch mit 60 Prozent bezuschusst werden, wobei den Rest hier die Kommunen übernehmen.

Welche Vorstellungen hat nun

Sven Pöpplow? Der 36-jährige, aus Cham stammende und seit 1985 in Regensburg lebende Diplomgeograf war bisher bei einem Pharmagroßhändler, Lampenhersteller sowie als Projektmanager bei einem Büro für Stadtentwicklung und -marketing tätig. In seinem neuen Arbeitsfeld will er zuerst die Basis schaffen (Logo, Fotoarbeiten, Gestaltungsrahmen für das Marketing), dann einen Ausstellungsstand für das Tal der Schwarzen Laber entwickeln, ebenso eine Homepage und die Marke sichern. Weiter geplant sind Infopavillons und -tafeln, eine Radkarte und ein Erlebnisführer Schwarze Laber, Einträge in Radwegeportale sind beabsichtigt und das Marketing und die Öffentlichkeitsarbeit will er intensivieren. Gedacht ist zudem an eine Auftaktveranstaltung und an eine Qualitätsinitiative für Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe sowie Freizeitpartner.

Markus Bauer



Zusammen fürs Tal der Schwarzen Laber: Beratzhausens Bürgermeister Konrad Meier, Elisabeth Sojer-Falter (Regionalmanagement Landkreis Regensburg), Christine Riel (Tourismusbeauftragte im Landkreis Neumarkt), Sinzings Bürgermeister Patrick Grossmann, Daniela Wehner (Regionalmanagement Landkreis Neumarkt), Projektmanager Sven Pöpplow, Susanne Kammerer (Tourismusbeauftragte Landkreis Regensburg), Landrat Albert Löhner, Landrat Herbert Mirbeth, Michael Gottschalk (Abteilungsleiter Kreisentwicklung Landkreis Neumarkt). Bild: Markus Bauer

### Zivilcourage:

## Kein Warten mehr im dunklen Flur

Bis zu 300.000 Euro sollen für „Toleranzprojekte“ nach Würzburg fließen

Sie wollen sich, wie ihre Freunde, am Wochenende in der Disko verlustieren. Werden vom Türsteher aber abgewiesen. Sie suchen eine Wohnung. Stoßen wegen ihres Aussehens jedoch überall auf Ablehnung. Der vom Würzburger Sozialreferat koordinierte „Lokale Aktionsplan Würzburg“ will gegen solche und andere Diskriminierungen künftig vorgehen. In den kommenden drei Jahren können bis zu 300.000 Euro aus dem Programm „Toleranz fördern“ der Bundesregierung in Würzburger „Toleranzprojekte“ fließen.

Um die Aspekte „Wissensvermittlung“, „Demokratieförderung“ und „Prävention von Diskriminierung“ drehen sich die Projekte der Organisationen und Privatinitiativen, die sich für die Bundesgelder bewerben können. Am 12. Oktober wird entschieden, wer die für 2011 zur Verfügung stehende Summe von 60.000 Euro erhält. „Es gibt viele Ideen“, sagt Dr. Harald Ebert vom Bewertungsgremium des Aktionsplans. Zwei Ideen liegen schon vor: Ein Kampfsportverein möchte sich interkulturell öffnen und die Jugendbildungsstätte plant, Bildungsgutscheine zum Erwerb interkultureller Kompetenzen zu kreieren.

Dass Menschen bewusst abgelehnt oder unbewusst ausgegrenzt werden, kommt in Würzburg wie in allen anderen Städten täglich vor, betont Stefan Lutz-Simon vom Würzburger Bündnis für Zivilcourage. Die über 60 Mitgliedsorganisationen des Bündnisses erfahren permanent von Diskriminierungen. So hat Lutz-Simon derzeit mit dem Fall einer Ukrainerin zu tun, die in Schwierigkeiten kam, weil ihr Visumsan-

trag viel zu langsam bearbeitet wurde. An Burkhard Hose von der Katholischen und Susanne Hötzel von der Evangelischen Hochschulgemeinde wenden sich häufig ausländische Studierende, die davon erzählen, auf welche Weise sie ausgegrenzt werden.

Jene Mitglieder im „Bündnis für Zivilcourage“, die vor einem Jahr in den damals neu gegründeten

Ombudsrat der Stadt Würzburg berufen wurden, befassen sich aktuell mit der Umgestaltung der Würzburger Ausländerbehörde. „Aus einem Hinterzimmer soll ein Wohnzimmer entstehen“, erklärt Ombudsrat Harald Ebert. Derzeit müssten Ausländer in einem langen, dunklen Flur warten – was für keine gute Stimmung sorgt. Dass es in der Behörde nicht selten zu Konflikten kommt, liegt laut Ombudsrat Burkhard Hose aber auch daran, dass die Mitarbeiter nicht immer gut mit ausländischen Bürgern umgehen können: „Deswegen setzen wir uns für mehr Qualifizierung ein.“

Das vor fünf Jahren gegründete „Bündnis für Zivilcourage“ will



Mitglieder des Bündnisses für Zivilcourage (v. l.): Stefanie Köster von der Koordinierungsstelle des Lokalen Aktionsplans Würzburg, Ombudsrat Dr. Harald Ebert, Stefan Lutz-Simon von der unterfränkischen Jugendbildungsstätte sowie die beiden Ombudsräte Aron Schuster und Burkhard Hose. Foto: Pat Christ

## GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Wir Bayern sind glückliche Menschen, egal ob wir in Alt-Baiern, Schwaben oder Franken wohnen – ist doch eine schöne Nachricht, so zum Ende der glücklichen Jahreszeit.“ Mein Chef spielte auf die kurz vor dem Herbstanfang vorgestellte Glücksstudie Deutschland an.

Wobei man sich natürlich fragt, wie objektiv man so etwas Subjektives wie Glück überhaupt messen kann. Ich als Mädchen vom Land begreife nicht, wie Hamburger in ihrer stinkenden lärmenden Stadt glücklich sein können, in der es – jedenfalls bei meinen Besuchen – fast immer regnet. Auch dass man wie die Niedersachsen und Schleswig-Holsteiner ohne Berge – und seien es nur Mittelgebirge – vor der Haustür glücklich sein kann, erschließt sich mir nicht.

Gut, die Forscher haben sich der Frage sozialwissenschaftlich durchaus subtil genähert.

## Das Streben nach Glück

Gesundheit, Geld, Gefährten und die Gene sollen der Schlüssel zum Glück sein. Böseartiger zu Ende gedacht: Glücklich wäre, wer gesund ist, vom Einkommen eines treuen Partners leben kann und nicht zu Schwermut neigt. Wer jetzt an eine traditionelle Ehe unserer Großeltern denkt, erhält Munition durch die Tatsache, dass Frauen glücklicher sein sollen als Männer – und vielleicht deshalb älter werden.

Das Streben nach Glück sahen ja schon die Gründerväter der Vereinigten Staaten als so zentrale Antriebskraft des Menschen an, dass sie es in ihrer Unabhängigkeitserklärung festgehalten und somit zu einem Fundament ihrer neuen Republik erklärt haben.

Aber was ist dieses Glück, nachdem wir streben und nach dem wir uns sehnen? Geld, so heißt es bei Moralisten, mache nicht glücklich und doch scheint zumindest eine gesicherte ökonomische Basis des Lebens sowie Selbstbestimmung und Anerkennung im Beruf ein wichtiger „Glücksbaustein“ zu sein. Gesundheit, naja, auf den ersten Blick mutet es logisch an, dass einem eine Krankheit oder Behinderung ziemlich die Laune verderben kann. Andererseits gibt es

durchaus chronisch kranke oder gehandicapte Mitmenschen, die mit Krankheit und Behinderung so umgehen, dass ihre fröhliche Lebenseinstellung manchen gesunden Griesgram anstecken sollte. Vor allem, wo bleiben die inneren „weichen“ Faktoren? Sind religiöse Menschen nicht glücklicher als solche, die sich nicht in Gott aufgehoben fühlen können? Sind Menschen, die ihrer Heimat verbunden sind nicht glücklicher als solche, die sich in einer fremden Umgebung zurechtfinden müssen?

Letztendlich fragt man sich angesichts der Glücksstudie, ob Glück hier nur ein anderes Wort für Zufriedenheit ist, statt der bilanzierte Überschuss der guten Tage über die bösen? Vom ersten Ansatz geht das kleine Himalaja-Königreich Bhutan aus. Dort misst man Wohlstand nicht als Bruttoinlandsprodukt, sondern als Bruttoglücksprodukt. Kein Scherz, sondern das wird dort sehr ernst genommen und sogar vor den UN propagiert. Glück setzt sich – insoweit durchaus ökonomisch gedacht – aus der subjektiven Zufriedenheit mit dem Leben und objektiven Faktoren wie Lebensstandard, Gesundheit, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben oder der Umweltqualität zusammen.

Mein Chef, der Bürgermeister, hätte kein Problem, solch einen Glücksindex auch für das Städtchen oder Bayern zu erarbeiten. Wir haben eine gute wirtschaftliche Struktur, tolle Schulen, auf denen die Kinder allen Unkenrufen zum Trotz noch was lernen, klasse Ausbildungs- und Studienplätze, hohe Umweltstandards, ein beispielhaftes kulturelles Angebot, Freizeit- und Sportangebote ohne Ende, das dichteste soziale Netz der Geschichte. Ob die Menschen durch das Leben in diesen objektiv fabelhaften Umständen auch zufrieden sind oder der Wohlfahrtstaat zu Überdross führt, wird eine spannende Frage sein. Von der wichtigsten Voraussetzung für ein glückliches Dasein handelt jedenfalls der Satz des römischen Kaisers Marc Aurel auf dem heutigen Kalenderblatt: „Das Glück Deines Lebens wird bestimmt von der Beschaffenheit Deiner Gedanken.“

the Sabriul

ausgrenzende Haltungen und Strukturen aufweichen und das Wissen um Diskriminierung erweitern. Wie wichtig Aufklärungsarbeit ist, erklärt Ombudsrat Aron Schuster: „Vor allem Menschen aus bildungsfernen Schichten wissen nicht, dass das, was sie erleben, Diskriminierung ist.“ Das Allgemeine Gleichstellungsgesetz der Bundesregierung, das ebenfalls 2006 in Kraft trat, ist dem Mitglied der Israelitischen Kultusgemeinde zufolge vielen Menschen ebenso unbekannt wie der bei der Stadt vor einem Jahr eingerichtete Ombudsrat.

### Altersdiskriminierung

Diskriminierung gegenüber alten Menschen findet dort statt, wo es keine benutzerfreundlichen Geräte mehr gibt. Eine Stadt, die auf „eGovernment“ setzt, muss laut Burkhard Hose deshalb darauf achten, dass sie einen gleichwertigen Bürgerservice aufrecht erhält, den all jene nutzen können, die noch nicht über den „virtuellen Graben“ gesprungen sind.

Derartige Diskriminierungen verhindern nicht nur ein friedliches Zusammenleben – sie erzeugen viel Wut und Aggression. Eine Menge gesellschaftliches Potenzial geht durch Ausgrenzung jeder Art verloren, sagt Stefanie Köster vom Ombudsrat: „Zum Beispiel auch durch betriebliche Strukturen, die Frauen mit Kindern ausgrenzen. Oder dadurch, dass sich ein Verein auf eine Weise präsentiert, die unbewusst Menschen mit Migrationshintergrund ausgegrenzt.“ Durch „Toleranzprojekte“ hingegen, wie sie im „Lokalen Aktionsplan Würzburg“ installiert werden sollen, kann eine Stadt laut Köster kreativer, lebendiger und bürgerfreundlicher werden. Pat Christ



### Hans Podiuk feierte 65. Geburtstag

Kurz nach seinem 65. Geburtstag fand zu Ehren des stellvertretenden CSU-Stadtratsfraktionsvorsitzenden Hans Podiuk (2. v. l.) ein Empfang im großen Sitzungssaal des Münchner Rathauses statt. Rund 130 Gäste, darunter zahlreiche Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stießen auf eine gute Gesundheit Podiuks an. Ein Stelldeichein gaben sich unter anderem: Oberbürgermeister Christian Ude (3. v. l.), Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle (r.), die Bundestagsabgeordneten Dr. Peter Gauweiler, Dr. Hans-Peter Uhl und Herbert Frankenhauser, Landtagsabgeordneter Markus Blume, die Fraktionspiloten von CSU, FDP und SPD, Josef Schmid (l.), Dr. Michael Mattar und Alexander Reissl sowie der Vorsitzende des Bayerischen Bundes der Steuerzahler Rolf von Hohenau und der Vorsitzende des Vorstands der Münchner Stadtparkasse, Dr. Harald Strögen. □

### CSU-Politiker wird Oberbürgermeister in Goslar

Der Bayreuther CSU-Politiker Oliver Junk leitet seit kurzem die Geschicke der Stadt Goslar im Harz. Er ist Nachfolger von Henning Binnewies (SPD), der bei einer vorausgegangenen außerordentlichen OB-Wahl abgewählt worden war.

### Parteienfilz führt zu ortsfremden Kandidaten

Nach starken Querelen um Klientelpolitik und Parteienfilz verlangten die Bürger nach einem Kandidaten ohne Vorbelastung von außen. Junk ließ erklären, dass er sein CSU-Partei-buch nicht abgeben und in die örtliche CDU eintreten, jedoch fern aller Parteigrenzen regieren wolle. □

Zukunftsprojekt Energiespeicher Riedl:

## „Jamaika-Koalition“ auf Informationstour

Das geplante Pumpspeicherkraftwerk Riedl, das in der Nähe von Jochenstein im Landkreis Passau entstehen soll, ist auch über die Landesgrenzen hinweg von enormer Bedeutung. Davon konnten sich im Rahmen mehrerer Informationsbesuche unter anderem der oberösterreichische Energie-Landesrat Rudi Anschöber von den Grünen, Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) und der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, MdL Georg Schmid, an Ort und Stelle überzeugen.

„Oberösterreich braucht zur Umsetzung der Energiewende Speichermöglichkeiten für die erneuerbaren Energieträger, die nicht rund um die Uhr zur Verfügung stehen und die für den notwendigen Zeitpunkt des Einsatzes gespeichert werden müssen“, zeigte sich Grünen-Politiker Anschöber bei einem Ortstermin in Gottsdorf überzeugt. „Eine fertige Technologie ist die Pumpspeicherung und die werden wir auch in Österreich und Deutschland benötigen“, hob Anschöber hervor.

Wie die Untersuchung einer Energieverwertungsagentur ergeben habe, braucht Oberösterreich zumindest einhalb Pumpspeicherkraftwerke. Vier Projekte seien derzeit in Diskussion und Planung. Jedes Projekt habe auch Eingriffe in die Natur zur Folge. „Das ist nicht zu vermeiden, vor allem wenn es sich um eine solche große Dimension handelt“, sagte Anschöber. Für ihn spielt der Schutz des Donaunraums eine sehr zentrale Rolle und dabei gehe

vor allem um die Frage, wie hoch beim Betrieb eines künftigen Kraftwerks die Wasserspiegelungen schwanken.

„Uns geht es darum, dass man die Schwankungen möglichst klein hält, um die Eingriffe in dieses Natura-2000-Gebiet so gering wie möglich zu halten“, so der Landesrat. Er sei froh, dass es bereits eine zentrale Umpflanzung der Kraftwerksbetreiber gibt. Diese sehe vor, dass die Einleitung des Wassers aus dem Energiespeicher nicht wie geplant unterhalb des Stausees von Jochenstein erfolgt, sondern in den Stausee. Dadurch könne man die Spiegelschwankungen, die das eigentliche Problem für Oberösterreich und das Donautal darstellen, besser in den Griff bekommen. Die Genehmigungsfähigkeit werde aus Sicht Oberösterreichs zentral vom Schutz des oberen Donautals abhängen.

Was die zu entnehmenden Wassermengen angeht, werde sich nichts ändern, erklärte Pro-

jektleiter Dr. Dominik Mayr. Entscheidend sei, dass das Wasser aus dem Stauraum Jochenstein entnommen werde. Mayr bezeichnete dieses Vorgehen als ökologisches Plus, weil sich in diesem Wasserkörper strömungslebende Fischarten eben nicht in dem Ausmaß aufhielten wie in den bisher geplanten Entnahmestellen.

### Bedeutsame Technologie

„Wir brauchen jede Maßnahme, um die Energiewende umzusetzen. Dazu zählt das Pumpspeicherkraftwerk Riedl ganz besonders“, erläuterte Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil bei seinem Besuch am Jochensteinkraftwerk Untergriesbach. Er zeigte sich überzeugt, dass die größte ostbayerische Baumaßnahme der Jahre 2014 bis 2018 planmäßig umgesetzt werden kann. Zeil, der auf Einladung des Vorstands der Rhein-Main-Donau AG, Dr. Albrecht Schleich, gekommen war und vom Vorstand des Donaukraftwerks Jochenstein Johann Strobel und Projektleiter Dominik Mayr begrüßt wurde, machte deutlich, wie wichtig es ihm sei, die Bedeutung der Speichertechnologie zu unterstreichen.

„Die Tatsache, dass die Pumpspeicherung eine alte Technologie ist, bedeutet nicht, dass sie eine schlechte Technologie ist“, so Zeil. Solange es keinen Durchbruch bei neuen Technologien gebe, sollte man diese Möglichkeit nutzen. Den Vorwurf von Projektgegnern, der Energiespeicher Riedl komme jetzt nur unter dem „Deckmäntelchen Energiewende“ daher, wies Zeil weit

von sich. „Das ist davon völlig unabhängig initiiert und konzipiert worden.“

Auf die Frage Zeils nach den örtlichen Haupteinwänden gegen das Projekt nannte Projektleiter zum einen die Veränderungen der Landschaft und zum anderen die Beeinträchtigungen, die während der Bauzeit auf die Anwohner zukommen. Auch die Einwände der Naturschützer wurden angeführt, vor allem deren Sorge, die Donau- und die Donau selbst könnten beeinträchtigt werden. Mayr zufolge werden aber die Naturräume sehr genau angeschaut. Man könne die Kritik der Naturschützer entkräften. Es gebe allenfalls geringe Eingriffe in sensible Bereiche. Durch entsprechende Ausgleichsmaßnahmen werde man die projektbedingten Auswirkungen auf Fauna und Flora kompensieren können.

Die Vertreter der Donaukraftwerk Jochenstein AG zeigten sich nicht nur erfreut über den Ministerbesuch, sondern auch über die Bekanntgabe der landesplanerischen Beurteilung, mit der die Regierung von Niederbayern offiziell das Raumordnungsverfahren zum Energiespeicher Riedl beendete. Mit der grundsätzlich positiven Beurteilung sei ein wichtiger Schritt im Sinne der angestrebten Energiewende in Deutschland getan, bemerkte Strobel.

### Weitere Schritte

Der nächste Schritt steht mit der sogenannten Antragskonferenz bevor. Laut Projektleiter Mayr ist der Termin im Oktober im Landratsamt Passau bereits avisiert. In der Beurteilung, so DKJ-Vorstand Strobel, komme zum Ausdruck, welcher wichtigen Beitrag der Energiespeicher Riedl leisten werde, „um die dringend erforderlichen Speicherkapazitäten für Wind- und Sonnenstrom zur Verfügung zu stellen und die Stabilität unserer Netze zu unterstützen“.

Auch der Vorsitzende der

### Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH zum Thema „Bahnland Bayern - Schienenpersonenverkehr im Freistaat“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □



Im Modell so gut wie fertig: das Zukunftsprojekt Energiespeicher Riedl, über das sich der CSU-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag, Georg Schmid (2. v. l.), MdL Konrad Kobler (3. v. l.) und Gerlinde Kaupa, stellvertretende Landrätin von Passau, ausführlich informierten. Rede und Antwort standen Johann Strobel (l.), Vorstand der Donaukraftwerk Jochenstein AG, Dr. Dominik Mayr (r.), Projektleiter für den Energiespeicher Riedl und Karl Marresch (3. v. r.), Betriebsleiter des Donaukraftwerks Jochenstein sowie Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG und Herfried Harreiter, Vorstand der Donaukraftwerk Jochenstein AG (beide nicht im Bild). Foto: Kiver

CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, MdL Georg Schmid, sprach sich für die Realisierung des Projekts aus. Die Bürger erwarteten gerade in der Energiepolitik nicht nur Lippenbekenntnisse, sie wollten auch Taten sehen, dass die energiepolitische Wende vollzogen wird.

Den geplanten Energiespeicher Riedl bezeichnete Schmid als „mögliches Pilotprojekt“ für diese Speicherform in Bayern. Hier passe alles zusammen. Neben der guten topographischen Struktur sei mit dem Donaukraftwerk Jochenstein auch die Möglichkeit der umweltfreundlichen Stromerzeugung durch Wasserkraft gegeben. Die mit ihm verbundene 22 KV-Leitung biete die ideale Mög-

lichkeit, den Strom nach Bedarf schnell ins Netz einzuspeisen. Binnen 20 Sekunden sei ein Pumpspeicherkraftwerk wie Riedl laut Betreiber in der Lage, Stromengpässe im Netz auszugleichen, wie sie bei der Solar- oder auch der Windenergie immer wieder auftreten können.

Schmid forderte die Projektanten auf, den bisherigen Dialog mit den betroffenen Bürgern fortzusetzen, damit deren Belange berücksichtigt würden. Insgesamt gehe es auch darum, mit der Realisierung des Projekts für die gesamte Region nicht nur energiepolitisch, sondern auch wirtschaftlich und touristisch etwas nachhaltiges zu schaffen, machte Schmid deutlich. DK

### Vorschau auf GZ 19

In unserer Ausgabe Nr. 19, die am 13. Oktober erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunale Baupolitik
- Kommunalfahrzeuge
- Bestattungswesen · Friedhof
- Umweltschutz · Abfall · Recycling

## LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

### Abfallbehälter

**BECK**  
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG  
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00  
www.gartenbank.de

### Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

### Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG

FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
eMail info@fahnen-koch.de

### Ankauf / Briefmarken

**Briefmarken-Ankauf**  
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten  
Briefmarkenauktionshaus Schulz  
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg  
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

### Bänke

**NUSSER**  
Bestens ausgeStadtet.

JWS Nussler GmbH & Co. KG  
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-113  
www.gartenbank.de

### Bepflanzungssysteme und Stadtmobiliar

Stadtmobiliar + Bepflanzungssysteme

Messe- u. Vertriebservice J. Kuprat  
www.messe-vertrieb.de

### Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG

FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
eMail info@fahnen-koch.de

### Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

### Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

### Kindergarteneinrichtungen

**eibe**

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG  
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen  
Tel. 093 38 89-0 | Fax 093 38 89-199  
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

### Kommunale Energieberatung

KlimaKom Green City Energy

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen · bürgernah · handlungsorientiert  
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!  
Tel. 089/89065890 · www.klima-kommune.de  
Peter.Keller@greencity-energy.de

### Parkbänke

Zinder

PARKBÄNKE  
Zum Moos 1a  
87772 Pfaffenhausen  
Tel.: 08265 / 730512  
parkbank@max-zinder.de  
www.max-zinder.de

### Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218  
Telefon: (02773)82256 · www.hailo-professional.de

### Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

**eibe**

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG  
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen  
Tel. 093 38 89-0 | Fax 093 38 89-199  
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

### Sportgeräte

www.benz-sport.de ORIGINAL

BENZ SPORT  
Tel. 07195/6905-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:  
www.twitter.com/gz\_aktuell  
www.facebook.com/GZaktuell

### Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER

Wartehallen  
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de  
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

### Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS

Franz Sedlmeier  
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service  
Wolftrathauer Straße 9a  
82049 Pullach im Isartal  
Telefon: (089) 74 44 24 98  
Fax: (089) 74 44 24 99  
E-Mail: info@l-r-service.de  
Internet: www.l-r-service.de

DALW

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:  
**Telefon (0 81 71) 93 07-13**

### Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung  
beratung · planung · vertrieb  
grünware · lichtschlauch · led

gerasmühler str. 23  
90547 stein  
telefon: 0911/69 39 65  
telefax: 0911/69 59 63  
deko-jochum@t-online.de  
www.deko-jochum.de

Vertragshändler für **Sublime Star**

Wir liefern in 8-14 Tagen -  
und das bis kurz vor Weihnachten!

## Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge

So stellt der Freistaat den Schienenpersonennahverkehr für alle Bürger sicher

**1,3 Millionen Fahrgäste täglich, mehr als 1.000 Stationen, über 5.800 Kilometer Streckennetz – Bayern ist ein Bahnland! Verantwortlich für die Planung, Finanzierung und Qualitätssicherung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) ist die Bayerische Eisenbahngesellschaft – kurz BEG, eine Tochter des Freistaats Bayern. Denn was kaum einer weiß: Ohne öffentlichen Zuschuss wäre der bayerische Regional- und S-Bahn-Verkehr nicht wirtschaftlich zu betreiben.**

Der Schienenpersonennahverkehr – das sind Regionalzüge und S-Bahnen – ist Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Denn der Fahrscheinverkauf deckt im Durchschnitt nur etwa ein Drittel der Kosten für eine Zugfahrt. Daher finanziert der Freistaat rund zwei Drittel mit Steuergeldern – sogenannten Regionalisierungsmitteln. In Bayern sind das derzeit rund 900 Millionen Euro im Jahr. Diese Mittel erhalten die Länder vom Bund aus den Erlösen der

Mineralölsteuer und ordern damit Verkehrsleistungen bei unterschiedlichen Bahnunternehmen. Das ist seit 1996 so. Damals ging im Rahmen der Bahnreform die Verantwortung für den Schienenpersonennahverkehr vom Bund auf die Länder über.

### Im Auftrag des Freistaats

Seither plant, finanziert und kontrolliert die Bayerische Eisenbahngesellschaft den gesamten Regional- und S-Bahn-Verkehr in Bayern. Sie

handelt im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie.

### Jeden Tag 300.000 Kilometer

Insgesamt 36 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BEG arbeiten für einen modernen und leistungsfähigen Schienenpersonennahverkehr. Seit ihrer Gründung 1996 hat die Bayerische Eisenbahngesellschaft das Angebot in Bayern deutlich verbessert. Mit inzwischen mehr als 114 Millionen Zugkilometern pro Jahr ist Bayern der größte Besteller von Nahverkehrsleistungen in Deutschland. Das heißt konkret: Im Auftrag der BEG legen die bayerischen Regionalzüge und S-Bahnen über 114 Millionen Kilometer pro Jahr zurück. Das sind 300.000 Kilometer täglich. Die Züge

umkreisen somit theoretisch jeden Tag 8 Mal die Erde! Zum Vergleich: 1995 waren es noch 82 Millionen Zugkilometer.

### 40 Prozent mehr Züge

Grundphilosophie und Erfolgsrezept der Bayerischen Eisenbahngesellschaft ist der Bayern-Takt. Er schafft optimale Verbindungen und eine möglichst dichte Vertaktung. Fast im ganzen Freistaat – auch im ländlichen Raum – steht den Fahrgästen mindestens ein Stundentakt zur Verfügung – von frühmorgens bis abends, auch am Wochenende. Die Erfolgsbilanz: Die BEG hat das Angebot bis heute um über 40 Prozent ausgeweitet. Die Anzahl der Fahrgäste im Regionalverkehr ist seit 1996 um etwa 63 Prozent gestiegen.

All ihre Planungen stimmt die BEG mit vielen Beteiligten ab – vor allem mit den Landkreisen und kreisfreien Städten, die für Busse, Straßen- und U-Bahnen zuständig sind. Auch mit den Verkehrsverbänden, dem Fernverkehr und den Nachbarländern werden Planungen koordiniert.

### Infrastruktur: Aufgabe des Bundes

Nicht zuletzt sind Verbesserungen auch abhängig von der Infrastruktur. Wichtig ist: Der BEG gehören weder Gleise noch Stationen. Für die Infrastruktur ist nach dem Grundgesetz – auch für den Nahverkehr – nicht der Freistaat, sondern der Bund zuständig. Konkret: Das Bundesunternehmen DB Netz ist verantwortlich für den Bau,

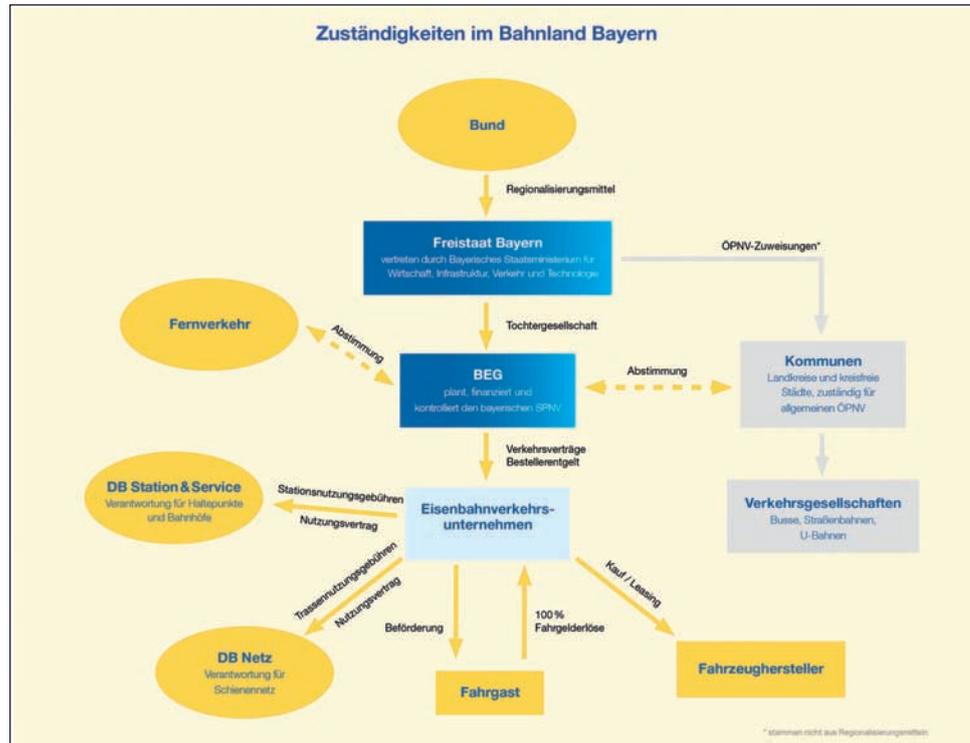


Bild: Stefan Gigl

Unterhalt und Betrieb des Schienennetzes. Zuständig für Stationen, deren barrierefreien Ausbau sowie die Information der Fahrgäste am Bahnsteig ist DB Station&Service, auch ein Unternehmen des Bundes. Da Fahrplan und Infrastruktur eng zusammenhängen, legt die BEG die Infrastruktur fest, die für den Bayern-Takt notwendig ist. Für die Umsetzung der Maßnahmen ist allerdings der Bund zuständig.

### Erfolgsrezept Wettbewerb

Dass die BEG das Fahrplanangebot in den letzten Jahren stetig erweitert hat, ist keineswegs selbstverständlich. Denn heute stehen dem Freistaat nicht mehr Regionalisierungsmittel zur Verfügung als vor zehn Jahren. Auch deshalb schreibt die BEG Verkehrsleistungen europaweit im Wettbewerb aus. Nur so bieten die Bahnunternehmen ihre Leistungen günstiger an. Mit den eingesparten Mitteln verbessert die Bayerische Eisenbahngesellschaft das Angebot und die Qualität im Bahnland Bayern. Aufträge für Verkehrsleistungen vergibt die BEG nicht ausschließlich anhand des Preises. Den Zuschlag erhält das Verkehrsunternehmen, welches das beste Angebot in Bezug auf Preis und Qualität abgibt.



Infolge des Wettbewerbs fahren in Bayern neben der bundeseigenen DB Regio auch weitere Unternehmen; zurzeit die Bayerische Regiobahn, die Vogtlandbahn, die Regentalbahn, die Erfurter Bahn, agilis, die Bayerische Oberlandbahn, die Hessische Landesbahn und die Berchtesgadener Land Bahn.

Rund die Hälfte des gesamten bayerischen Regionalverkehrs hat die BEG bisher öffentlich ausgeschrieben. Das große Ziel:

Bis 2023 will die BEG alle Leistungen im Wettbewerb vergeben haben.

### Nettoverträge als Anreiz

Die Bayerische Eisenbahngesellschaft schließt mit den Betreibern einen sogenannten Verkehrsdurchführungsvertrag ab, in dem unter anderem der Fahrplan und auch Mindeststandards im Hinblick auf die Qualität festgelegt werden. Für die konkrete Ausgestaltung und Erfül-

lung dieser Vorgaben sind aber die Verkehrsunternehmen ihren Kunden gegenüber selbst in der Pflicht. Denn auch im bayerischen Regionalverkehr gilt das Prinzip der unternehmerischen Verantwortung.

Die BEG erwartet von den Verkehrsunternehmen, dass sie sich von Anfang an und beständig im Interesse der Fahrgäste um eine hohe Qualität bemühen. Das steht nicht nur in den entsprechenden Verkehrsverträgen so – die Bayerische Eisenbahngesellschaft gibt den Unternehmen auch nachhaltige Anreize: Sie schließt mit ihnen sogenannte Nettoverträge ab. Hier gilt: Die Betreiber dürfen die Einnahmen aus dem Ticketverkauf vollständig behalten. So liegt es im Interesse der Verkehrsunternehmen, ihren Kunden die bestmögliche Qualität zu bieten, um die Anzahl der Fahrgäste und somit auch die Erlöse zu erhöhen.

### Kosten und Finanzierung

Der Fahrscheinverkauf deckt aber nur einen Teil der Kosten. Deshalb errechnen die Verkehrsunternehmen im Rahmen ihres Angebots den benötigten finanziellen Zuschuss, um die von der BEG



Im Auftrag der BEG sind unterschiedliche Bahnen im Freistaat unterwegs – hier die Erfurter Bahn bei Diebach in Unterfranken. Bild: Thomas Hornung



Jeder Halt an einer Station oder einem Bahnhof kostet Stationsgebühren.

Bild: Vogtlandbahn

ausgeschriebenen Verkehre betreiben zu können. Dieser Zuschuss, den die Unterneh-

zung von Gleisen an DB Netz. Stationsgebühren fallen an, sobald ein Zug an

oder die Regionalisierungsmittel erhöhen (siehe auch Kasten nächste Seite).

Ziel der BEG ist es, den Fahrgästen in ganz Bayern weiterhin ein hochwertiges Verkehrsangebot zu bieten.

Da die finanziellen Mittel begrenzt sind, müssen auch die Vorgaben in den Ausschreibungen im Rahmen bleiben. Damit die Qualität ein Mindestniveau erreicht, gibt die BEG in ihren Ausschreibungsverfahren Mindeststandards vor. Eine wichtige Rolle spielen Kriterien wie Service, Komfort, Pünktlichkeit und Fahrgastinformation. Im Rahmen ihrer Wettbewerbsprojekte fordert die Bayerische Eisenbahngesellschaft häufig auch Neufahrzeuge.

zeit in unternehmerischer Entscheidung beispielsweise die Sitzplatzkapazitäten erhöhen oder mehr Zugbegleiter einsetzen, um Service und Sicherheit für ihre Fahrgäste zu verbessern.

### Qualitätsmanagement mit System

Die Qualität der bayerischen Bahnen kontrolliert die BEG kontinuierlich mit einem umfangreichen Qualitätsmanagementsystem. An rund 100 Messstellen wird täglich die Pünktlichkeit der Züge erfasst. Außerdem überprüfen Tester Sauberkeit und Service, die Funktionsfähigkeit der Ausstattung und die Fahrgastinformation.

Auch die Fahrgäste werden regelmäßig befragt. Treten Mängel auf, kontaktiert die BEG die betroffenen Unternehmen und fordert Abhilfe. Werden vertraglich vereinbarte Kriterien nicht eingehalten, erhebt die BEG Vertragsstrafen – sogenannte Pönalen. Damit die Fahrgäste davon profitieren, verwendet die Bayerische Eisenbahngesellschaft einen Großteil dieser Gelder wieder für qualitätsverbessernde Maßnahmen im Bahnland Bayern.

### Im Sinne des Fahrgasts

Seit ihrem Bestehen setzt sich die BEG kontinuierlich



men von der BEG erhalten, nennt sich Bestellerentgelt. Zu den Kostenfaktoren gehören Beschaffung, Wartung und Unterhalt der Fahrzeuge, Bau und Betrieb der Werkstätten sowie Aufwendungen für Energie, Marketing, Vertrieb, Personal und Verwaltung.

### Infrastrukturgebühren

Der größte Kostenblock neben den Betriebskosten sind die Entgelte für die Nutzung von Trassen und Stationen – die sogenannten Infrastrukturgebühren. Trassengebühren zahlt ein Verkehrsunternehmen für die Nut-

einer Station hält, und gehen an DB Station&Service. Auch die Nutzung der Infrastruktur zahlt letztlich der Freistaat über das Bestellerentgelt. Zur Zeit betragen die Gebühren etwa 4,70 Euro pro gefahrenem Kilometer. 2010 kostete allein die Benutzung der Gleise und Stationen über 500 Millionen Euro. Das sind fast 60 Prozent des Bestellerentgelts – Tendenz steigend. Das macht dem Freistaat weitere Angebotsverbesserungen auf Dauer unmöglich. Hier kann nur der Bund Abhilfe schaffen. Er muss entweder die Trassen- und Stationspreise senken

### Eigenverantwortung der Verkehrsunternehmen

Dabei macht die BEG in der Regel aber keine Vorgaben zu Fahrzeugtyp, Ausstattungsdetails oder gar Fahrzeughersteller. Die BEG fordert hingegen Mindeststandards z. B. in Sachen Barrierefreiheit, Sitzplatzkapazitäten für Züge im Berufs- und Ausflugsverkehr, Sitzplatzabstände oder Klimatisierung. Auch legt sie eine Mindestanzahl an Zugbegleitern fest. Die tatsächliche Umsetzung liegt aber in Händen der Verkehrsunternehmen. Diese können jeder-

für die Interessen der Fahrgäste und eine hohe Qualität im bayerischen Regionalverkehr ein: 1997 entstand auf ihre Initiative das Bayern-Ticket. Es ist das erfolgreichste Länderticket Deutschlands.

### Fahrgastinformation

Eine Vorreiterrolle nimmt die Bayerische Eisenbahngesellschaft auch in Sachen Fahrgastinformation ein. Im Auftrag des Freistaats realisiert sie ein Auskunftssystem

für den gesamten öffentlichen Verkehr. Und das nicht nur mit sogenannten Soll-Fahrplänen, sondern zunehmend auch mit Echtzeitdaten – im Internet, an öffentlichen Telefonen oder über mobile Endgeräte. Auch Busse, Straßenbahnen und U-Bahnen werden berücksichtigt. Ziel ist es, die Fahrgäste mit dem Bayern-Fahrplan stets aktuell über ihre Verbindungen zu informieren, egal, wo sie sich befinden (siehe Artikel S. 13).

Auch künftig wird die

BEG dafür Sorge tragen, dass der Regional- und S-Bahn-Verkehr die steigenden Mobilitätsanforderungen unserer Gesellschaft erfüllt.

### Steigende Mobilitätsanforderungen

Sie wird sich weiterhin – gemeinsam mit allen Beteiligten – für einen modernen und leistungsfähigen Nahverkehr im Bahnland Bayern stark machen. Ihre strikte Wettbewerbspolitik dient einem großen Ziel: die beste-

hende Qualität und das Fahrplanangebot zu sichern und auszubauen – sowohl in den Ballungsräumen als auch im ländlichen Raum. Trotz der knappen Haushaltsmittel hält die BEG an diesen Zielen fest. Nur im Wettbewerb kann die Bayerische Eisenbahngesellschaft im Sinne des Steuerzahlers das beste Angebot ermitteln. Die Balance zwischen einem verantwortungsvollen Einsatz von Steuergeldern und hoher Qualität gilt es dabei immer wieder aufs Neue zu finden. □

## Kein Spielraum für Kürzungen der Regionalisierungsmittel

### Infrastrukturgebühren hemmen Angebotsausweitungen im bayerischen SPNV

**Durch die Vergabe von Verkehrsleistungen im Wettbewerb konnte die Bayerische Eisenbahngesellschaft bisher Kürzungen der Regionalisierungsmittel sowie steigende Infrastruktur- und Energiekosten ausgleichen und sogar das Angebot verbessern. Ob der Freistaat diese Erfolgsgeschichte weiterschreiben kann, hängt entscheidend von der Entwicklung der Höhe der Regionalisierungsmittel und Infrastrukturgebühren ab.**

2010 kostete allein die Benutzung der Gleise und Stationen durch den Nahverkehr in Bayern über 500 Millionen Euro. Diese Gebühren werden über das Bestellerentgelt – knapp 900 Millionen pro Jahr – vom Freistaat getragen. Schon heute werden somit fast 60 Prozent des Bestellerentgelts für die Benutzung der Infrastruktur aufgewendet. Das starre Preissystem verhindert Angebotsausweitungen, denn jeder Zugkilometer kostet gleich viel – egal ob die BEG pro Stunde einen Zug oder vier Züge bestellt. Die BEG drängt daher zusammen mit anderen Aufgabenträgern auf ein neues Trassenpreissystem, bei dem Mehrbestellungen mit hohen Rabatten honoriert und nur die wirklich entstehenden Mehrkosten berechnet werden.

Besonders problematisch ist die ständige Steigerung der Infrastrukturgebühren, weil damit die Regionalisierungsmittel nicht Schritt halten. Heute zahlt die BEG rund 160 Millionen Euro pro Jahr mehr an Infrastrukturgebühren als noch im Jahr 2000. Während die Ausgaben für Infrastrukturgebühren zwischen 2000 und 2010 demnach um 45 Prozent gestiegen sind, haben sich die Regionalisierungsmittel nicht erhöht. Außerdem kommen durch strukturelle Veränderungen der Trassenpreise für Regionalnetze und Veränderungen im Preissystem für Stationen weitere 24 Millionen Euro pro Jahr als Mehrbelastung auf Bayern zu. Damit kann der Freistaat weitere Angebotsverbesserungen auf Dauer nicht mehr finanzieren. Aktuelle Verkehrsprognosen sagen jedoch deutliche Fahrgastzuwächse für viele Regionen Bayerns voraus, so dass weitere Verbesserungen dringend notwendig sein werden. Hier kann nur der Bund Abhilfe schaffen, durch eine Änderung des Trassen- und Stationspreissystems oder die angemessene Erhöhung der Regionalisierungsmittel. Der Bund verabschiede-

te im Jahr 2007 die Revision des Regionalisierungsgesetzes, das die Verteilung der für den SPNV zur Verfügung stehenden Finanzmittel bis 2014 regelt.

Darin war eine Dynamisierung der Mittel um jährlich 1,5 Prozent ab 2009 vorgesehen. Die derzeitige Dynamisierungsrate ist aber nicht ausreichend, weil die Kosten für Infrastruktur, Personal, Verwaltung oder Energie in den kommenden Jahren weiter deutlich steigen werden. Notwendig ist daher eine Dynamisierung der Regionalisierungsmittel um mindestens jährlich etwa 2,5 Prozent. Um nachhaltige Mobilität für alle Menschen auch in Zukunft zu sichern, benötigen die Länder ausreichende finanzielle Mittel und langfristige Planungssicherheit. In Bayern gibt es deshalb keinerlei Spielraum für eine Absenkung der Regionalisierungsmittel. Dies hätte sogar Angebotskürzungen im Freistaat zur Folge. Die BEG wird sich weiterhin gemeinsam mit dem Bayerischen Verkehrsministerium und anderen Aufgabenträgern beim Bund für ausreichende Finanzmittel zur Bestellung des Regional- und S-Bahn-Verkehrs einsetzen. □



Die bayerischen Bahnen zahlen für die Nutzung der Gleise Trassengebühren an DB Netz. Bild: photoresque

# Eisenbahn – zentrale Säule der Verkehrspolitik

Von Martin Zeil,

*Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie  
und Aufsichtsratsvorsitzender der Bayerischen Eisenbahngesellschaft*

**Für die bayerische Verkehrspolitik ist die Eisenbahn eine zentrale Säule. Mit erheblichen Aufwendungen für erweiterte Leistungen, Fahrplan- und Qualitätsverbesserungen haben wir in den letzten Jahren viele neue Kunden für die Schiene gewinnen können. Diesen Trend wollen wir weiterhin nachhaltig unterstützen und gezielt fördern.**

Ein wichtiges Anliegen ist mir daher ein qualitativ hochwertiger Schienenpersonenverkehr, den wir mit effizientem Einsatz von Steuergeldern, mit Qualitätsvereinbarungen und – wenn nötig – mit den uns zur Verfügung stehenden Druckmitteln umsetzen.

Der Freistaat Bayern ist Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV). In dieser Funktion bestellt und finanziert er über die im Auftrag des Verkehrsministeriums agierende Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) Verkehrsleistungen, die von den beauftragten Verkehrsunternehmen eigenver-

antwortlich erbracht werden. Die Einhaltung hoher Qualitätsstandards wird in den Vergabeverfahren verbindlich gefordert und bei der Auftragserteilung vertraglich fixiert. Hierzu gehören Pünktlichkeit, Sauberkeit, konkret vereinbarte Zugbegleiterquoten, aber auch eine zuverlässige Fahrgastinformation. In Qualitätsmessungen kontrolliert die BEG die Einhaltung dieser Qualitätsstandards und verhängt bei Verstößen Vertragsstrafen. Die hierbei einbehaltenen Beträge setzen wir wieder für den SPNV ein, um damit für die Nahverkehrsnutzer weitere

Qualitätsverbesserungen zu finanzieren, etwa durch die Modernisierung von Fahrzeugen oder pünktlichkeitsfördernde Maßnahmen im Schienennetz.

Trotz dieser Anstrengungen ist die Qualität im baye-



Staatsminister Martin Zeil.

rischen SPNV noch nicht zufriedenstellend. Der Freistaat kann zwar mitfinanzieren und kontrollieren, anmahnen und sanktionieren. Für einen zuverlässigen, qualitativ hochwertigen und kundenorientierten Schienenpersonennahverkehr sind jedoch die Verkehrsunternehmen verantwortlich.

Ich selbst stehe mit Bahnvertretern im regelmäßigen Gespräch, um aktuelle Qualitätsdefizite zu benennen und zeitnahe Lösungen zu vereinbaren. Beim halbjährlich stattfindenden „Runden Tisch Qualität“ nehmen Vertreter aller für einen störungsfreien Betrieb verantwortlichen Konzernunternehmen der Deutschen Bahn teil. Themenschwerpunkte der letzten Veranstaltung waren etwa die unzureichenden Vorkehrungen für Winterwetter und die inakzeptable Häufung der Stellwerks-, Signal- und Rechnerausfälle bei der S-Bahn München, aber auch die Fahrzeugprobleme bei Fugger-Express, Donau-Isar-

Express und Mainfrankenbahn. Diese und andere Störungen, die berechtigterweise immer wieder zu Ärger und Unverständnis bei den Fahrgästen führen, werde ich weiterhin intensiv beobachten und rasche Abhilfe einfordern. Es darf nicht sein, dass die neu gewonnenen Bahnkunden durch unzureichende Betriebsqualität wieder verloren gehen.

## Leistungsfähiges Netz

Grundvoraussetzung für einen funktionierenden Regional- und S-Bahn-Verkehr ist ein leistungsfähiges Netz von Verkehrswegen und Stationen. Hier ist der Bund gefordert, die entsprechenden Weichen zu stellen und Gelder für das Gesamtsystem Bahnverkehr bereitzustellen. Wenn DB Netz nicht in der Lage ist, die Gleise auch im Winter ausreichend zu räumen, wenn die Infrastruktur auf einigen Strecken unterdimensioniert und entsprechend überlastet ist, dann wird der Bund seinen gesetzlichen Verpflichtungen nicht gerecht.

Sanktionsmöglichkeiten gegenüber DB Netz oder DB Station&Service bei Qualitätsproblemen, die durch Mängel an der Infrastruktur verursacht sind, hat der Freistaat Bayern als Aufgabenträger bis heute leider nicht. Das ist besonders ärgerlich, weil fast 60 Prozent der uns zur Verfügung stehenden Finanzmittel als Entgelte für die Nutzung der Infrastruktur ausgegeben werden und somit postwendend wieder beim Bund landen.

## Angebot ausgebaut

Unser Ziel ist der bestmögliche Regionalverkehr für die Bürgerinnen und Bürger in ganz Bayern. Deshalb haben wir in den Ballungsräumen und im ländlichen Raum das Angebot massiv ausgebaut, obwohl die Regionalisierungsmittel stark gekürzt worden sind und unser finanzieller Spielraum durch überproportional steigende Nutzungsentgelte für die Infrastruktur faktisch weiter eingeschränkt wird. Wir halten daher an (Fortsetzung nächste Seite)

## Bundesgerichtshof stärkt Wettbewerb im Eisenbahnverkehr

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat Anfang 2011 mit einer Grundsatzentscheidung den Wettbewerb im Schienenverkehr gestärkt. Mit ihrem Beschluss haben die Bundesrichter am 8. Februar entschieden, dass die Vergabe von Eisenbahnverkehrsleistungen dem Vergaberecht unterliegt. SPNV-Leistungen sind danach grundsätzlich im Wettbewerb zu vergeben. Das heißt: Aufgabenträger im Schienenpersonennahverkehr, wie z. B. die Bayerische Eisenbahngesellschaft im Freistaat Bayern oder auch Verkehrsverbände, dürfen grundsätzlich einen Verkehrsauftrag im Schienenverkehr nicht mehr ohne Wettbewerb direkt an ein Unternehmen erteilen.

Ausgangspunkt des Beschlusses war ein Nachprüfungsverfahren zur Vergabe der S-Bahn in Nordrhein-Westfalen. Die Deutsche Bahn sollte die S-Bahn nach früheren Verträgen ursprünglich bis 2018 betreiben. DB Regio und der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) hatten schließlich 2009 nach jahrelangen Verhandlungen vereinbart, dass die Deutsche Bahn moderne Züge einsetzt und dafür die Verkehre bis 2023 weiterfahren darf. Abellio, ein zur niederländischen Staatsbahn gehörendes Eisenbahnunternehmen, sah sich benachteiligt, weil der Großauftrag nicht öffentlich ausgeschrieben worden war. Der BGH-Beschluss bestärkt die Bayerische Eisenbahngesellschaft in ihrer strikten Wettbewerbspolitik, die sie seit ihrer Gründung erfolgreich praktiziert. Die BEG will im Interesse der Fahrgäste Verkehrsaufträge auch künftig im Wettbewerb vergeben. □

Fortsetzung von Seite 5) unserer Wettbewerbspolitik fest, da wir uns nur so auf Dauer ein qualitativ hochwertiges Eisenbahnangebot für Bayern leisten können.

Für den Erhalt und den Ausbau der Bundesschieneninfrastruktur ist nach dem Grundgesetz der Bund verantwortlich. Dennoch finanziert der Freistaat über seine SPNV-Bestellungen den Erhalt der Gleisanlagen und Stationen in Höhe von rund 500 Millionen Euro jährlich ganz maßgeblich mit. Beim Aus- und Neubau konzentrieren sich die direkten Mitwirkungsmöglichkeiten des Freistaats außerhalb der Ballungsräume auf kleinere regionale Projekte. Der Bund stellt in Fünf-Jahres-Tranchen Mittel für den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur auf Regionalstrecken zur Verfügung. Über die Verwendung entscheidet der Freistaat gemeinsam mit der DB. Die aktuelle Mitteltranche läuft noch bis Ende 2013 und umfasst rund 120 Millionen Euro. Wichtige Projekte, die im Rahmen der aktuellen Tranche umgesetzt werden, sind zum Beispiel der Streckenausbau zwischen München und Garmisch-Partenkirchen und die Neigetechnik-Ausbauprojekte im Allgäu sowie zwischen Würzburg und Schweinfurt. Daneben werden neue Haltepunkte in allen Regionen Bayerns und weitere kleinere Maßnahmen finanziert.

### Großes Engagement für die S-Bahn-Systeme

Auch wenn es nicht Aufgabe des Freistaats ist, bezuschussen wir aus den Strafgeldern, die wir bei schlechter Qualität und Unpünktlichkeit von den Eisenbahnverkehrsunternehmen einbehalten, seit 2006 auch Projekte der Infrastrukturbetreiber, die die Pünktlichkeit steigern sollen. Hierbei geht es um kleinere Maßnahmen wie etwa zusätzliche Gleise für eine raschere und flexiblere Abwicklung, wenn sich Züge begegnen.

Große finanzielle Anstrengungen unternimmt der Freistaat gemeinsam mit dem Bund im Bereich der beiden

S-Bahn-Systeme rund um die Metropolregionen München und Nürnberg, um deren Anbindung an das Umland für die Zukunft fit zu machen. Während in Nürnberg das Ergänzungsnetz in weiten Teilen schon umgesetzt ist, müssen in München im Rahmen des Konzepts der Staatsregierung zum Bahnknoten München unter anderem das Großprojekt Zweite Stammstrecke realisiert und die Anbindung des Münchner Flughafens verbessert werden.

### Ausbau- und Neubauvorhaben

Von sehr großer Bedeutung für die Mobilität und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Freistaat sind außerdem die großen Aus- und Neubauvorhaben des Bundes, die im Bundesverkehrswegeplan enthalten sind. Hier dränge ich immer wieder mit Nachdruck in Berlin auf die Umsetzung einer Vielzahl verkehrlich bedeutender Vorhaben. Dies sind unter anderem der Ausbau

einschließlich Elektrifizierung zwischen München, Mühldorf und Freilassing, der Ausbau auf vier Gleise zwischen Nürnberg und Bamberg zur Vervollständigung der Hochgeschwindigkeitsverbindung München – Berlin, die Elektrifizierung von Nürnberg nach Marktredwitz und weiter Richtung Cheb (Eger) bzw. Hof sowie der Ausbau zwischen Augsburg und Neu-Ulm.

### Neue Finanzierungswege

Für die Planung und Umsetzung der bayerischen Bedarfsplanmaßnahmen besteht schon heute massiver Druck. Deshalb muss der Bund endlich die Unterfinanzierung des Schienenausbau und damit die Mangelverwaltung im Bedarfsplan Schiene beenden. Notwendig ist, das Budget mindestens von heute gut einer auf zwei Milliarden Euro pro Jahr aufzustocken. Wie dramatisch Deutschland bei den Investitionen in die Schieneninfra-

struktur zurückbleibt, zeigt der europäische Vergleich: Pro Kopf der Bevölkerung investiert Deutschland nur 53 Euro, bei den Nachbarländern Österreich und Schweiz sind es 230 bzw. 308 Euro. Die großen EU-Partner Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien bringen im Vergleich mit Deutschland rund die doppelte Summe auf. Um den Anschluss nicht vollends zu verpassen, muss der Bund jetzt mit der Dotierung des Planungskostenbudgets, welches auf meinen Vorschlag hin derzeit eingerichtet wird, endlich die rechtzeitige Planung der Vorhaben sicherstellen. Außerdem brauchen wir neue Finanzierungswege – die Reinvestition der Gewinne des Bahnkonzerns in die Infrastruktur und mehr privates Kapital in Form von Public-private-Partnership. Hier geht es beim Bund viel zu schleppend vorwärts. Ich werde mich weiterhin mit Nachdruck für die bayerischen Verkehrsprojekte einsetzen. □

## Aktuelle Inbetriebnahmen

### Welche Projekte 2011 an den Start gehen

**Auch 2011 profitieren Fahrgäste in ganz Bayern von Verbesserungen durch mehrere Inbetriebnahmen von Wettbewerbsprojekten. In jeder Ausschreibung legt die Bayerische Eisenbahngesellschaft konkrete Fahrplan- und Qualitätsverbesserungen fest, die die Unternehmen erfüllen müssen. Einige Betreiber starten allerdings mit Anlaufschwierigkeiten.**

Am 12. Juni übernahm das Eisenbahnunternehmen agilis im Auftrag des Freistaats den Regionalverkehr im **Dieselnetz Oberfranken**. Vorausgegangen war eine Ausschreibung der Bayerischen Eisenbahngesellschaft mit einem verbesserten Fahrplankonzept zwischen Bamberg, Coburg, Hof und Weiden. Rund ein Drittel mehr Verbindungen, neue Fahrzeuge, beschleunigte Fahrzeiten und hohe Qualitätsanforderungen sollten den Bahnverkehr in Nordostbayern deutlich attraktiver machen. Allerdings konnte agilis wegen kurzfristiger Engpässe auf dem Arbeits-

markt für Lokführer nicht sofort alle von der BEG bestellten Verbesserungen realisieren. Auch wurde die not-

wendige Infrastruktur aufgrund von Verzögerungen beim zuständigen Bundesunternehmen DB Netz nicht wie von der BEG erwartet und gefordert bis zum Betriebsstart fertig gestellt. Trotz der Startschwierigkeiten bringt das neue Angebotskonzept der BEG auf Basis von Neufahrzeugen schon jetzt erhebliche Verbesserungen und macht die Bahn in weiten Teilen Oberfrankens zu einer interessanten Alternative zum Individualverkehr.

Der Start von DB Regio (Fortsetzung nächste Seite)



Der Regio-Shuttle von agilis fährt seit Juni 2011 im D-Netz Oberfranken. Bild: agilis

# Zukunft des bayerischen SPNV

**Bis 2023 soll der gesamte bayerische Regionalverkehr im Wettbewerb vergeben sein. Daher bereitet die BEG fortlaufend neue Wettbewerbsprojekte vor. In Ostbayern, im Raum Rosenheim sowie im Werdenfelsnetz hat die Bayerische Eisenbahngesellschaft die künftigen Betreiber mittels europaweiter Ausschreibungen bereits ermittelt und den Zuschlag erteilt. Die Bahnunternehmen bereiten sich nun auf die Inbetriebnahmen Ende 2013 und 2014 vor.**

Mitte Juli 2010 hat die BEG nach einem europaweiten Ausschreibungsverfahren den Zuschlag für den Betrieb der Nahverkehrszüge im Werdenfelsnetz an DB Regio vergeben. Fahrgäste können sich auf massive Verbesserungen freuen. Durch das Wettbewerbsprojekt weitet die BEG das Bahnangebot von München nach Mittenwald, Kochel und Oberammergau ab Ende 2013 um 30 Prozent aus, sofern einige hierzu erforderlichen Infrastrukturausbauten fertig werden. Zu den ausgeschriebenen Regionalverkehren gehören die Linien München – Garmisch-Partenkirchen – Mittenwald, Tutzing – Kochel und Murnau – Oberammer-

gau. Während heute auf den Strecken überwiegend ältere Fahrzeuge im Einsatz sind, kommen künftig neue klimatisierte, niederflurige Triebzüge zum Einsatz.

## Behindertengerechte Ausstattung

Die Fahrzeuge sind behindertengerecht ausgestattet und verfügen über Mehrzweckbereiche, etwa zum Transport von Fahrrädern. Damit ist auch der touristische Freizeitverkehr im Werdenfels bestens für die Zukunft gerüstet. Das von der BEG vorgegebene Fahrplankonzept sieht zwischen München und Weilheim einen ganztägigen Halbstundentakt

vor. Mit drei neuen Expresszügen zur Hauptverkehrszeit soll die Reise zwischen München und Garmisch-Partenkirchen nur noch 70 Minuten dauern.

Außerdem wird Kochel stündlich umsteigefrei mit der Landeshauptstadt verbunden und auch ins Außerfern gibt es künftig zahlreiche Direktverbindungen von und nach München. Auf der Strecke Garmisch-Partenkirchen – Reutte i. Tirol wird das Angebot werktags auf einen Stundentakt verdichtet. Auch in Richtung Seefeld i. Tirol wird es zusätzliche Reisemöglichkeiten geben.

## Bahnfahren wird schneller, moderner und attraktiver

Ebenfalls im Dezember 2013 ist die Inbetriebnahme des **E-Netzes Rosenheim** geplant. Das wirtschaftlichste Angebot bei dieser Ausschreibung reichte das Verkehrsunternehmen Veolia ein, das unter dem Markennamen Meridian das Netz rund um Rosenheim befahren wird. Dank des Konzepts und der Bestellung der BEG wird das Bahnfahren ab Ende 2013 schneller, moderner und attraktiver. Auf den Strecken von München nach Salzburg und Kufstein weitet die BEG das Angebot um 31 Prozent aus, auf der Mangfalltalbahn zwischen Rosenheim und Holzkirchen werden 7 Prozent mehr Züge fahren. Was also können die Bahnkunden ab 2014 erwarten? Zwischen München und Salzburg sollen stündlich schnelle Expresszüge fahren, mit einer Höchstgeschwindigkeit von 160 km/h, einer Nonstop-

Fahrt zwischen Rosenheim und München Ost und damit einer um bis zu 10 Minuten kürzeren Fahrzeit. Die Expresszüge halten im Chiemgau weiterhin an allen Stationen zwischen Freilassing und Rosenheim. Auch bestellt die BEG stündlich direkte Verbindungen zwischen München und Kufstein mit Halt an allen Unterwegsbahnhöfen außerhalb der S-Bahn. Damit können die Fahrgäste aus den Inntal-Gemeinden stündlich umsteigefrei direkt nach München fahren, ein Umsteigen in Rosenheim wird nur noch in Ausnahmefällen erforderlich sein. Die Expresslinie Salzburg – München wie auch die Regionalzuglinie Kufstein – München sollen gerade den Pendlern im Vergleich zum aktuellen Fahrplan zusätzliche Fahrtmöglichkeiten bieten, zum Beispiel durch einen 30-Minuten-Rhythmus im Berufsverkehr. Die Regionalzüge auf der Mangfalltalbahn von Rosenheim nach Holzkirchen sollen wie gewohnt grundsätzlich im Stundentakt und in den Hauptverkehrszeiten etwas erweitert im 30-Minuten-Rhythmus verkehren. Einige Züge fahren ganz neu im Berufsverkehr von Rosenheim über Holzkirchen hinaus bis München Hbf. Damit wird es regelmäßige umsteigefreie Verbindungen aus dem Mangfalltal nach München geben.

## Stündlicher Taktverkehr

Verbesserungen ab Ende 2013 und 2014 sind auch in Niederbayern und der Oberpfalz zu erwarten. Den Auftrag für den Betrieb der Nahverkehrszüge in den Netzen **Wald-, Naabtal- und Ober-** (Fortsetzung nächste Seite)

## Aktuelle Inbetriebnahmen ...

(Fortsetzung von Seite 6)  
im **elektrischen Netz Franken** ist nach der Inbetriebnahme von agilis im Dieselnetz Oberfranken der nächste Meilenstein der Bahnoffensive des Freistaats für Nordbayern. Die BEG finanziert auch hier rund ein Drittel mehr Verbindungen. Fahrgäste auf der Achse Nürnberg – Bamberg – Sonneberg/Jena kommen ab Mitte Dezember in den Genuss verbesserter Verbindungen. Neben kürzeren Fahrzeiten, besseren Anschlüssen und zusätzlichen Zügen vor allem am Abend, hat die BEG im Rahmen ihrer Ausschreibung auch den Einsatz neuer Fahrzeuge gefordert.

DB Regio hat mit dem Fahrzeugtyp „Talent 2“ angeboten und die Fahrzeuge beim Hersteller Bombardier bestellt. Der Einsatz der Neufahrzeuge ist abhängig von der rechtzeitigen Bereitstellung durch die Fahrzeugindustrie und die Zulassung durch das Eisenbahn-Bundesamt. Aktuell ist mit Lieferverzögerungen zu rechnen, so dass

DB Regio vorerst ein Ersatzkonzept fahren muss und somit nicht alle von der BEG geforderten Leistungen zum Start umsetzen kann.

Zum Fahrplanwechsel im Dezember startet außerdem agilis auf der **Donautalbahn** zwischen Ingolstadt und Ulm. Das Verkehrsunternehmen ist bereits seit Dezember 2010 im **elektrischen Netz Regensburg** unterwegs und bietet den Fahrgästen dort im Auftrag der BEG zahlreiche Verbesserungen. Mit der **Donautalbahn** läuft nun die zweite Betriebsstufe des BEG-Wettbewerbsprojekts an. Agilis wird im Auftrag des Freistaats auf der Strecke Ingolstadt – Ulm das Angebot um 46 Prozent erweitern und die Reisezeit zwischen Regensburg und Ulm mit neuen Expresszügen deutlich verkürzen. Weitere Verbesserungen sind unter anderem ein 30-Minuten-Rhythmus zwischen Günzburg und Ulm, zusätzliche Verbindungen in der Hauptverkehrszeit und eine Ausweitung des Abendverkehrs bis Mitternacht. □

## „Bahnland Bayern Online News“

Die „Bahnland Bayern Online News“ richten sich in erster Linie an Partner der BEG. Der E-Mail-Newsletter informiert Verkehrsunternehmen, Kommunen, Mandatsträger und Verbände per Mail über Neuigkeiten aus dem Bahnland Bayern wie etwa Wettbewerbsprojekte, Inbetriebnahmen oder die Qualität auf Bayerns Schienen. Anmelden können sich Interessierte unter [www.bahnland-bayern.de/beg/bahnland-bayern-news](http://www.bahnland-bayern.de/beg/bahnland-bayern-news). □

(Fortsetzung von Seite 7)  
**pfalzbahn** erteilte die BEG im August 2011 an die Regental Bahnbetriebs-GmbH. Im Dezember 2010 hatte die Bayerische Eisenbahngesellschaft die Regionalbahnen der Waldbahn im Raum Deggendorf/Zwiesel, der Naabtalbahn entlang der Achse Regensburg – Marktredwitz – Schirnding und der Oberpfalzbahn im Raum Cham europaweit ausgeschrieben. In Abhängigkeit vom weiteren Infrastrukturausbau will der Freistaat das Angebot um 8 bis 16 Prozent ausweiten. Von den Mehrleistungen profitieren besonders die Fahrgäste nach Regensburg sowie zwischen Deggendorf und Plattling. Aber auch im ländlichen Raum Ostbayerns sorgt der Freistaat mit dem Wettbewerbsprojekt für einen leistungsfähigen Bahnverkehr. Bereits heute kommen Reisende der Waldbahn, außer auf der Strecke Zwiesel – Grafenau, in den Genuss eines stündlichen Taktverkehrs. Besonders im nachfragestarken Abschnitt Deggendorf – Plattling verdichtet die BEG ab Ende 2013 das Angebot von montags bis freitags in den Hauptverkehrszeiten. Damit haben Fahrgäste in Plattling zusätzliche Anschlüsse in Richtung München und Regensburg. Falls DB Netz, als Bundesunternehmen zuständig für die Infrastruktur, die Strecke Zwiesel – Grafenau ausbaut, will die BEG zudem auf dieser Strecke einen täglichen Stundentakt bei der Regentalbahn bestellen. Hierzu muss DB Netz insbesondere Bahnübergänge technisch si-



**Abhängig vom Infrastrukturausbau will die BEG ab Ende 2014 das Angebot der Oberpfalzbahn verbessern.**

**Bild: Regentalbahn AG**

chern oder auflösen, wozu die Mitwirkung der Kommunen erforderlich ist.

### **Verbessertes Angebot in den Oberpfälzer Teilnetzen**

Mit der Betriebsaufnahme auf den beiden Oberpfälzer Teilnetzen Ende 2014 baut der Freistaat insbesondere das Angebot zwischen Regensburg und Schwandorf erheblich aus. Das Fahrplankonzept der BEG sieht künftig täglich einen ganztägigen durchgehenden Stundentakt von Regensburg bis Weiden und werktags von Weiden bis Marktredwitz mit Halt an allen Stationen vor. Die Regionalzüge der Regentalbahn werden um etwa 30 Minuten versetzt fahren zu den weiterhin verkehrenden Neigetechnik-Expresszügen der DB Regio Regensburg – Weiden – Hof beziehungsweise Regensburg – Amberg – Nürnberg und zum alex München – Regensburg – Hof/Prag.

### **Zusätzliche Züge**

In der Summe ergibt sich für den Abschnitt Regensburg – Schwandorf damit erstmals ganztägig ein Halbstunden-Rhythmus mit neuen Anschlüssen in Regensburg zum Beispiel in Richtung Straubing/Plattling/Passau. Fahrgäste aus dem Naab- und Waldnaabtal nördlich von Schwandorf profitieren von neuen stündlichen statt bislang zweistündlichen Direktverbindungen nach Regensburg und zusätzlichen Zügen in der Hauptver-

## „Bahnland Bayern TV“

**Hintergründe und Aktuelles aus dem Bahnland Bayern gibt es nicht nur gedruckt – sondern auch im Bewegtbild. Unter [www.bahnland-bayern.tv](http://www.bahnland-bayern.tv) veröffentlicht die BEG regelmäßig aktuelle Beiträge zu verschiedenen Themen rund um den bayerischen Nahverkehr. Ganz neu ist der Film „Die BEG im Portrait“, der anschaulich über die Arbeit der BEG und die Zuständigkeiten im Bahnland Bayern informiert. Reinschauen lohnt sich!**

**Das Bahnland im Bewegtbild: Auf [www.bahnland-bayern.tv](http://www.bahnland-bayern.tv) informiert die BEG über Aktuelles aus dem bayerischen Nahverkehr. Bild: BEG**

kehrszeit und am Abend. Zudem werden die Reisezeiten verkürzt. Zwischen Furth im Wald und Schwandorf schließt die Regentalbahn gemäß den Ausschreibungsvorgaben der BEG einige Taktlücken. Falls DB Netz die Strecke Cham – Bad Kötzing ausbaut, will der Freistaat auf der Gesamtstrecke Cham – Bad Kötzing – Lam einen täglichen Stundentakt bei der Regentalbahn bestellen. Hierzu muss die DB Netz ebenfalls Bahnübergänge technisch sichern oder auflösen, auch hier ist die Mitwirkung der Kommunen erforderlich.

### **Projekte in Planung**

Fahrplanausweitungen, Neufahrzeuge, eine bessere Qualität. All diese Erfolge hat die BEG nur durch die Vergabe von Verkehrsleistungen im Wettbewerb realisieren können. Auf diese Weise setzt der Freistaat Steuergelder sinnvoll ein und verbessert gleichzeitig Qualität und Leistung. Entsch-

dend für jede Auftragsvergabe ist letztlich der Mehrwert für die Fahrgäste.

Ziel ist es auch künftig, das Nahverkehrsangebot und die Qualität im gesamten Freistaat kontinuierlich weiterzuentwickeln und zu verbessern. Deshalb bereitet die BEG derzeit weitere Wettbewerbsprojekte vor, deren Startschuss zeitnah fallen soll. Auf der Agenda steht die Neuvergabe der Bayerischen Oberlandbahn auf den Strecken München – Bayrischzell/Lenggries/Tegernsee. Ferner steht die Ausschreibung der Verkehre auf den Linien Nürnberg – Treuchtlingen – Augsburg/München sowie auf der Neubaustrecke Nürnberg – Ingolstadt an.

Ebenso will die BEG die Verkehre des Kissinger Stems zwischen Schweinfurt und Gemünden sowie zwischen Schweinfurt und Meiningen erneut in den europaweiten Wettbewerb geben. Der Main-Spessart-Express zwischen Würzburg, Aschaffenburg und Frankfurt soll erstmals ausgeschrieben werden. □

# Der Bahnhof – das Gesicht meiner Stadt

Der Bahnhof ist ein zentraler Anlaufpunkt in jeder Stadt und Gemeinde. Deshalb ist jede Stadtverwaltung auch bestrebt, dass ihr Bahnhof besonders präsentabel ist. Die BEG setzt sich ebenfalls für die Sauberkeit und Instandhaltung aller bayerischen Bahnhöfe ein, auch wenn die Verantwortung hierfür eigentlich beim Bund, genauer gesagt bei der DB-Tochter Station&Service, liegt. Ein weiteres langfristiges Anliegen der BEG fällt vielleicht nicht sofort ins Auge: Der barrierefreie Ausbau aller Stationen in Bayern, um so allen Fahrgästen die uneingeschränkte Möglichkeit zu bieten, das Bahnangebot im Freistaat nutzen zu können.

Die Umsetzung dieses Ziels beinhaltet neben angepassten Bahnsteighöhen an allen Bahnhöfen auch einen problemlosen Zugang zum Gleis selbst, der mobilitäts eingeschränkten Mitbürgern oftmals durch unbezwingbare Treppen versperrt ist.

## Barrierefreiheit als großes Ziel

Waren 2002 nur etwa 17 Prozent der bayerischen Bahnhöfe barrierefrei ausgebaut, ist es der DB AG in den letzten Jahren gelungen, den Anteil der völlig barrierefrei gestalteten Stationen in Bayern auf über 30 Prozent zu heben. 80 Prozent können stufenfrei oder mit maximal zwei Stufen oder über Rampen mit einer Neigung von mehr als sechs Prozent erreicht werden. Dies ist für viele Rollstuhlfahrer aber nicht ausreichend. Sie sind auf eine richtlinienkonforme Barrierefreiheit und damit einen entsprechenden Ausbau der Stationen angewiesen. Trotz der Zuständigkeit des Bundes setzen sich Freistaat und BEG dafür ein, dass der barrierefreie Ausbau in Bayern weiter vorangetrieben wird.

## Pilotprojekt Strullendorf

Besonders bei kleineren Bahnhöfen mit wenigen Fahrgästen lässt sich ein barrierefreier Ausbau jedoch nicht so einfach realisieren. Trotzdem sollen auch die dortigen Anwohner nicht unbeachtet bleiben. Mit dem Pilotprojekt in Strullendorf, einer Gemeinde im Landkreis Bamberg, testet die BEG beispielsweise

die Akzeptanz einer Rampe, die zwar anstatt der für Barrierefreiheit erforderlichen sechs Prozent eine Steigung von zwölf Prozent aufweist, aber dennoch für viele mobi-

zeugen in Ausschreibungen treibt die Bayerische Eisenbahngesellschaft die Barrierefreiheit im Bahnland Bayern voran. Eine positive Entwicklung, denn die Fahrzeuge bieten neben einem erleichterten Einstieg und einer optimierten Inneneinrichtung auch Toiletten, die eigens für Rollstuhlfahrer und blinde Fahrgäste angepasst sind.

## Bahnsteighöhen

Eine weitere Voraussetzung für ein barrierefreies Bahnland Bayern ist die pas-

Unter [www.bahnland-bayern.de/Service](http://www.bahnland-bayern.de/Service) bietet die BEG Skizzen von allen Bahnstationen in Bayern sowie mehrere Karten zur Zugänglichkeit mit Rollstuhl oder Kinderwagen an. Auch bekommen mobilitäts eingeschränkte Reisende einen Überblick darüber, wo Spontanfahrten mit Niederflurfahrzeugen möglich sind. □

Ansatz nicht aufrechterhalten werden. Daher hat die Bayerische Eisenbahngesellschaft in Zusammenarbeit mit DB Station&Service 2006 ein Konzept zu den Zielbahnsteighöhen in Bayern



In ihren Ausschreibungen fordert die BEG barrierefreie Fahrzeuge. Bild: DB AG

litäts eingeschränkte Fahrgäste einen erleichterten Zugang zum Bahnsteig bedeutet. Die Zufriedenheit der Anwohner wurde in einer Umfrageaktion getestet und kann sich als kleiner Erfolg verbuchen lassen. Die BEG fordert deshalb von DB Station&Service die Umsetzung entsprechender Rampen, damit auch kleinere bayerische Bahnhöfe von dieser weniger aufwändigen und kostengünstigeren Kompromisslösung profitieren.

## Optimierte Innenausstattung

Auch mit ihren Forderungen nach barrierefreien Fahr-

sende Bahnsteighöhe. Wer kennt das nicht: Man steigt an einem Bahnhof ein und muss eine kleine Stufe nach oben gehen, am Ausstiegsbahnhof dann geht es plötzlich eine große Stufe nach unten. Viele Fahrgäste fragen sich, warum das so ist. Vor über 10 Jahren wurde für den Regionalverkehr in Bayern die Bahnsteighöhe auf 55 cm festgelegt. Da im Hinblick auf den Fernverkehr jedoch viele wichtige Bahnhöfe, auch solche, die sich im Zulauf auf die großen Fernverkehrsknoten befinden, mit einer Höhe von 76 cm über Schienenoberkante gebaut worden waren, konnte dieser

entwickelt. So variieren die Zielhöhen in Bayern zwischen Bahnsteig und Schienenoberkante zwischen 55, 76 und 96 cm. Zwei Anforderungen sind bei der Wahl der Bahnsteighöhe immer in Betracht zu ziehen: Zum einen müssen alle relevanten Züge an der Bahnsteigkante halten, bzw., falls erforderlich, der Güterverkehr mit seinen teilweise überbreiten Ladungen an der Kante vorbeifahren können.

## Möglichst kleine Stufe

Zum anderen soll im Interesse der Barrierefreiheit der Einstieg vom Bahnsteig in



**Die BEG engagiert sich für ein barrierefreies Bahnland Bayern.** Bild: Fotolia

den Zug und umgekehrt mit einer möglichst kleinen Stufe versehen sein. Tritt ein Höhenunterschied von nur einer Stufe auf, so kann diese oft vergleichsweise einfach mit einer mobilen Rampe überbrückt werden. Denn für die Mitnahme von Kinderwagen und Fahrrädern stellt die Rampe kein besonderes Hindernis dar. Ist der Einstieg stufenfrei, können Fahrgäste komfortabel und damit schneller ein- und aussteigen. Das dient auch der Pünktlichkeit der Züge. Verfügt das Fahrzeug über einen ausfahrbaren Schiebetritt auf Einsteighöhe, dann ist der Optimalzustand erreicht. Ohne Spalt

und ohne Stufe können so die Fahrgäste ein- und aussteigen. Auch mobilitätseingeschränkte Reisende können dann grundsätzlich ohne fremde Hilfe an allen Türen zusteigen. Ziel ist es also, alle Bahnsteige so umzubauen, dass ein möglichst barrierefreier Zugang an allen Stationen in Bayern möglich sein wird.

#### Durchgängige Zielbahnsteighöhe

Die heute neu zum Einsatz kommenden Fahrzeuge müssen sich sowohl an der Zielbahnsteighöhe als auch am Status quo der vorhandenen

Bahnsteighöhen orientieren. So kann es sein, dass Neufahrzeuge auch an neuen Bahnsteigen noch keinen ebenerdigen Zutrieb ermöglichen, weil sie gleichzeitig Stationen mit deutlich niedrigeren Bahnsteighöhen bedienen müssen. Erst wenn die Zielbahnsteighöhe auf einer Strecke möglichst durchgängig gebaut worden ist, kann mit dem passenden Fahrzeug auch ein barrierefreier Zutrieb erreicht werden.

Ein barrierefreier Zugang zu allen Zügen an allen Bahnhöfen im Freistaat ist und bleibt das große Ziel im Bahnland Bayern. Der Ausbau aller Streckennetze auf einheitliche Bahnsteighöhen benötigt allerdings Zeit und erfordert enorme Investitionen des Bundes. Durch das pragmatische Konzept der Zielbahnsteighöhen kommt Bayern dem Ideal der Barrierefreiheit einen großen Schritt näher.

#### Instandhaltung und Sauberkeit

Unzureichend gepflegte Stationen sind ein häufiges Problem, mit dem sich Bürgermeister betroffener Gemeinden an die BEG wenden. Zwar gehört das nicht zu den Aufgaben der Baye-

rischen Eisenbahngesellschaft, sie engagiert sich aber trotzdem für saubere Stationen und Bahnhöfe. Deshalb hat die Bayerische Eisenbahngesellschaft in Zusammenarbeit mit DB Station&Service das sogenannte Graffitimobil ins Leben gerufen, das die DB-Tochter für die Reinigung und Instandhaltung von Stationen einsetzt. Schon seit April 2010 ist ein solches Reinigungsfahrzeug im Raum München unterwegs und der Erfolg kann sich sehen lassen. Daher hat sich die BEG entschlossen, ein weiteres Graffitimobil für den Raum Nordbayern zu 90 Prozent mitzufinanzieren. Die Gelder stammen aus Pönalemitteln, also aus Strafgeldern, welche die Bayerische Eisenbahngesellschaft aufgrund von Qualitätsproblemen und Verstößen gegen vertragliche Regelungen von den Eisenbahnverkehrsunternehmen einbehält. Um den Stationen ganzheitlich wieder ein sauberes Erscheinungsbild zu geben, werden auch benachbarte Wände, Unterführungen sowie umliegende Gebäude mitgereinigt. Durch diese Generalreinigung sowie eine permanente Nachsorge und Kooperation mit der Bundespolizei sollen die Flächen langfristig graffitifrei bleiben. □



**Dieses mobile Reinigungsfahrzeug wird zu 90 Prozent von der BEG finanziert und befreit seit Mitte des Jahres die Stationen von unschönen Graffiti.** Bild: BEG

# Qualität im Bahnland Bayern

**Pünktlich, sauber, kundenorientiert – so sollte der Schienenpersonennahverkehr in Bayern aussehen. Erfüllen Bahnen diese Standards nicht, dann wird es für sie doppelt teuer: Neben Erlösrückgängen durch ausbleibende Kunden müssen sie auch Strafzahlungen leisten. Die Bayerische Eisenbahngesellschaft hat für nicht vertragskonforme Leistungen für das Jahr 2010 Strafgebühren in Höhe von rund 24 Millionen Euro erhoben – mehr als je zuvor. Grundlage dieser sogenannten Pönalen sind Pünktlichkeitsmessungen, offene und verdeckte Tests sowie Fahrgastbefragungen der BEG.**

Die Qualität im Schienenverkehr und ihre Mängel stehen mehr denn je im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Im Interesse der Fahrgäste engagiert sich der Freistaat in diesem Bereich von Anfang an. Im Sinne einer umweltverträglichen Verkehrspolitik, in der noch mehr Bürger vom Auto auf die Bahn umsteigen sollen, legt die BEG in ihren Verkehrsverträgen auch Mindeststandards im Hinblick auf die Qualität fest.

## Prinzip der unternehmerischen Verantwortung

Für die konkrete Ausgestaltung und Erfüllung dieser Vorgaben sind die Verkehrsunternehmen ihren Kunden gegenüber unmittelbar selbst in der Pflicht. Denn im bayerischen SPNV gilt das Prinzip der unternehmerischen Verantwortung. Die BEG erwartet von den Verkehrsunternehmen, dass sie sich beständig im Interesse der Fahrgäste um eine hohe Qualität bemühen. Schließlich dürfen die Betreiber 100 Prozent der Fahrgeldeinnahmen behalten. Mehr Fahrgäste bedeuten für die Unternehmen also auch mehr Einnahmen.

## Qualitätsmanagement mit System

Mit den vertraglich festgesetzten Qualitätskriterien verfolgt die BEG das Ziel, den Fahrgästen in ganz Bayern ein hochwertiges und leistungsstarkes Verkehrsangebot zur Verfügung zu stellen. Dies ist nur möglich, wenn

die Qualität der Verkehrsleistungen regelmäßig überprüft wird. Daher hat die BEG in den letzten Jahren ein um-

aus. Fallen Züge komplett aus, erhält das entsprechende Verkehrsunternehmen von der BEG dafür überhaupt keinen finanziellen Ausgleich. Die Pünktlichkeit an den einzelnen Messstationen ist unterschiedlich und abhängig von verschiedenen Faktoren: Beispielsweise sind besonders stark ausgelastete Hauptstrecken wie Nürnberg – Würzburg oder München – Landshut wegen der dichten Zugfolgen verstärkt betrieblichen Wechselwirkungen aus-

BEG mahnten und mahnen daher bei den Eisenbahnverkehrsunternehmen beständig an, bessere Wintervorkehrungen zu treffen.

## Unterschiedliche Tests sorgen für ein umfassendes Gesamtbild

Die BEG unterscheidet zwei Qualitätsmesssysteme: das im bayernweiten Verkehrsdurchführungsvertrag mit DB Regio verankerte Instrumentarium sowie ein Messsystem für die im Wettbewerb vergebenen Netze. Mit beiden Systemen überprüft die BEG kontinuierlich die Qualität der bayerischen Bahnen. Ein Teil des Quali-



**Die BEG macht Mindestvorgaben in Sachen Qualität. Verantwortlich gegenüber den Fahrgästen sind die Verkehrsunternehmen selbst. Bild: BOB**

fangreiches Qualitätsmanagement- und Qualitätskontrollsystem aufgebaut. Es kontrolliert den laufenden Betrieb der Eisenbahnverkehrsunternehmen, identifiziert Schwachstellen und initiiert zielgenaue Verbesserungsmaßnahmen.

## Pünktlichkeit

Wichtigstes Qualitätsmerkmal für die Fahrgäste ist zweifellos die Pünktlichkeit. So wird täglich an rund 100 Messstellen in Bayern die Pünktlichkeit gemessen. Dabei werden nahezu alle Züge erfasst. Sind Züge unpünktlich, bezahlt die BEG nicht das volle Bestellerentgelt

gesetzt. Oft sind auch Langsamfahrstellen oder umfangreiche Bauarbeiten Ursachen für unpünktliche Züge.

## Präzise Betriebsplanungen

Die BEG erwartet von den Verkehrsunternehmen, dass sie durch vorhergehende präzise Betriebsplanungen die Verspätungen auf ein Minimum reduzieren. Besonders die mangelhafte Vorbereitung auf den Winter, die auch 2010/2011 wieder für zahlreiche Verspätungen und Zugausfälle verantwortlich war, kann die BEG nicht akzeptieren. Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil und die

tätsmesssystems sind Tests durch unabhängige Prüfer. Im Verkehrsdurchführungsvertrag zwischen DB Regio und der BEG werden dabei rund 5.000 Waggons und Triebwagen sowie über 1.000 Bahnsteige jährlich genau geprüft. Kriterien sind dabei die Sauberkeit, etwa von Sitzplatz und Boden der Züge, die Funktionsfähigkeit (Türen, Toiletten etc.), die Fahrgastinformation mittels Durchsagen und auf Displays sowie Beschädigungen durch Graffiti.

Auf Wettbewerbsstrecken treten Tester zudem verdeckt auf, indem sie sich als normale Kunden ausgeben. Sie prüfen die Zugbegleiter auf

## Das BEG-Qualitätsranking

Die Bahnen der 13 bayerischen Wettbewerbsnetze	
1.	Berchtesgadener Land Bahn (Regentalbahn AG/Salzburg AG)
2.	Kissinger Stern (Erfurter Bahn GmbH)
3.	agilis-Süd (Regensburg) (agilis Eisenbahngesellschaft mbH & Co. KG)
4.	Bayerische Regiobahn (Veolia Verkehr Regio GmbH)
5.	Mainfrankenbahn (DB Regio AG)
6.	Kneipp-Lechfeld-Bahn (DB Regio AG)
7.	Mittelfrankenbahn (DB Regio AG)
8.	alex-Süd (Regentalbahn AG)
9.	Bayerische Oberlandbahn (Veolia Verkehr Regio GmbH)
10.	Fugger-Express (DB Regio AG)
11.	alex-Nord (Regentalbahn AG)
12.	Kahlgrundbahn (Hessische Landesbahn GmbH)
13.	Donau-Isar-Express (DB Regio AG)

Das Ranking basiert auf dem Qualitätsmesssystem der BEG. Beurteilte Kriterien: die Sauberkeit der Fahrzeuge (innen und außen), die Fahrgastinformation im Regel- und Störfall, die Funktionsfähigkeit der Ausstattung, die Serviceorientierung der Zugbegleiter sowie die Kundenorientierung bei Beschwerden.

Stand 04.07.2011

Kompetenz und Servicebereitschaft. Auch werden Reisende im Rahmen dieses Qualitätsmesssystems regelmäßig befragt. Sind diese mit der Qualität unzufrieden, hat dies Abzüge beim Bestellerentgelt zur Folge. Die Ergebnisse der Tests sind Grundlage für qualitätsverbessernde Maßnahmen. So können die Bahnunternehmen bei Problemen gegensteuern und beispielsweise ihr Personal gezielt schulen.

### Qualitätsranking

Mit einem Ranking der bayerischen Bahnen informiert die Bayerische Eisenbahngesellschaft seit Mitte 2011 einmal im Quartal über die Qualität im bayerischen SPNV. Die Rangliste umfasst die bisher insgesamt 13 Wettbewerbsnetze in Bayern und beurteilt die Betreiber nach Qualitätskriterien wie Sauberkeit, Information und Serviceorientierung. Neben einer erhöhten Transparenz will die BEG damit auch

einen weiteren Anreiz für die Verkehrsunternehmen schaffen, die eigene Leistung weiter zu verbessern. Die Ergebnisse der Messungen fließen in ein Anreizsystem ein, bei dem die Unternehmen je nach Leistung mit einem Bonus belohnt oder mit einem Malus – einem Abzug vom Bestellerentgelt – gemahnt werden. Pro Netz finden 200 offene und 200 verdeckte Tests statt, außerdem werden 1.000 Fahrgäste befragt.

Das erste Ranking führten die Berchtesgadener Land Bahn, die Erfurter Bahn und agilis Süd an. Schlusslicht war der Donau-Isar-Express. Das jeweils aktuelle Ranking findet sich unter [www.bahnland-bayern.de/beg/qualitaetsranking](http://www.bahnland-bayern.de/beg/qualitaetsranking).

### Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung

Zeigen sich durch die Messungen oder Befragungen der BEG Mängel hinsichtlich der festgelegten Qualitätsstandards, kontaktiert sie die

betroffenen Unternehmen und fordert Abhilfe. Werden Qualitätsvereinbarungen nicht eingehalten und vertraglich fixierte Qualitätsziele nicht erreicht, erhebt die BEG Strafzahlungen, sogenannte Pönalen.

### Pönalen für qualitätsverbessernde Maßnahmen

Damit die Fahrgäste von den Pönalen profitieren, verwendet die BEG einen Großteil davon wieder für qualitätsverbessernde Maßnahmen. Beispielsweise wird häufig von Reisenden die Information im Störfall kritisiert.

Die BEG ist als Auftraggeber der bayerischen Bahnen mit der Situation ebenso nicht zufrieden und unterstützt deshalb die Bahnunternehmen bei ihren Bemühungen, die Reisenden besser zu informieren. Aus Pönalemitteln hat die BEG daher verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Fahrgastinformation mitfinanziert. So erhält das Zugpersonal von DB Regio spezielle Handys, die einen schnellen Zugriff aufs Internet und damit Fahrplanauskünfte auf Basis von Echtzeitdaten ermöglichen.

Außerdem sorgen die neuen Geräte für einen besseren Informationsfluss zu den Leitstellen. In den Leitstellen wurde ein Team zusammengestellt, das speziell die Information bei Baustellen und Störungen verbessern soll. Die BEG erwar-

tet, dass DB Regio die neuen Geräte und die damit verbundenen Möglichkeiten nutzt, die Fahrgastinformation im Zug deutlich zu verbessern. Auch die Ausstattung der Züge wird durch den Einsatz von Pönalemitteln optimiert, etwa durch die Nachrüstung von Videoüberwachung oder die Modernisierung von Altfahrzeugen. Ein Teil der Strafzahlungen wird zudem für die Verbesserung der Pünktlichkeit eingesetzt, etwa um Schwachstellen im Schienennetz gezielt zu beseitigen.

### Qualität noch nicht zufriedenstellend

Trotz dieser Anstrengungen ist die Qualität im bayerischen SPNV noch nicht zufriedenstellend und entspricht oftmals nicht den Maßstäben, die die BEG in den Verkehrsverträgen vorgibt. Das Angebot im bayerischen Nahverkehr ist zwar insgesamt auf einem hohen Niveau, allerdings gibt es noch viel zu tun. Einerseits sind vor allem die Verkehrsunternehmen gefordert, für einen qualitativ hochwertigen, kundenfreundlichen und pünktlichen Betrieb zu sorgen. Fahrgäste erwarten vor allem eines: dass sie als Kunden gesehen werden und nicht nur als Beförderungsfälle. Grundvoraussetzung für ein attraktives Verkehrsangebot ist andererseits ein leistungsfähiges Schienennetz. Hier ist der Bund gefordert, die richtigen Weichen zu stellen. □



Unabhängige Prüfer testen im Auftrag der BEG die Qualität der bayerischen Bahnen. Bild: Target Group

Bayern-Fahrplan und DEFAS BAYERN:

# Landesweite Fahrplanauskunft für Bus und Bahn in Echtzeit

Der Freistaat Bayern nimmt bei der Realisierung eines verkehrsträgerübergreifenden und unternehmensunabhängigen Fahrgastinformationdienstes eine Vorreiterrolle ein. Die BEG hat den Auftrag, mit dem Projekt DEFAS BAYERN eine zukunftsfähige Fahrgastinformation und Anschlussicherung im Öffentlichen Verkehr zu realisieren.

Eine hochwertige Fahrgastinformation ist wesentlicher Bestandteil eines attraktiven Verkehrsangebotes.

Eine große Herausforderung, denn ein solch flächendeckendes System auf Basis von Echtzeitdaten ist deutsch-

## Unternehmen und Kommunen müssen Daten liefern

Eine flächendeckende Fahrgastinformation wird erst dann realisiert sein, wenn alle Verkehrsunternehmen und Kommunen in Bayern an DEFAS BAYERN mitarbeiten. Denn ein System kann immer nur so gut sein wie die Daten, auf denen es basiert. Hier sind Verkehrsunternehmen, Verkehrsverbünde und Aufgabenträger für die Busse – die Landkreise und kreisfreie Städte – gefragt. Erst wenn alle Verkehrsunternehmen im Freistaat Bayern ihre Soll- und Echtzeitdaten erheben und an den bayernweiten Datenpool liefern, wird eine flächendeckende Fahrgastinformation in Echtzeit für ganz Bayern möglich sein. Eine besondere Herausforderung stellt die Qualitätssicherung der Daten dar, die die Bayerische Eisenbahngesellschaft gemeinsam mit den Datenlieferanten durchführen will. □

Kontinuierlich arbeiten Verkehrsunternehmen, Verkehrsverbünde und Aufgabenträger in ganz Deutschland daran, die Information im Öffentlichen Verkehr (ÖV) zu verbessern. Auch die zunehmende Anzahl der in Bayern tätigen Verkehrsunternehmen veranlasste den Freistaat im Jahr 2005 dazu, ein eigenes „Durchgängiges elektronisches Fahrgastinformationssystem“, kurz DEFAS, für Bayern ins Leben zu rufen.

## Landesweite Information

Ziel ist es, die Fahrgäste bayernweit umfassend und unternehmensübergreifend über ihre Fahrten und Anschlüsse zu informieren. Und das nicht nur mit statistischen Fahrplandaten (sog. Soll-Fahrplänen), sondern mit aktuellen Zeiten – im Internet, an öffentlichen Telefonen und über mobile Endgeräte.

bayernweiten Datenpool ermöglicht DEFAS BAYERN einen Datenaustausch zwischen verschiedenen lokalen Datenpools. So können die einzelnen Verkehrsunternehmen und Verbünde ihre Daten untereinander austauschen und für die eigene Fahrgastinformation nutzen. Bei den Daten, die von verschiedenen Verkehrsunternehmen im „Bayernweiten Datenpool ÖV“ zusammenlaufen, stellt die BEG sicher, dass sie diskriminierungsfrei allen in Bayern arbeitenden Verkehrsunternehmen zur Verfügung stehen und ausschließlich nichtkommerziell zum Zweck der Fahrgastinformation und Anschlussicherung verwendet werden.

## Bayernweiter Datenpool

Vom „Bayernweiten Datenpool ÖV“ werden alle Soll- und Echtzeitdaten sowie Meldungen des Öffentlichen Verkehrs in Bayern über den sogenannten „Echtzeitdaten-Router ÖV“ in die bayernweite Fahrtauskunft eingespeist. Diese beliefert damit

unter anderem Handydienste, öffentliche Telefone mit Internetanschluss und Fahrgastinformationportale im Internet, beispielsweise den Bayern-Fahrplan unter [www.bayern-fahrplan.de](http://www.bayern-fahrplan.de).

[www.bayern-fahrplan.de](http://www.bayern-fahrplan.de)

Der Bayern-Fahrplan ist die Online-Reiseauskunft des Freistaats und hat den Fahrgästen in Bayern schon in der Vergangenheit alle Soll-Fahrpläne zur Verfügung gestellt. Mit dem Start von DEFAS BAYERN werden jetzt zusätzlich Echtzeitdaten eingespeist. Derzeit können im Bayern-Fahrplan aber noch nicht für alle Fahrten im öffentlichen Verkehr Echtzeitdaten angezeigt werden, da die Daten in DEFAS BAYERN nur teilweise vorhanden sind.

## Laufende Verbesserungen

Deshalb wird der Bayern-Fahrplan laufend weiterentwickelt und optimiert. Aktuell werden für die Fahrgäste in der Verbindungsauskunft ausschließlich Echtzeitdaten von DB Regio und DB Fernverkehr sichtbar. Im Abfahrtsmonitor und über die Kartenansicht stehen jedoch bereits einige mehr zur Verfügung. (Fortsetzung nächste Seite)

landweit bisher einmalig.

Durch standardisierte Datenschnittstellen und einen

The screenshot shows the 'BAYERN FAHRPLAN' website interface. At the top, there are navigation tabs for 'Auskunft', 'Haltestellen-Infos', 'Allgemeine Infos', and 'Mobile Dienste'. Below this, there's a search bar and a 'Fahrplanauskunft' section. A map on the right shows a route from Regensburg to Landshut. On the left, a table lists the journey details:

Linie	Abfahrtsort	Anfahrtsort	Abfahrtszeit	Anfahrtszeit	Liniennummer
1	Regensburg Hauptbahnhof	Regensburg Hauptbahnhof	18:15	18:15	1
10:35	ab Augsburg Hbf	Regensburg Hbf			
17:31	ab München Hbf	Regensburg Hbf			
17:44	ab München Hbf	Regensburg Hbf			
18:13	ab Regensburg Hbf	Landshut			

Ist mein Zug pünktlich? Der Bayern-Fahrplan informiert Fahrgäste zunehmend auch mit Echtzeitdaten unterschiedlicher Bahn- und Busunternehmen im Freistaat. Bild: BEG



Seit Ende 2010 ist die Bahnland Bayern Lok „Maxi“ als Botschafter für den bayerischen Regionalverkehr im Freistaat unterwegs. Bild: Christopher Nolte

## Landesweite Fahrplan...

(Fortsetzung von Seite 13) führung. Im internen Testlauf befinden sich darüber hinaus Daten von DB Stadtverkehr, Omnipart (Konsortium aus mittelständischen Busunternehmen in Bayerisch-Schwaben und im nördlichen Oberbayern), der Berchtesgadener Land Bahn, von agilis (E-Netz Regensburg, D-Netz Oberfranken), MoveOn (Bayerische Oberlandbahn und Bayerische Regiobahn), der Stadtwerke Augsburg, der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG), der Ludwig Kroiss KG – Stadtverkehr Rosenheim sowie die Daten der Städte Bayreuth, Bamberg, Coburg und Hof. Hinzu kommen die Daten der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg, der Ingolstädter Verkehrsgesellschaft sowie der Stadtwerke Ulm. Mit zahlreichen weiteren Partnern laufen derzeit Gespräche zur Datenlieferung, z. B. mit dem Münchner Verkehrsverbund. □

## „Bahnland Bayern – Zeit für Dich.“

Die neue Dachmarke der Bayerischen Eisenbahngesellschaft

**Um den bayerischen Schienepersonennahverkehr in der Öffentlichkeit noch besser zu positionieren, hat die BEG im Frühjahr 2010 die neue Dachmarke Bahnland Bayern eingeführt. Sie steht für alle Aktivitäten des Freistaats und der BEG im bayerischen Nahverkehr, soll Lust aufs Bahnfahren machen und zugleich die komplexen Zusammenhänge erklären.**

Einheimische wie Touristen sollen Bayern als sympathisches Bundesland mit einem attraktiven Bahnangebot

Mehr zu Bahnland Bayern unter [www.bahnland-bayern.de](http://www.bahnland-bayern.de) und über die BEG unter [www.bahnland-bayern.de/beg](http://www.bahnland-bayern.de/beg). □

erleben. Mit Bahnland Bayern unterstreicht die BEG die besonderen Qualitäten der Eisenbahn. Reisen mit der Bahn ist eine ökologisch sinnvolle und bequeme Alternative zum Auto. Ziel ist, dass der SPNV noch mehr als bisher als modernes und attraktives Mobilitätsangebot für alle Menschen wahrgenommen

wird. Bahnland Bayern präsentiert Bayern als ein Land, in dem die Bahn einfach dazugehört. Und in dem man mit Bahn und Bus so gut wie überall hinkommt. Dazu gehört auch zu zeigen, welchen enormen Beitrag der Freistaat leistet, um die hohe Qualität im Nahverkehr nicht nur zu halten, sondern weiter auszubauen. Das Fazit nach einhalb Jahren Bahnland Bayern hat Erfolg und kommt gut an!

Den bewährten Bayern-Takt oder das beliebte Bayern-Ticket schafft die BEG mit der neuen Dachmarke natürlich nicht ab, sie bleiben weiterhin wesentliche Bestandteile des Bahnlands Bayern und stehen für die wichtige Verknüpfung aller öffentlichen Ver-

kehrsmittel wie Bus, S-Bahn, U-Bahn, Straßenbahn und natürlich die Regionalzüge.

Gerade aufgrund der durch den Wettbewerb gestiegenen Zahl der Verkehrsunternehmen sowie der vielfältigen Angebote auf dem Markt war es notwendig, ein Dach über dem bayerischen SPNV zu bilden. Bahnland Bayern soll nun die unterschiedlichen Verkehrsunternehmen sowie sämtliche Akteure im bayerischen SPNV näher zusammenrücken. Das Ziel: Alle Beteiligten ziehen im Interesse der Fahrgäste an einem Strang für ein starkes Bahnland Bayern. □

**BAYERISCHE GemeindeZeitung**

Sonderdruck der Bayerischen Gemeindezeitung  
Redaktion: Sandra Kelz  
Verantwortlich: Wolfgang Oeser  
Postfach 825, 82533 Geretsried  
Telefon 08171 / 9307-11, Fax 08171 / 805 14  
eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)  
Internet: [www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)  
Creo-Druck, Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

# Der Wettbewerb im Schienenpersonennahverkehr funktioniert

GZ-Interview mit Fritz Czeschka,  
Geschäftsführer der Bayerischen Eisenbahngesellschaft

Das Bayerische ÖPNV-Gesetz verpflichtet die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG), ein Fahrplankonzept für den Schienenverkehr als Grundangebot des öffentlichen Personennahverkehrs zu erarbeiten. Zusammen mit den Aufgabenträgern für die Busse soll ein attraktives Gesamtangebot im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) entwickelt werden. Fritz Czeschka ist Geschäftsführer der Bayerischen Eisenbahngesellschaft mbH und steht somit diesem Prozess voran.

**GZ:** Auf welche Erfolge, die die BEG seit ihrer Gründung 1996 erreicht hat, sind Sie als Geschäftsführer besonders stolz?

**Czeschka:** Die BEG blickt mit dem Jahr 2011 auf ihr 15-jähriges Bestehen zurück. Wir haben uns in dieser Zeit zur maßgeblichen Institution des SPNV in Bayern entwickelt. Unsere Bilanz kann sich sehen lassen. Das Fahrplanangebot haben wir um 40 % verbessert, die Zahl der Fahrgäste ist außerhalb der S-Bahn München um 63 % gestiegen. Die Vergabe im Wettbewerb hat sich bewährt – wir haben heute mehrere leistungsfähige Verkehrsunternehmen in Bayern. Und nicht zuletzt erleben wir in den meisten Wettbewerbsprojekten enormen Zuspruch, zum Teil verzeichnen wir nochmals zweistellige Zuwachsraten der Fahrgastzahlen.

**GZ:** Was ist Ihrer Meinung nach also das Erfolgsrezept der BEG?

**Czeschka:** Der erste Erfolg war sicher der flächendeckende Taktfahrplan. Ein solches System gab es vor 1996 in dieser Größenordnung deutschlandweit noch nicht. Doch die BEG wollte den gesamten bayerischen SPNV attraktiver machen, und so entstand der Bayern-Takt – der Stundentakt für fast ganz Bayern. Ein weiterer Schritt war daraufhin die Ausschreibung der ersten Wettbewerbsprojekte. Vor der Bahnreform gab es im bayerischen SPNV keinen Wettbewerb. Da wir aber die Qua-

lität steigern und das Fahrplanangebot ausweiten wollten, entschieden wir uns für die Wettbewerbsvergabe. Für uns ist heute offensichtlich: Der Wettbewerb im Schienenpersonennahverkehr funktioniert. Wir haben bis heute 21 Verfahren erfolgreich abgeschlossen. Und erst kürzlich hat sich mit der Vergabe an Veolia in Rosenheim und die Regentalbahn in Ostbayern wieder gezeigt: Auch in großen Verkehrsnetzen haben alle Anbieter ihre Chance!

**GZ:** Nun kann man ja aber die Lage im bayerischen SPNV nicht als durchweg rosig schildern. Woher kommen denn beispielsweise die viel diskutierten Probleme bei Fugger-Express, Donau-Isar-Express oder der S-Bahn Nürnberg?

**Czeschka:** Ja, leider scheinen die Fahrzeugprobleme bei DB Regio kein Ende nehmen zu wollen. Ich weiß nicht, ob ich die Leistung der DB mehr bewundern soll, trotz der fehlenden Fahrzeuge noch immer ein passables Angebot zu fahren, oder ob ich mich wundern soll über das klägliche Bild, das die Global Player der Fahrzeugindustrie zusammen mit der DB und dem Eisenbahn-Bundesamt bei den Fahrzeugen bieten. Oft wird argumentiert, das sei eine Folge des Wettbewerbs und der damit verbundenen kurzen Fristen. Dass dies nicht zutrifft, sehen Sie an dem von Ihnen genannten Beispiel der S-Bahn Nürnberg. Neue Fahrzeuge waren bereits

2003 im großen Verkehrsvertrag mit DB Regio vereinbart. Die Fahrzeuge laufen heute noch nicht. Neben feh-

zustellen, dass für alle Mängel in der konkreten Betriebsdurchführung und Fahrzeuggestaltung allein die Verkehrsunternehmen verantwortlich sind. Selbst das Thema Kapazitäten liegt zunächst bei den Verkehrsunternehmen. In keinem Fall haben wir zu geringe Kapazitäten vorgegeben. Wir haben Zählungen zur Verfügung gestellt und die Verantwortung für die Kapazitäten immer den Verkehrsunternehmen übertragen – so



Fritz Czeschka, Geschäftsführer der BEG. □

lenden Fahrzeugen stehen immer wieder Mängel im Bezug auf die Leistungen der Verkehrsunternehmen, wie etwa Pünktlichkeit, Zugbildung, Platzangebot, Sitzplatzabstände und Funktionsfähigkeit von Toiletten, Türen und Klimatisierung in der Kritik.

**GZ:** Wem genau ist denn nun aber die Schuld an diesen vielfältigen Problemen zuzuweisen?

**Czeschka:** Aus unserer Sicht ist es besonders ärgerlich, dass in der Öffentlichkeit immer wieder der Eindruck erweckt wird, Schuld an diesen Mängeln seien die von uns so bestellten Leistungen. Hier ist eindeutig fest-

steht es auch in den Verkehrsverträgen. Richtig ist aber, dass auch wir bei einigen Projekten die Entwicklung der Nachfrage unterschätzt haben.

**GZ:** Wie sehen denn nun Ihre Lösungsansätze aus, um diese Problematik kurzfristig in den Griff zu kriegen?

**Czeschka:** Wir erwarten erst einmal, dass die Unternehmen ihrer Verantwortung nachkommen. Wenn alle dispositiven Maßnahmen ausgeschöpft sind, sind wir bereit, auch über Verstärkerleistungen zu verhandeln. Um mehr Platzkapazitäten zu schaffen, sind auf den betroffenen Strecken bereits

zusätzliche Fahrzeuge im Einsatz. Und wir werden weiter über Verbesserungen sprechen, um besonders kritische Züge auf Dauer zu entlasten. Von den Bahnen erwarten wir für dieses Nachtragsmanagement einen realen Preis, denn letztlich stehen wir in der Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler.

**GZ: Gibt es noch weitere Probleme, außerhalb der Verantwortlichkeit der Verkehrsunternehmen, mit denen die bayerische SPNV in Zukunft zu kämpfen hat?**

**Czeschka:** Für mich ist es unbefriedigend, dass heute jede zusätzliche Zugfahrt mit den vollen Trassenpreisen abgerechnet wird. Das verhindert die Bestellung eines angemessenen Verkehrsangebots. Deshalb fordern wir von der DB, dass das Trassenpreissystem im Sinne einer rationalen Verkehrspolitik umgestellt wird: Es soll Mehrbestellungen nicht verhindern, sondern fördern! Dazu sollten die Aufgabenträger für zusätzlich bestellte Fahrten hohe Rabatte erhalten. Es gäbe nur Gewinner: Die Fahrgäste hätten ein besseres Angebot, die Verkehrsunternehmen könnten mehr Arbeitsplätze schaffen, DB Netz höhere Einnahmen erzielen, und die teuren Schienenstrecken wären besser ausgelastet. Letztendlich wollen wir den bestmöglichen SPNV für die Bürgerinnen und Bürger in ganz Bayern. Deshalb haben wir auch im

## Publikationen und Werbeartikel der BEG kostenlos im „Bahnland Bayern Shop“

Die BEG gibt eine Vielzahl unterschiedlicher Publikationen heraus. Die wohl bekannteste ist der zweimal jährlich erscheinende Faltplan „Ausflugstipps im Bahnland Bayern“. Hier werden aus allen Regionen Bayerns lohnende Ausflugsziele vorgestellt, die gut mit dem Zug zu erreichen sind. Die „Ausflugstipps“ liegen in den bayerischen Regionalzügen, Bahnhöfen und Touristinformationen aus oder sind direkt über die BEG zu erhalten. Daneben publiziert die BEG neuerdings auch das „Bahnland Bayern Magazin“ für Endkunden.

Für Fachpublikum aus Politik, Presse und

der Verkehrsbranche, aber auch für interessierte Endkunden, gibt die BEG vierteljährlich ihren Newsletter „Bahnland Bayern News“ heraus sowie Faltblätter mit detaillierten Informationen zu Ausschreibungen, Verbesserungen zum Fahrplanwechsel oder zur Bedienung neuer Haltepunkte. Größere Mengen aller BEG-Publikationen sowie „Bahnland Bayern Werbeartikel“, zum Beispiel zur Auslage in Landratsämtern oder Rathäusern, können ganz bequem im „Bahnland Bayern Shop“ unter [www.bahnland-bayern.de/shop](http://www.bahnland-bayern.de/shop) bestellt werden. □



Alle Publikationen und Werbemittel der BEG können unter [www.bahnland-bayern.de/shop](http://www.bahnland-bayern.de/shop) kostenlos bestellt werden. □

rechtfertigte Gewinne aus einem Monopolmarkt, denen keine entsprechenden Mehraufwendungen gegenüberstehen, und die nun auch noch an den Bund abgege-

wir weitere Verbesserungen im Bayern-Takt nicht mehr im geplanten Umfang umsetzen. Schlimmstenfalls müssen wir Leistungen sogar abbstellen.

**GZ: Glauben Sie aber trotzdem, dass das Wettbewerbssystem weiter in seiner aktuellen Form bestehen kann?**

**Czeschka:** Die BEG baut zu Recht auf die großen positiven Kräfte des Wettbewerbs: Von den aktuell ausschreibungsfähigen Zugleistungen in Bayern haben wir bereits rund zwei Drittel im Wettbewerb vergeben.

Seit 2003 hat die BEG von allen Bestellern in Deutschland die mit Abstand meisten Zugleistungen in den Wettbewerb gegeben. Wir nutzen den Wettbewerb konsequent, um den SPNV zu einer attraktiven Alternative zum Individualverkehr zu machen. Das zeigt: Bayern ist nicht

nur Bahnland Nr. 1, Bayern ist auch Wettbewerbsland Nr. 1!

**GZ: Nun haben Sie ja eben schon selbst den Slogan Bahnland Bayern verwendet. Was genau soll dieses Motto der BEG zum Ausdruck bringen?**

**Czeschka:** Die Marke Bahnland Bayern wurde von der BEG im Frühjahr 2010 neu geschaffen, um den SPNV in Bayern in der Öffentlichkeit noch besser zu positionieren. Sie steht repräsentativ für das attraktive Bahnangebot in Bayern. Zudem bildet die Marke ein Dach über dem bayerischen SPNV, das alle Verkehrsunternehmen vereint und Bayern als ein starkes Bahnland positioniert, in dem verschiedenste Akteure mitwirken. Diese durch den Wettbewerb entstandene Vielfalt ist es, die Bayern zum Bahnland macht. □



ländlichen Raum das Angebot ausgeweitet, obwohl die Regionalisierungsmittel in der Vergangenheit stark gekürzt worden sind und heute nicht höher sind als vor zehn Jahren.

**GZ: Wer streicht denn hier dann im Gegenzug den Gewinn ein?**

**Czeschka:** Zum größten Teil kassiert DB Netz unge-

ben werden müssen. Das bedeutet, dass uns auf indirektem Weg die Regionalisierungsmittel gekürzt werden.

**GZ: Was heißt das konkret für die Zukunft?**

**Czeschka:** Der Bund muss entweder die Regionalisierungsmittel erhöhen oder die DB die Infrastrukturgebühren für Mehrbestellungen senken. Anderenfalls können